Wischner, Andreas
Prinzregentenstr. 46
1000 Berlin 31

0012 -/C/0001 0007

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel Nr. 18/Jahrgang 3 März '86 3.00 DM

Aufruf zur Alternative

„Man wird versuchen, Beuys ins Museum einzusperren... Man wird große Anstrengungen unternehmen, um seine politischen Ideen von seinen Kunstwerken zu trennen. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diese Versuche scheitern." schrieb Klaus Staeck in der taz. Wir tragen Sorge dafür, indem wir im Schwerpunktthema diese Ideen ins Zentrum rücken. Dazu lassen wir Beuys selbst zu Wort kommen, um darzustellen, wofür seine „künstlerischen" Werke Symbole sind. Im „Aufruf zur Alternative", der erstmals in der Frankfurter Rundschau vom 23.12.1978 veröffentlicht wurde, entwickelt er die Begriffe, die er als die Grundlagen für die Umgestaltung unserer Gesellschaft sieht. Diese fundamentale Umgestaltung ist notwendig, um dem Freiheitsimpuls des heutigen Menschen Rechnung zu tragen. Damit jeder einzelne als selbstbestimmter Mensch in einer selbstverwalteten Gesellschaft wirken kann und damit ein Künstler an der SOZIALEN PLASTIK wird (siehe auch CONTRASTE Nr. 17).

Fortsetzung auf Seite 3

Foto: Jochen Abeling

Neuorientierung

Köln Die Mitgliederversammlung des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank" hat am Wochenende 1./2. 3. 1986 den Delegiertenrat des Vereins beauftragt, innerhalb der nächsten 12 Monate dafür zu sorgen, die erweiterte programmatische Zielsetzung der Vereinsarbeit nach Gründung der Bank durch eine entsprechende Namenserweiterung (z.B. „Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung") auch nach außen hin deutlich zu machen.

In dieser Ausgabe:

SPD und Genossenschaften
Ein Kurzbericht über einen Auftritt Hans-Jochen Vogels in Hamburg, außerdem ein Erfahrungsbericht des „grünen gartens" über einen Besuch beim Genossenschaftsverband Niedersachsen **auf Seite 5**

Alles über Oldenburger Projekte
Über die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg und über den Versuch, einen Arbeitskreis alternativer Betriebe und Projekte auf die Beine zu stellen berichtet Thea Dückert **auf Seite 6**

Millionen für Alternativprojekte?
Überraschend für die Hamburger Projekte trat Anfang Februar der Hamburger Arbeits- und Sozialsenator Ehlers vor die Presse und kündigte 2,5 Millionen für alternative Beschäftigungsinitiativen an. Warum der AK-Senatsknete Hamburg diesem Angebot ablehnend gegenüber steht, wird durch einen Beitrag von Michael Wörle deutlich. Auf dieser Seite außerdem die 3. Folge unserer Serie Kollektiv & Recht über das Vermögensbildungsgesetz **Seite 7**

Bankgründung – und wie weiter?
nannten wir einen Beitrag von Karl Bergmann in CONTRASTE 17/86. Eine Erwiderung durch Michael Makowski und eine erneute Stellungnahme von Karl Bergmann **auf Seite 9**

Betriebliche Altersversorgung in Kollektiven
Im Anschluß an den Beitrag von G. Jantzer-Bertzbach in CONTRASTE 17/86 über die unterschiedlichen Formen betrieblicher Altersversorgung nun ein paar Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung. Außerdem ein Diskussionspapier des Bremer AK Recht zum „Rentensparverein" **Seite 12**

Der alternative Renten-Investment-Fonds
Auf der STATTwerke-Seite stellen wir ein Kreditvermittlungsprojekt vor, daß im Hinblick auf langfristig angelegte Gelder und sofort nutzbarer Altersversorgung vor allem für Leute interessant ist, die sich eine Zusatzrente zulegen wollen **Seite 13**

Gewerbehof in Selbstverwaltung
In Karlsruhe ist der Durchbruch geschafft, es entsteht ein „Mini-Mehringhof" getragen von „Freiraum e.V.", einem Zusammenschluß von 20 Betrieben und Projekten **Seite 15**

Wie man sich bettet...

Red. Frankfurt **Anläßlich eines Treffens der Druckereien in Hessen im Januar '86 kam es zum Konflikt. Dieser Konflikt zeigt deutlich auf, daß zum einen das Thema „Konkurrenz zwischen alternativen Betrieben" nicht einfach vom Tisch zu wischen ist. Andererseits stellt sich auf Grund unterschiedlicher Betriebsgrößen die Frage nach der Abhängigkeit vom „alternativen Markt" und der sogenannten „Alternativbewegung" – oder auch anders formuliert: Kann es einen „alternativen Markt" losgelöst vom bürgerlichen geben und wird der alternative Betrieb vom „Eingebettetsein in die Alternativbewegung" bestimmt?**
Unkommentiert haben wir in dieser Ausgabe zwei Positionen (Nexus-Verlag/Caro-Druck Frankfurt) gegenüber gestellt: CONTRASTE-FORUM: Thema Schlammschlacht auf den Seiten 10/11.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

1987 - Internationales Jahr der Obdachlosen!?

Red. Heidelberg **Es weiß der Teufel, zu was es schon alles „Internationale Jahre" gab und geben wird. Erinnert sei hier an die Flops wie das Jahr der „Behinderten" und das „Jahr der Jugend".**

Es wurden damals das „Musterkrüppelchen" und der „Vorzeige-Jugendliche" gefunden, beide schön brav, angepaßt, nicht aneckend und natürlich wunschlos glücklich. Einen wesentlichen Beitrag zu diesen Flops leistete unsere Bundesregierung.

Beim gegenwärtigen „Jahr des Friedens" hält sie sich ja Gott sei Dank noch raus. Und so sind prompt auch erste Erfolge zu verbuchen:

- **die plündernde und mordende Soldateska in Uganda wurde zum Teufel *gejagt;***
- **Baby Doc von Haiti aus in die Wüste bzw. nach Frankreich geschickt.**
- **der langjährige philippinische Diktator und treue US-Verbündete Marcos warf das Handtuch.**

Vielleicht gelingt dies auch noch mit anderen, wie z.B. Pinochet, Botha ... und deren Helfershelfern. Schön wär's, das Jahr hat ja erst angefangen ... Wenn sich die Bundesregierung diesmal tatsächlich raushält, dann gewinnt sie sicher Zeit zum Nachdenken wie sie dann das Jahr 1987, das „Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose" vernünftig begehen kann.

Fortsetzung auf Seite 2

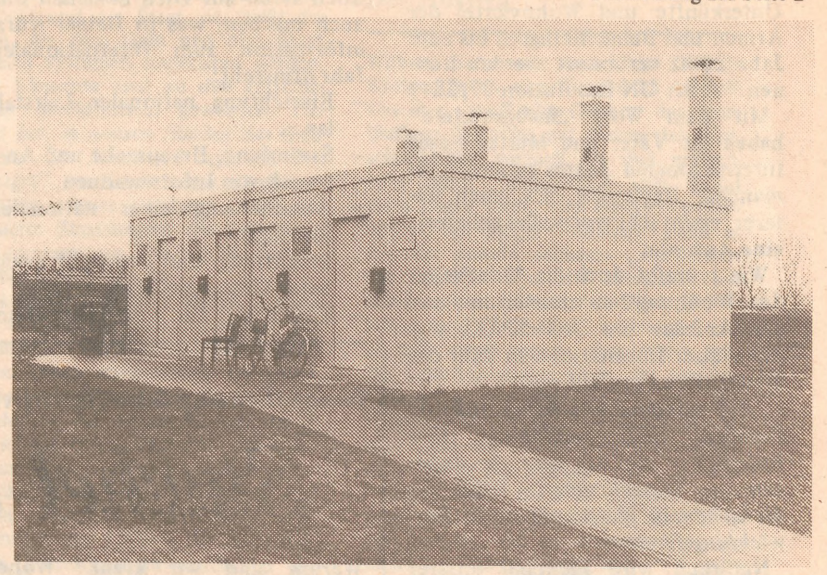


Foto: Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Hessen

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .

Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

O **Einzugsermächtigung:**

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:. . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.:. . . . . .BLZ.:. . . . . .

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.

Unterschrift:. . . . . .

O **Gegen Rechnung:**

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**

O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel einsenden.

1987 - Internationales Jahr der Obdachlosen!?

Bis jetzt sieht es so aus, daß sich die Bundesregierung eine Pleite wie letztes Jahr im „Jahr der Jugend" nicht noch einmal antun will (aus Erfahrung wird man klug oder auch nicht) und deshalb wird die undankbare nationale Ebene ausgeklammert.

Und außerdem, in unserer Republik, einer der reichsten Industrienationen, gibt es doch keine Obdachlosen, oder die paar, die es doch gibt, sind sowieso alles Asoziale und außerdem selber schuld. Wieviel es von diesen Spezies gibt, weiß auch keiner, weil es keine Statistiken darüber gibt.

Viele Notunterkünfte sind in der Zwischenzeit gut getüncht und unterscheiden sich dadurch auch nicht vom sozialen Wohnungsbau. Da braucht man auch keine bundeseinheitlichen Richtlinien, geschweige denn, Maßnahmen von Bundesseite aus. Wenigstens gibt es aber eine einheitliche Definition von Obdachlosigkeit.

Hier ist sie:
„Obdachlos ist, wer in einer derart unzureichenden Unterkunft lebt, daß sie nach dem Kriterium der Menschenwürdigkeit keinen Schutz vor Gefährdung des Bewohners an Leben und Gesundheit bieten kann." Obdachlos sind ferner jene Personen, die in Not-, Schlicht- und Einfachwohnungen ohne Mietvertrag als **„vorübergehend"** Nutzungsberechtigte leben. Außerdem sind Obdachlose von den Nichtseßhaften abzugrenzen.

Da haben sich nun die Vereinten Nationen drangemacht, und nun wollen sie das Problem der Obdachlosigkeit auf breiter Ebene bekämpfen, deshalb haben sie 1987 als „Internationales Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose" ausgerufen. Sie haben beschlossen, „daß es Ziel der Aktivitäten vor Beginn und während des Jahres sein wird, insbesondere (!) in den Entwicklungsländern bis Ende 1987 einen Teil der Unterkünfte und Wohnviertel, in denen Arme und Benachteiligte leben, den internationalen Prioritäten entsprechend zu verbessern und zu zeigen, wie die Unterkünfte und Wohnviertel der Armen und Benachteiligten bis zum Jahr 2000 verbessert werden können." (aus: UN-Resolution 37/221)

Mit dem Wort **„insbesondere"** haben die Väter und Mütter dieses Internationalen Jahres natürlich so mancher Regierung, u.a. auch unserer, etwas sehr wertvolles geliefert: **eine Ausrede.**

Wie schreibt doch ein Mitarbeiter des Wohnungsbauministeriums auf die Anfrage der AG SPAK, was denn zum Internationalen Jahr der Obdachlosen geplant sei:

„Auf Bundesebene haben sich die Ressorts dahin verständigt, ihre Beteiligung auf das zentrale Anliegen zu konzentrieren: Hilfe für Menschen in Wohnungsnot in Entwicklungsländern".

Natürlich wird niemand unserer Bundesregierung etwas in den Weg legen, wenn sie Vernünftiges, und zwar im Sinne der Resolution 37/ 221 und 38/168 der Vereinten Nationen, für Länder der 3. Welt vorhat.

Erhebliche Zweifel sind hier aber doch gestattet, zumal der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in einer Kurzinformation zum Jahr der Obdachlosen unter 3. schreibt:

„Zielsetzungen ... stehen im Einklang mit der grundbedürfnisorientierten (!) Politik der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung." Fragt sich nur, für wen **„grundbedürfnisorientiert"** und was damit gemeint ist.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es so schön in unserem Grundgesetz oder ähnlich auch im Bundessozialhilfegesetz §1 Abs. 2: „Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung seines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen

Foto: Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Hessen

entspricht." (Daraus leitet sich aber anscheinend kein Rechtsanspruch ab!)

In der Bundesrepublik gibt es schätzungsweise 800.000 Obdachlose. Die durchschnittliche Verweildauer in den Notunterkünften liegt bei ca. 7 Jahren. Die Zahl der Neueinweisungen in die Unterkünfte ist nach einer Stagnation in den 70er Jahren wieder ansteigend.

Wie schreiben die Vereinten Nationen im Anhang zur Resolution 38/168: bis April 1984 (!) sollen die einzelnen Länder

- nationale Leitstellen einrichten,
- die derzeitige Situation und den künftigen Bedarf evaluieren,
- mit der Durchführung von Musterprojekten beginnen.

Liebe Bundesregierung, Du hast viel versäumt, vielleicht könntest Du das doch noch auf Dich beziehen und auch machen, was in Deiner Kurzinformation zum Internationalen Jahr drinsteht:

- Einrichtung nationaler Leitstellen...,
- Sammlung, Herausgabe und Austausch von Informationen,
- Ausarbeitung einer nationalen Strategie,
- Ermittlung und Auswahl geeigneter Musterprojekte,
- Förderung der Arbeitsbeziehungen zu und zwischen nichtstaatlichen Organisationen, Kommunalorganisationen und staatlichen Stellen,
- Initiierung und Koordinierung lokaler und nationaler Aktivitäten,
- Durchführung von Seminaren, Fachgesprächen und Ausbildungsveranstaltungen,
- regelmäßige Berichterstattung über Fortgang und Ergebnisse der nationalen Aktivitäten.

Also, gegen entsprechende Entlohnung würden wir, vom Projektbereich Obdachlosenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise und sicher auch die Landesarbeitsgemeinschaften Soziale Brennpunkte, Dir helfen, die mit dem Internationalen Jahr verbundenen Aufgaben und Ziele zu verwirklichen. Und zwar Jahr für Jahr, sozusagen jahrelang... Mindestens 800.000 Bundesbürger warten!

Tja, und weil die Obdachlosen in diesem unserem Musterland wahrscheinlich ganz schön lange auf die Segnungen des „Internationalen Jahres" warten werden, wollen wir wenigstens Positionen beziehen und auf den Skandal der derzeitigen Wohnungsnot aufmerksam machen:

Pünktlich zur Buchmesse im Herbst wird es endlich wieder eine Publikation aus dem Obdachlosenbereich der AG SPAK geben und zwar in Form eines Readers.

Neben der eben geschilderten Einschätzung der Rolle der Bundesregierung zur Obdachlosigkeit und Armut im eigenen Lande wird der Band auf folgende Themen eingehen:

1. Obdachlosigkeit unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen
2. „Wenn Du arm bist, mußt Du eher sterben" – Krankheitsverhalten von Sozialhilfeempfängern
3. Projektberichte aus Regensburg, Landau, Friedrichshafen, Ahlen, Braunschweig und, und, und...
4. Die sogenannte „Neue Wohnungsnot"
5. Ministerielle Erlässe zum Obdachlosen„wesen"
6. Politisch Verfolgte/Asylanten – die neuen Obdachlosen!
7. GWA – Ansätze in Obdachlosensiedlungen
8. Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften für „Soziale Brennpunkte"

Daneben soll es in dem Reader noch ausführliches Adressenmaterial von Initiativgruppen und eine Fotodokumentation bundesdeutscher Obdachlosensiedlungen geben.

Wer in dieser oder jener Form etwas zum Inhalt beitragen will, setzt sich mit dem Projektbereichssprecher (Reinhard Kellner, Schillerstraße 8, 8400 Regensburg, Telefon: 0941/2 24 84) in Verbindung.

Redaktionsschluß ist Ende April. Im Mai wird es eine gemeinsame Fahrt vom Obdachlosen- und Stadtteilbereich in der AG SPAK nach Bologna geben. Untersucht werden soll, wie das System der Stadtteilräte im „Roten Bologna" funktioniert und wie in einer solchen Stadt mit dem Problem der Obdachlosigkeit umgegangen wird.

Die Ergebnisse dieser Tagung könnten auch noch in die Diskussion um das „Jahr der Obdachlosen" eingehen. Als „Entwicklungshilfe" für unsere Bundesregierung!

Wolfgang Wittich
Reinhard Kellner

Gesundheitstag der Alternativmedizin in Kassel

Stachel im Gesundheitswesen

Warum sind wir krank? Woher kommen unsere Zivilisationskrankheiten? Leidet die Natur und die menschliche Lunge an den gleichen Wirkungen unseres Industriesystems? Und was bedeutet eigentlich gesund zu sein? Wie sieht eine neue, andere Gesellschaft aus, in der psychische und physische Krankheiten nicht mehr denn ein Schattendasein führen?

Diese Fragen greift der 4. Gesundheitstag, der vom 27. bis 30. Mai 87 stattfinden soll, auf. Nach Berlin, Hamburg und Bremen findet der Gesundheitstag im nordhessischen Kassel statt.

Seit den 70er Jahren ist eine stetige Zunahme gesundheitspolitischer Selbsthilfegruppen zu verzeichnen. Diese Selbsthilfeeinrichtungen, wie Gesundheitsläden, Ärztekollektive oder alternative Therapieeinrichtungen trugen zu einem Wandel im Gesundheitswesen bei. Die „harte Medizin" wurde angegriffen und ihr eine „ökologische Medizin" entgegengestellt.

Mittlerweile finden diese Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekollektive staatliche Finanz- und Organisationshilfe, tragen sie zur allgemeinen Kostendämpfung bei und stützen so indirekt die Sparpolitik von Bundes- und Länderregierungen. Zusätzlich wird von staatlicher Seite aus alles versucht, diesen Selbstverwaltungsgremien die gesellschaftskritische und politische Stoßkraft zu nehmen.

Dieser Entwicklung, die von Staat und Privatwirtschaft (Pharmakonzerne) seit Mitte der 80er Jahre verstärkt vorangetrieben wird, will der Kasseler Gesundheitstag eine radikale Alternative entgegensetzen.

Die Initiativgruppe, die sich im „Verein zur Förderung der Gesundheitspflege" zusammengeschlossen hat, ist darüberhinaus um eine aktive Mitwirkung wichtiger alternativer Bewegungen wie der Frauen-, Ökologie-, Friedens-, Selbstverwaltungsbewegung und Arbeiterbewegung bemüht. Diesem Wunsch nach inhaltlicher Kooperation und Begegnung tragen die Arbeitsschwerpunkte des Gesundheitstages Rechnung:

- Gesundheitsschädigung in einer patriarchalischen Gesellschaft (Frauenmedizin, Gentechnologie)
- Klinische Ökologie
- Gesundheitswesen in der 3. Welt
- Arbeitsmedizin
- Stand und Entwicklung der bundesrepublikanischen Psychiatriereform.

Wir können gespannt sein auf den Gesundheitstag 87 in Kassel, der, als Großveranstaltung mit etwa 10.000 Teilnehmern konzipiert, neue Wege in der Organisationsform und der Durchführung sucht. Die Vorbereitungsgruppe, die sich selbst als eine Art selbstverwalteten Betrieb versteht, will neue Impulse setzen, die in einer Zeit der Orientierungslosigkeit innerhalb der Alternativszene denn auch bitter notwendig sind.

Ranug

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel.: (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Chris (Krebsmühlendruckerei), Karl Bergmann (Ffm), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg), Gunar Seitz (Kassel), Reinhard Kellner (Regensburg), Jochen Abeling (Hamburg), Michael Wörle (Hamburg), Jutta Gelbrich (Ökobankverein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Bärbel Delto, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Joseph Beuys

Aufruf zur Alternative

Dieser Aufruf richtet sich an alle Menschen des europäischen Kultur- und Zivilisationskreises. *Es geht um den Durchbruch in eine neue soziale Zukunft.* Wie ist dieses Ziel erreichbar? Dadurch, daß in den europäischen Zonen eine Bewegung entsteht, die durch ihre Erneuerungskraft die Mauern abträgt zwischen Ost und West und die Klüften zuschüttet zwischen Nord und Süd.

Der Anfang wäre schon gemacht, wenn – sagen wir – die Mitteleuropäer sich entschließen würden, in der Gedankenrichtung dieses Aufrufes zu handeln. Wenn wir heute in *Mitteleuropa* anfingen, einen den Zeitforderungen gemäßen Weg des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens in unseren Staaten und Gesellschaften einzuschlagen, hätte dies eine starke Ausstrahlung auf jeden anderen Ort der Welt.

Vor kopflosem Umsteigen möchte ich warnen. Vor der Frage: *Was können wir tun?* muß der Frage nachgegangen werden: *Wie müssen wir denken?*, damit der phrasenhafte Umgang mit den höchsten Idealen der Menschheit, die alle Parteiprogramme heute verkünden, nicht weiterhin sich fortpflanzt als Ausdruck des krassen Gegensatzes zur Lebenspraxis der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wirklichkeit auf der Welt.

Beginnen wir mit der *Selbstbesinnung.* Fragen wir nach den Gründen, die uns zur Abkehr vom Bisherigen Anlaß geben. Suchen wir nach den Ideen, die uns die Richtung der Umkehr weisen. Überdenken wir die Entwicklung, die das gesellschaftliche und politische Leben im 20. Jahrhundert genommen hat.

Überprüfen wie die Begriffe, nach denen die Verhältnisse im Osten und im Westen eingerichtet sind.

Besinnen wir, ob diese Begriffe unseren sozialen Organismus und seine Wechselbeziehungen zu den Naturgrundlagen gefördert, zur Erscheinung eines gesunden Daseins geführt oder die Menschheit krank gemacht, ihr Wunden geschlagen, Unheil über sie gebracht haben und heute gar ihr Überleben in Frage stellen.

Gehen wir durch sorgfältiges Beobachten unserer eigenen Bedürfnisse der Überlegung nach, ob die Prinzipien des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus offen sind aufzunehmen, was aus dem Entwicklungsstrom der neueren Zeit als der zentrale Impuls im Seelischen der Menschheit sich immer deutlicher regt und als Wille zur konkreten Selbstverantwortung sich ausdrückt; dies meint: als Mensch nicht mehr eingespannt zu sein in ein Verhältnis von Befehl und Unterwerfung, Macht und Privileg.

Ich habe diese Frage manche Jahre hindurch mit Geduld verfolgt. Ohne die Hilfe vieler anderer Menschen, denen ich in diesem Forschen und Erfahren begegnet bin, wäre ich wohl nicht zu den Antworten gekommen, die in diesem Aufruf mitgeteilt werden. Daher bringe ich hiermit nicht nur „meine Meinung" zur Sprache, sondern das, was zahlreiche andere auch erkannt haben.

Damit aber die notwendige Umkehr herbeigeführt werden kann, muß die Zahl der Einsichtigen vergrößert werden. Der Aufruf hat sein Ziel erreicht, wenn es gelungen ist, das hiermit Angeredete auch politisch-organisatorisch zu verdichten und schließlich in einer *konzertierten außerparlamentarisch-parlamentarischen Aktion* zum Einsatz zu bringen.

Also: *Gewaltfreie Revolution für eine auf Zukunftsoffenheit angelegte evolutionäre Alternative.*

Symptome der Krise

Die Probleme die uns zur Abkehr vom Bestehenden allen Anlaß geben, können als bekannt vorausgesetzt werden. Es mag genügen, in einer stichwortartigen Zusammenfassung die schwerwiegendsten Faktoren der Gesamtproblematik vor Augen zu rücken.

Die militärische Bedrohung
Auch ohne aggressive Absichten der Supermächte besteht die Gefahr der atomaren Weltvernichtung. Die Kriegstechnologie und die Art der ins Absurde gesteigerten Waffenarsenale läßt eine sichere Kontrolle des unüberschaubar gewordenen Gesamtapparates nicht mehr zu. Trotz des angehäuften Potentials zur hundertfachen Zerstörung der Erde verschärft sich hinter den Kulissen sogenannter Abrüstungsverhandlungen das erbitterte Rüstungswettrennen von Jahr zu Jahr.

Folge dieses kollektiven Wahnsinns ist ein riesenhafter Verschleiß von Energie und Rohstoffen und eine gigantische Vergeudung der kreativen Fähigkeiten von Millionen von Menschen.

Die ökologische Krise
Unser Verhältnis zur Natur ist durch und durch gestört. Es droht die restlose Zerstörung der Naturgrundlage, auf der wir stehen. Wir sind auf dem besten Wege, diese Basis zu vernichten, indem wir ein Wirtschaftssystem praktizieren, das auf hemmungloser Ausplünderung dieser Naturgrundlage beruht. Ganz klar muß ausgesprochen werden, daß das privatkapitalistische Wirtschaftssystem des Westens von dem staatskapitalistischen des Ostens sich in diesem Punkt grundsätzlich nicht unterscheidet. Die Vernichtung wird weltweit betrieben.

Zwischen Bergwerk und Müllkippe erstreckt sich die Einbahnstraße der modernen Industriezivilisation, deren expansivem Wachstum immer mehr Lebenslinien und -kreisläufe des ökologischen Systems zum Opfer fallen.

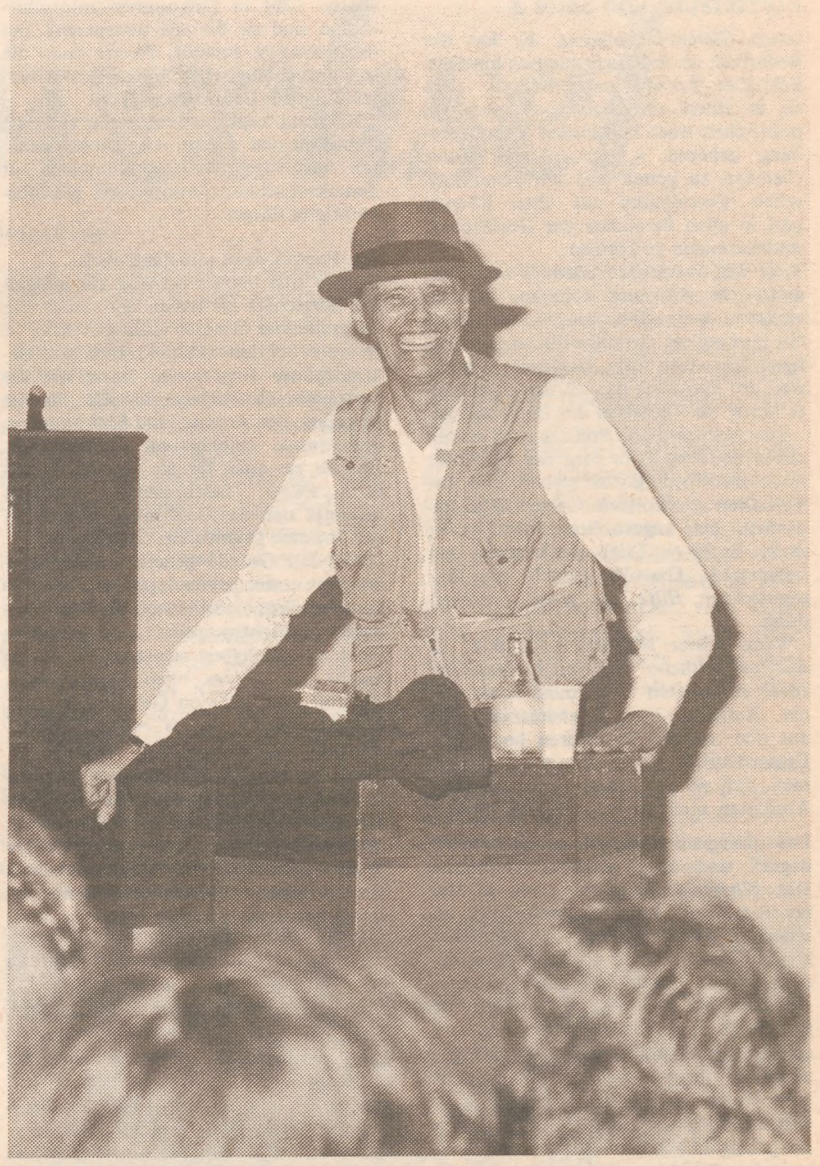
Die Wirtschaftskrise
Sie äußert sich in einer Fülle von Symptomen, mit denen täglich die Zeitungsseiten gefüllt und die Nachrichtensendungen bestritten werden. Streik und Aussperrung, Abermillionen – weltweit gesehen – sind arbeitslos, können ihre Fähigkeiten nicht für die Gemeinschaft einsetzen. Da werden, um die heilige Kuh – die „Marktgesetze" – nicht schlachten zu müssen, Riesenmengen von wertvollsten Nahrungsgütern, die sich aus subventionierter Überproduktion ansammeln, ohne mit der Wimper zu zucken vernichtet, während in anderen Weltgegenden gleichzeitig Tausende täglich an Hunger sterben.

Da geht es nicht darum, für den Bedarf der Konsumenten zu produzieren, sondern um den geschickt getarnten Verschleiß der Güter.

Diese Art des Wirtschaftens liefert die Menschheit immer konsequenter der Macht einer Clique multinationaler Großkonzerne aus, die an ihren Konferenztischen mit den Spitzenfunktionären der kommunistischen Staatsmonopole über unser aller Schicksal entscheiden.

Verzichten wir auf eine weitere Charakterisierung dessen, was uns andauernd als die „Währungskrise", die „Demokratiekrise", die „Erziehungskrise", die „Energiekrise", die „staatliche Legitimationskrise" usw. frei Haus geliefert wird, und kommen wir abschließend noch kurz auf

Die Bewußtseins- und Sinnkrise
zu sprechen. Die meisten Menschen fühlen sich den Verhältnissen, die sie umgeben, hilflos ausgeliefert. Das führt zur Vernichtung auch ihrer Innerlichkeit. Sie können in den Destruktionsprozessen, denen sie unterworfen sind, in dem undurchschaubaren Knäuel staatlicher und ökonomischer Macht, in den Ablenkungs- und Zerstreuungsmanövern einer billigen Vergnügungsindustrie keinen Lebenssinn mehr erkennen. Insbesondere junge Menschen verfallen in wachsender Zahl dem Alkoholismus, der Drogensucht, begehen Selbstmord. Hunderttausende fallen religiös getarnten Fanatikern zum Opfer. Weltflucht hat Hochkonjunktur. Das Gegenstück dieses Identitätsverlustes der Persönlichkeiten ist die Losung „nach mir die Sintflut", das rücksichtslose Ausleben des Lustprinzips, der glatten Anpassung, um aus der ganzen Sinnlosigkeit wenigstens für sich, solange das Leben noch dauert, herauszuholen, was herauszuholen ist, ohne Rücksicht, auf wessen Rechnung dabei Wechsel ausgestellt werden.



Beuys bei seinem Vortrag auf den Aktionstagen 83 im Forum Kreuzberg, Berlin.
Foto: Jochen Abeling

Es sind Wechsel, die unsere Umwelt, unsere Mitwelt und unsere Nachwelt zu begleichen haben. Es wird Zeit, die Systeme der „organisierten Verantwortungslosigkeit"[1] abzulösen durch eine Alternative des Ausgleichs und der Solidariät.

Die Ursachen der Krise

Auf den Kern der Sache zurückgeführt, kann gesagt werden, daß zwei Strukturelemente der im 20. Jahrhundert zur Herrschaft gekommenen Gesellschaftsordnungen die eigentlichen Ursachen der ganzen Misere darstellen: *Das Geld und der Staat,* das heißt die Rollen, die dem Geld und dem Staat in diesen Systemen eingeräumt werden. Beide Elemente sind zu *den* entscheidenden Machtmitteln geworden. *Die Macht hat, in wessen Händen das Geld und/oder der Staat sich befindet.* Der Geldbegriff des Kapitalismus ist ebenso Grundlage dieses Systems, wie der totalisierte Staatsbegriff die Grundlage des Kommunismus, wie wir ihn bislang kennengelernt haben, ist.

Mittlerweile sind diese beiden Begriffe in den konkreten Erscheinungen der bestehenden Verhältnisse im Westen und im Osten wechselseitig assimiliert. Im Westen schreitet die Tendenz der Ausdehnung der Staatsfunktion voran, während im Osten Faktoren des Geldmechanismus, wie der Kapitalismus ihn entwickelt hat, eingeführt worden sind. Obwohl deutliche Unterschiede, z.B. hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, zwischen dem westlichen und dem östlichen Kapitalismus bestehen, ist es doch so, daß beide Systeme in wachsendem Maße zur Destruktivität neigen und aus ihrem Machtgegensatz die Menschheitszukunft aufs äußerste bedrohen. Deshalb ist es an der Zeit, daß „beide durch ein neues Prinzip abgelöst werden", denn beide sind „am Ende".[2]

Das geht auch bei uns nicht anders als durch eine Änderung der Verfassung.

Das mittlerweile geradezu neurotische Bekenntnis zum Grundgesetz macht uns blind und unfähig gegenüber der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung seiner Ansätze.

Warum eigentlich soll in einer Gesellschaft, die ein bestimmtes Niveau der Entwicklung der Demokratie aufweist, nicht in der freimütigsten Weise über die notwenige Weiterentwicklung diskutiert werden? Schon viel zu viele haben Angst, auch nur in den Verdacht zu geraten, Verfassungsfeinde zu sein. Sie versagen sich bereits schöpferische Gedanken, einmal erreichte Rechtsbegriffe zu erweitern, wenn der Bewußtseinsfortschritt dies fordert. Und er fordert es.

Fazit: *Kapitalismus und Kommunismus haben die Menschheit in eine Sackgasse geführt.*

So unbestreitbar dies ist und so sehr sich diese Einsicht verbreitet, so wenig wäre uns geholfen, wenn noch keine vernünftigen Lösungsmodelle, also Ideen für eine freie, demokratische, gegenüber Mitmensch und Naturgegebenheiten solidarische, von Weitsicht und Zukunftsverantwortung für das Ganze getragene Perspektiven, erarbeitet wären. Solche Lösungsmodelle *sind* erarbeitet. Von einem bestimmten soll im folgenden berichtet werden.

Der Ausweg

Wilhelm Schmundt hat als die zentrale Notwendigkeit einer fundierten Alternative das „ins-Rechte-Denken der landläufigen Begriffe, mit denen das Wirtschaftsleben geregelt ist und gehandhabt wird", gefordert.[3] Dies meint auch Eugen Löbl, der Wirtschaftstheoretiker des Prager Frühlings, wenn er von der unaufschiebbaren *„Revolution der Begriffe"* spricht.[4] Schmundt hat einem seiner Bücher den Titel „Revolution und Evolution" gegeben[5], und er will damit sagen: Erst wenn wir, die Grundzusammenhänge des sozialen Organismus neu überdenkend, die „Revolution der Begriffe" geleistet haben, wird damit der Weg frei für eine *Evolution ohne Zwang und Willkür.*

Leider lebt, gerade in politisch alternativ denkenden Kreisen, vielfach noch die Ansicht, auf die Begriffe käme es nicht an. Dieses leichtfertige Vorurteil muß überwunden werden, wenn die neue soziale Bewegung eine Ausstrahlung bekommen und eine politische Kraft werden will. Denn mit Begriffen ist immer eine sehr weittragende Praxis verbunden, und die Art und Weise, wie über einen Sachverhalt gedacht wird, ist entscheidend dafür, wie man mit diesem Sachverhalt umgeht, – zuvor: wie und ob man ihn überhaupt versteht.

Bei dem Entwurf der Alternative, d.h. des *Dritten Weges,* gehen wir vom Menschen aus. Er ist der Bildner der *sozialen Plastik* und nach seinem Maß und seinem Wollen muß der soziale Organismus eingerichtet sein.

Nach Gefühl und Erkenntnis der Menschenwürde gelten dem Menschen heute drei Grundbedürfnisse als vorrangig:

1. Er will seine Anlagen und seine Persönlichkeit *frei entwickeln* und seine Fähigkeiten in Verbindung mit den Fähigkeiten seine Mitmenschen *frei* für einen als *sinnvoll* erkannten Zweck einsetzen können.
2. Er erkennt jede Art von Privileg als untragbare Verletzung der demokrati-

Fortsetzung nächste Seite

Zur Wiederveröffentlichung des „Aufrufs zur Alternative" von Joseph Beuys

In der Fülle der Nachrufe und Äußerungen, die anläßlich des Todes von Joseph Beuys veröffentlicht wurden, sucht man vergebens nach einer hinreichenden Würdigung seines zentralen Anliegens, das sich seit Mitte der sechziger Jahre in seinem Schaffen herausgebildet hatte. Beuys hat auf dieses Zentrale immer wieder explizit hingewiesen bei seinen Erläuterungen zu dem, was er nannte den „erweiterten Kunstbegriff", die „soziale Plastik" und „Jeder Mensch ein Künstler".

Was war damit gemeint? Beuys hatte die Erkenntnis gewonnen, daß das Wesen der künstlerischen Arbeit aus seiner traditionellen Beschränkung des Gestaltens und Umgestaltens eines bestimmten physischen Materials befreit und angewandt werden müsse auf die **Gestaltung und Umgestaltung der Gesellschaft** – und zwar notwendigerweise. Weil nämlich erstens die geschichtliche Entwicklung des sozialen Ganzen – also des Zusammenhanges aller wirtschaftlichen, politisch-rechtlichen und kulturellen Prozesse innerhalb eines Staates und zwischen den Staaten – dahin geführt hat, daß dieses soziale Ganze zu einer ganz bestimmten Gestaltung drängt, die aber nur hervortreten kann, wenn die Menschen das veranlagte Ordnungsprinzip erkennen und die Prozesse bewußt entsprechend formen. Und weil wir zweitens in der menschlichen Bewußtseinsgeschichte in einer Epoche angekommen sind, die gekennzeichnet ist durch die Wirksamkeit des demokratischen Impulses, kann dieses Gestalten des Sozialen zeitgemäß nur in der Weise geschehen, daß jeder Mensch dabei mitwirken kann und für die Sache mitverantwortlich ist.

Alles, was Beuys von dieser Erkenntnis ausgehend tat, war Hinweis auf diese Aufgabe: Hervorzubringen das **Gesamtkunstwerk sozialer Organismus** in der ihm und den individuellen Bewußtseinskräften gemäßen Gestalt. Beuys verstand seine Arbeit als Mitwirkung an diesem „großen Werk". In seiner Münchner „Rede über das eigene Land", wenige Wochen vor seinem Tod im Dezember 85, sagt er es: Er habe **„umfassend einen Anstoß geben wollen für die Aufgabe, die das Volk hätte." Es ging ihm zentral um „die Frage nach der Aufgabe der Deutschen in der Welt (heute), um die schrecklichen, die furchtbaren, die nicht zu beschreibenden Sünden der Vergangenheit zu überwinden."**

Was er damit meinte, hat er immer ganz klar und konkret beschrieben: das Überwinden der Sünde der Vergangenheit war für ihn identisch mit dem Überwinden der Blockkonfrontation, des Gegensatzes **Privatkapitalismus** einerseits, **Staatskommunismus** andererseits. In seinem **„Aufruf zur Alternative"** – zuerst veröffentlicht in der Weihnachtsausgabe der Frankfurter Rundschau – hat er 1978 die Grundzüge dieser Position beschrieben und einige der Werkzeuge benannt, mit denen wir uns den Weg in die Zukunft eines freien und demokratischen Sozialismus bahnen können. Neue oder modifizierte Werkzeuge – nennen wir als Beispiele nur Die Grünen, die TAZ, die Ökobank-Initiative, CONTRASTE und die Aktion Volksentscheid – sind seither entstanden; Aktivitäten, die Beuys unmittelbar mit geprägt oder zumindest ideell unterstützt hat.

Wir meinen, es sei nach all dem Deuten und Interpretieren des Werkes und Wirkens unseres Freundes gefordert, ihn selbst mit dem Ideenbild zu Wort kommen zu lassen, mit dem das Wesen der sozialen Plastik als der **Lebensbedingung gesellschaftlicher Selbstverwaltung** in ihren Grundzügen beschrieben ist; also jenes Wesen, das jeden Menschen zur Mitgestaltung auffordert: **Aufruf zur Alternative.** Damit war die Flamme weitergereicht – an jeden. – Wann wird es „das Volk" als seine historische Verpflichtung erkennen, sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Zu Beuys sollte schweigen, wer davon nicht reden will.

Wilfried Heidt

Fortsetzung von Seite 3

schen Gleichberechtigung. Er hat das Bedürfnis, als mündiger Mensch hinsichtlich aller Rechte und Pflichten – ob sie in einen wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder kulturellen Zusammenhang gehören – als *Gleicher unter Gleichen* zu gelten und am demokratischen Vereinbaren auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft mitbestimmen zu können.

3. Er will *Solidarität schenken und Solidarität in Anspruch nehmen.* Es mag vielleicht bezweifelt werden, daß darin ein vorrangiges Grundbedürfnis des heutigen Menschen zum Ausdruck kommt, weil der Egoismus das weithin dominante Motiv im Verhalten der Einzelnen ist.

Eine gewissenhafte Prüfung zeigt jedoch etwas anderes. Zwar mag der Egoismus noch im Vordergrund stehen und das Verhalten bestimmen. Aber: Ein Bedürfnis, ein angestrebtes Ideal ist er nicht. Er ist ein Trieb, der herrscht und beherrscht. Gewollt jedoch ist: *Die gegenseitige Hilfe aus freier Entscheidung.*

Wenn dieser solidarische Impuls als das menschliche und menschheitliche Ideal empfunden wird, dann stellt sich die Aufgabe, jene Mechanismen, die aus den sozialen Strukturen heute den Egoismustrieb aktivieren, so umzuformen, daß sie den inneren menschlichen Absichten nicht mehr entgegenwirken.[6]

Das „integrale System", neuer Arbeitsbegriff und neuer Einkommensbegriff

Das *Wirtschaftsleben* hat sich in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zu einem – wie Eugen Löbl sagt – *„integralen System"* entwickelt.[7] Dies bedeutet: Die Menschen verlassen, wenn sie arbeiten, den privaten Bereich, die Haushalte, und stürmen hin zu den assoziierten Produktionsstätten. Die Erzeugnisse ihrer Arbeit kommen nicht mehr durch Einzelne oder Zünfte tauschwirtschaftlich auf den Markt, sondern sie gelangen aus dem Zusammenwirken komplexer Prozesse dorthin. Das jeweilige Endprodukt ist das Ergebnis der gemeinsamen Tätigkeit aller im Rahmen der *Weltwirtschaft.*

Alle Tätigkeiten, auch diejenigen der Erziehung, der Ausbildung, der Wissenschaft, der Banken, der Verwaltung, der Parlamente, der Medien usw. sind in dem Ganzen integriert.

Zwei Prozesse bilden die Grundstruktur dieses Wirtschaftstyps: Der Strom der in der Arbeit zum Einsatz kommenden *Fähigkeitswerte* und der Strom der geistigen oder physischen *Konsumwerte.* Die technischen Produktionsmittel müssen dabei als höher entwickelte Ressourcen angesehen werden.

Im integralen System ist jede Arbeit prinzipiell *Arbeit für andere.* Das heißt, daß jeder Tätige an einer bestimmten Stelle seinen Beitrag leistet für das Herstellen eines Wertes, der letztlich von irgendwelchen seiner Mitmenschen verbraucht wird. Die Arbeit eines Menschen steht nicht mehr in Verbindung mit seinem Konsumieren. Das andere von ebenso weitreichender Bedeutung ist, daß der Charakter des integralen Systems es nicht mehr erlaubt, das Einkommen der Tätigen als den Tauschwert für ihre erbrachten Leistungen anzusehen. Denn es kann hier keinen objektiven Maßstab für die Ermittlung des Leistungsanteils eines einzelnen an der Produktion eines bestimmten Konsumwertes mehr geben. Ebensowenig kann der objektive Anteil eines Unternehmens am Gesamtprodukt ermittelt werden.

Wenn wir diese Wirklichkeiten zur Kenntnis nehmen und sie nicht aus diesen Interessen oder jenen Desinteressen ignorieren, dann müssen wir festhalten, daß sich mit dem Übergang von der Tauschwirtschaft (auch Geldtauschwirtschaft) zur *integralen Wirtschaft* das Verhältnis von Arbeit und Einkommen grundlegend geändert hat.

Würden wir allein aus diesen Einsichten die Konsequenzen ziehen, so ergäbe sich bereits daraus eine radikale Wandlung der heutigen Wirtschaftsgegebenheit. Das Einkommen, das die Menschen zur Erhaltung und Entfaltung ihres Lebens benötigen, wäre keine abgeleitete Größe mehr, sondern ein originäres Recht, ein Menschenrecht, das gewährleistet sein muß, damit für sie die Voraussetzungen erfüllt sind, verantwortlich und selbstverpflichtet im Kreis ihrer Mitarbeiter wirken zu können.

Für das Einkommen als elementares Menschenrecht ist das demokratische Vereinbaren nach bedarfsorientierten Gesichtspunkten das sachgemäße Gestaltungsprinzip. Auch das Maß und die Art der Arbeit sind Fragen, welche durch die demokratische Gemeinschaft im allgemeinen und die Arbeitskollektive im besonderen nach der Art ihrer Selbstverwaltungsformen behandelt und geregelt werden müssen.

Alle heutigen Zwänge, Ungerechtigkeiten und Frustrationen, die sich aus dem Anachronismus des Lohnens der Arbeit ergeben, werden damit hinfällig, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände überflüssig. Gibt es Einkommensunterschiede, so sind sie für alle transparent und demokratisch gewollt. Positiv auch die sozialpsychologischen Folgen der Überwindung der Lohnabhängigkeit.

Niemand kauft und niemand verkauft Fähigkeit und Arbeit. *Alle* Tätigen gehören hinsichtlich ihres Einkommens zur demokratischen Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger.

Der Funktionswandel des Geldes

So wie sich beim Übergang zur integralen Wirtschaft im Wesen der Arbeit ein tiefgreifender Wandel vollzogen hat, so ist auch bei den Geldprozessen eine Metamorphose eingetreten. Doch wie die tauschwirtschaftlichen Begriffe für die Regelung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse beibehalten worden sind, blieben sie auch für die Gestaltung des Geldsystems bestimmend. Dadurch konnnte sich das Geld nicht ordnend in den sozialen Organismus eingliedern.

Dies hat Gründe geliefert, viele Geldanalysen unter psychologischen, soziologischen, ökonomietheoretischen und anderen Gesichtspunkten zu verfassen. Doch sie alle haben wenig geholfen. Die Macht des Geldes blieb ungebrochen. Warum? Weil wir den Geldbegriff nicht geändert haben, als es entwicklungsgeschichtlich hätte geschehen müssen!

Was hat zu dem bislang noch ignorierten Funktionswandel des Geldes geführt? Mit dem Auftreten der Zentralbanken in der modernen Geldentwicklung ist dieser Wandel eingetreten. Das Geld trat heraus aus der Sphäre der Wirtschaftswerte, als deren universelles Tauschmittel es vorher gedient hatte.

Die neue Art der Geldemission und Geldleitung durch die Institution der Zentralbank führte zur Ausbildung eines *Kreislaufsystems* im sozialen Organismus, durch welches, vergleichbar dem Evolutionsschritt in der Biosphäre von einem niederen zu einem höheren Organismus, das soziale Ganze eine komplexere Daseinsform angenommen hat. Das Geld konstituierte ein neues Funktionssystem. Es wurde zum *Rechtsregulativ* für alle kreativen und konsumtiven Prozesse.

Auf der Produktionsseite benötigen die Unternehmen für die Erfüllung ihrer Aufgaben Geld. Sie bekommen es vom Bankensystem als Kredit (Zins, heute mit dem Kreditbegriff gekoppelt, kommt aus einem wesenswidrigen Geldverständnis, welches das Geld noch als Wirtschaftswert betrachtet.)

In der Hand der Unternehmer ist Geld (= *Produktionskapital*) daher ein *Rechtsdokument*. Es *verpflichtet* die Unternehmen zum Einsatz der Fähigkeit ihrer Mitarbeiter in der Arbeit.

Kommt das Geld als Einkommen in die Verfügungsberechtigung der Tätigen, ändert es seine Rechtsbedeutung. Als *Konsumkapital berechtigt* es den Verbraucher zum Erwerb der Konsumwerte.

Damit fließt das Geld zum Produktionsbereich zurück und ändert ein letztes Mal seine Bedeutung. Jetzt ist es *Geld ohne Beziehung zu einem Wirtschaftswert*. Als solches berechtigt es die Unternehmen, an die es gelangt, zu nichts. Es werden damit die Kredite abgelöst, die Konten der Unternehmen bei den Kreditbanken ausgeglichen. Da viele Unternehmen – wie beispielsweise Schulen und Universitäten – für ihre Leistungen keine Preise verlangen, muß der Kontenausgleich der Unternehmen untereinander, insofern die einen Überschüsse und die anderen Unterschüsse haben, in Verbindung mit *Assoziationsbanken* vorgenommen werden.

Dieser auf das Niveau der erreichten sozialen Evolution gehobene Geldbegriff hat durchschlagende Konsequenzen. Er löst das Machtproblem, insofern es von der Geldseite her entstanden ist. Weil man nicht erkennen wollte, daß die Geldordnung nicht Teil des Wirtschaftslebens geblieben, sondern ein selbständiges Funktionssystem im Rechtsbereich geworden war, konnte sich die alte römische Eigentumsvorstellung uneingeschränkt erhalten. So konnten auch die Kategorien von „Gewinn" und „Verlust" zur Geltung kommen. Die schrankenlose Aneignung alles dessen, was mit den Produktionsstätten zusammenhängt, blieb rechtens.

Ohne eine einzige staatsbürokratische Maßnahme oder steuerpolitische Akrobatik führt die Anerkennung des gewandelten Geldbegriffes hingegen zur Aufhebung sowohl des Eigentums- als auch des Profitprinzips im Produktionsbereich.

Und was passiert mit den Börsengeschäften, der Bodenspekulation, dem Zinswucher, der Inflation? Sie verschwinden ebenso wie die Geißel der Arbeitslosigkeit. Die Aktienwelt entschläft über Nacht, ohne daß auch nur ein Zahnrad deswegen nicht mehr laufen würde. Und die Aktionäre, die Spekulanten, die Großgrundbesitzer? Werden sie ihre heiligen Reichtümer der Menschheit auf dem Opferaltar der anhebenden neuen Zeit darreichen? Wir werden sehen. Jedenfalls wird jeder seinen Platz im sozialen Leben finden, wo er seine Fähigkeiten frei, produktiv und sinnvoll für das Ganze einsetzen kann.

Was den Konsumbereich betrifft, stellt sich die Sache so dar, daß sich die Produktion nach dem Bedarf der Verbraucher richten wird. Keine Profit- und Eigentumsinteressen stehen diesem einzig sachgemäßen Wirtschaftsziel hemmend oder ablenkend im Wege. Die mit dem integralen System schon elementar verwirklichte Brüderlichkeit – „Arbeit ist prinzipiell Arbeit für andere geworden" – kann ungehindert zur Entfaltung kommen.

Auch auf die ökologische Frage fällt ein neues Licht. Wirtschaftsökologie ist unter den Bedingungen der Wirksamkeit der gewandelten Begriffe selbstverständlich, wenn eine freie Wissenschaft, eine freie Erziehung und eine freie Information die Gesetze des Lebendigen umfassend erforscht und verbreitet und deren Bedeutung für den Menschen erhellt.

Die Freiheitsgestalt des sozialen Organismus

Den Staat mit der Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung zu beauftragen, wäre denkbar, wenn es nicht im radikalen Widerspruch zum Freiheitsimpuls, zur Forderung nach Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung (Dezentralisierung) stünde. Deshalb kann die letzte wichtige Frage, die sich hinsichtlich des Bildes der evolutionären Alternative des Dritten Weges stellt: Wie kann die von Zwängen befreite Gesellschaft ihre an den menschlichen Bedürfnissen und den Naturnotwendigkeiten orientierte Entwicklungsrichtung finden?, nur durch die Beschreibung der „Freiheitsgestalt des sozialen Organismus"[8] beantwortet werden.

Freiheit ist einerseits individueller Impuls, das Handeln aus selbstbestimmten Motiven zu vollbringen. Andererseits ist selbstbestimmtes Handeln nur dann frei, wenn es aus „Einsicht in die Lebensbedingungen des Ganzen" (Rudolf Steiner) vollzogen wird.

Für den komplexen Zusammenhang unserer arbeitsteiligen Produktion bedeutet dies, daß der einzelne oder auch das einzelne Unternehmen aus sich heraus nur sehr schwer die Gesichtspunkte zu finden vermag, durch welche die jeweilige Aufgabe, etwas für die Bedürfnisse anderer hervorzubringen, in der bestmöglichen Weise erfüllt werden kann. Daher ist es nötig, dem Gesellschaftskörper ein neues Funktionssystem einzugliedern: das *System beratender Kuratorien*, ein authentisches Rätesystem als ständige Inspirationsquelle.

Die Einsichten über die Bedingungen, Zusammenhänge und Wirkungen seines Handelns kann jedes Arbeitskollektiv dann am besten gewinnen, wenn es ein Kuratorium beruft, in dem die demokratisch bevollmächtigte Leitung des Unternehmens mit den leitenden Persönlichkeiten anderer Unternehmen, der Banken, wissenschaftlicher Forschungsinstitute und auch mit Vertretern seiner Konsumentenschaft die Aufgaben, Ziele und Entwicklungen des Unternehmens von möglichst umfassenden Gesichtspunkten aus berät. Die Entscheidungen müssen von den jeweils Verantwortlichen getroffen werden. Diese Entscheidungen werden aber durch die Hilfe der Kuratorien von einem optimal sachgerechten Urteilsbild getragen sein.

Was der Gestalt für die Assoziationen der Arbeitskollektive untereinander gilt, spielt auch eine Rolle für die Grundstruktur eines einzelnen freien Unternehmens. Der überwundene Gegensatz von „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" öffnet das Feld für eine Sozialgestalt, in der miteinander verwoben sind Prozesse des *freien Beratens, des demokratischen Vereinbarens* und schließlich *des gemeinsamen Wirkens* für die soziale Umwelt.

Das Recht der freien unternehmerischen Initiative hat jeder Mensch. Denn der Mensch ist ein initiatives Wesen. Nötig ist, daß die Arbeitsleiter die Fähigkeit haben, ihre Mitarbeiter nach deren Fachtüchtigkeit und Sachverstand zu berufen. Aus dieser Funktion werden sie jedoch weder materielle Privilegien noch irgendeine andere Form von nicht demokratisch legitimierter Macht haben können.

So ist in dem Bild der Grundzüge eines Dritten Weges das *freie Unternehmen* in einer selbstverwalteten Wirtschaft und einer selbstverwalteten Kultur die demokratische Basiseinheit einer nachkapitalistischen und nachkommunistischen *neuen Gesellschaft des realen Sozialismus.*

Staatliche Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung sind auf die Funktion beschränkt, die für alle verbindlichen demokratischen Rechte und Pflichten zu beschließen und ihre Verwirklichung durchzusetzen.

Der Staat wird erheblich schrumpfen. Was übrig bleibt wird man sehen.

Werkzeuge des Wandels

Was können wir für die Verwirklichung der Alternative jetzt tun?

Wer sich dieses Bild der evolutionären Alternative vor Augen führt, hat ein klares Grundverständnis von der *sozialen Plastik*, an welcher der *Mensch als Künstler* formt.

Wer sagt, daß es eine Veränderung geben muß, aber die „Revolution der Begriffe" überspringt und nur gegen die äußeren Verkörperungen der Ideologien anrennt, wird scheitern. Er wird entweder resignieren, sich mit Reformieren begnügen oder aber in der Sackgasse des Terrorismus landen. Drei Formen des Sieges der Strategie des Systems.

Wenn abschließend daher gefragt ist: *Was können wir tun?* damit wir das Ziel der Neugestaltung von den Fundamenten her auch erreichen, dann müssen wir uns klarmachen: Es gibt nur *einen* Weg, das Bestehende zu transformieren – aber dieser erfordert eine breite Palette von Maßnahmen.

Der einzige Weg ist die *gewaltfreie Transformation*. Gewaltfrei nicht etwa darum, weil Gewalt zur Zeit oder aus bestimmten Gründen nicht erfolgversprechend erscheint. Nein. Gewaltfrei aus prinzipiellen menschlich-geistig-moralischen und politisch-gesellschaftlichen Gründen.

Einerseits steht und fällt die Würde des Menschen mit der Unverletzlichkeit der Person und die Ebene des Menschentums verläßt, wer dies mißachtet. Andererseits sind gerade die zu transformierenden Systeme auf Gewalt in jeder nur denkbaren Form aufgebaut. Deshalb ist jede Art von Gewaltanwendung ein Ausdruck system*konformen* Verhaltens, verfestigt also, was es auflösen will.

Dieser Aufruf will ermutigen und auffordern, den Weg der gewaltfreien Transformation einzuschlagen. An solche, die bisher passiv waren, obwohl sie von Unbehagen und Unzufriedenheit erfüllt sind, ist die Aufforderung gerichtet: *Werdet aktiv.* Eure Aktivität ist vielleicht das einzige, was jene, die aktiv sind, aber mit Mitteln der Gewalt liebäugeln oder schon Gewalt anwenden, auf den Weg der gewaltfreien Aktion zurückführen kann.

Obwohl die angezeigte „Revolution der Begriffe" das Kernstück der hier vorgestellten Methode zur Veränderung ist, muß sie nicht unbedingt am Anfang aller Schritte stehen. Auch ist ihr jeder Absolutheitsanspruch fremd. Wer die Kraft hat, die Theorien des Marxismus, des Liberalismus, der christlichen Soziallehre usw. zu Ende zu denken, wird feststellen, daß er durchaus zu den gleichen Ergebnissen kommt wie wir.

Dieses zu-Ende-Denken von historischen Ansätzen ist heute nötig. Wo es mutig vollbracht wurde, bemerkte man, wie die Fronten sich verschieben. Da steht Bahro dann Karl-Hermann Flach und William Borm näher als diese ihrem Parteifreund Lambsdorff und jener seinen Genossen, die ihn verhaftet und verurteilt haben.

Free International University

Der Prozeß des Umschmelzens verhärteter Begrifflichkeiten und Theorieansätze ist in vollem Gange. Er muß zum *großen Dialog*, zur interfraktionellen, interdisziplinären und internationalen Kommunikation zwischen den alternativen Lösungsmodellen führen. Die FREE INTERNATIONAL UNIVERSITY ist das ständige Angebot, diese Kommunikation zu organisieren und zu entwickeln.

„Gegen die geballten Interessen der Mächtigen hat nur eine mitreißende Idee eine Chance, die wenigstens so stark ist wie die humanistische in den letzten und die christliche in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung".[9] Um von den verschiedenen Ansätzen, die in der neuen sozialen Bewegung leben, zu dieser „mitreißenden Idee" durchzustoßen, brauchen wir den ständigen und umfassenden Dialog. FREIE INTERNATIONALE UNIVERSITÄT als ein organisatorischer Ort dieses Forschens, Arbeitens und Kommunizierens meint also alle drei Gruppen und Keimzellen in unserer Gesellschaft, zu denen Menschen sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam die Fragen der sozialen Zukunft zu durchdenken. Je mehr Menschen sich mit diesen Arbeiten verbinden, desto kraftvoller und durchgreifender werden die alternativen Ideen zur Geltung kommen. Darum sei aufgerufen: *Gründet Arbeitsplätze der freien internationalen Universität,* der Universität des Volkes.

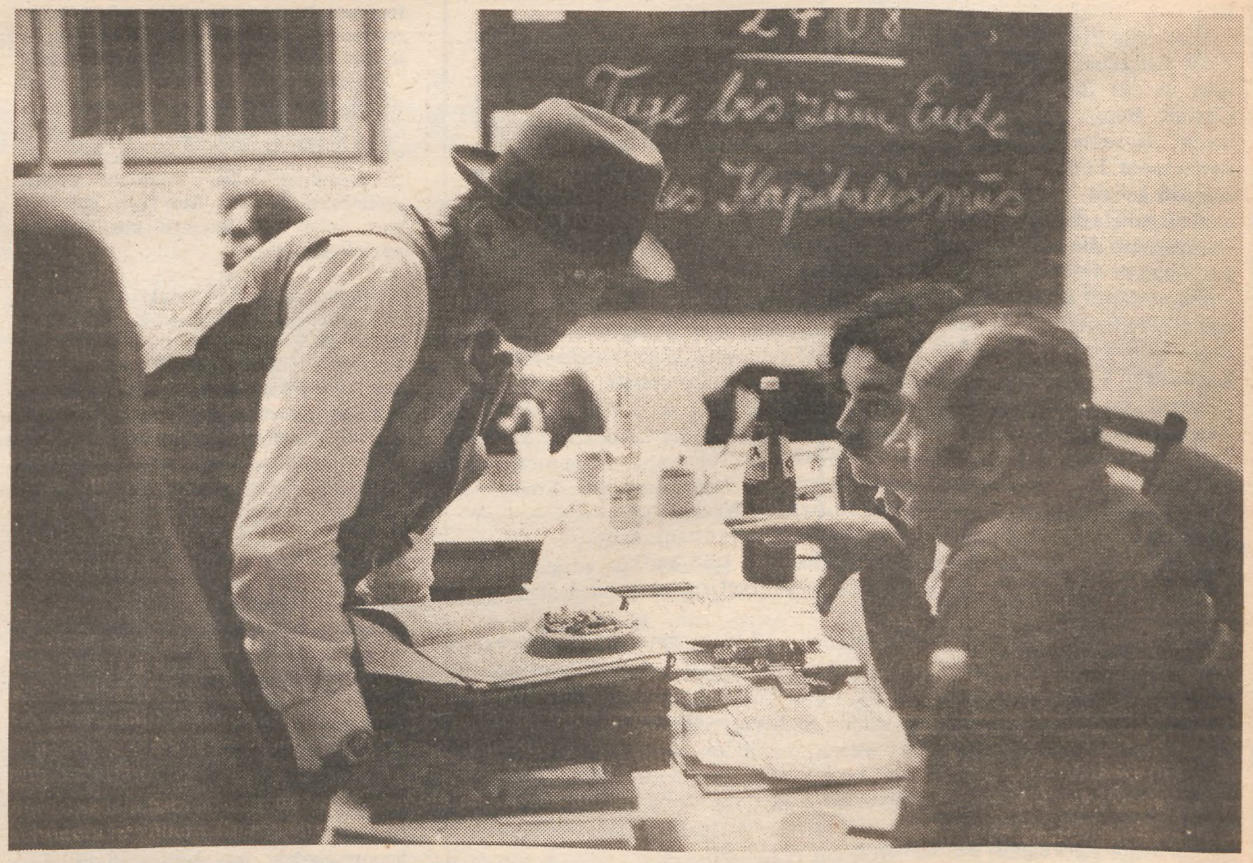
Aktion Dritter Weg

Aber dies allein genügt noch nicht. Überall dort, wo es möglich ist, sollten wir uns zur alternativen Lebens- und Arbeits*praxis* entschließen. Viele haben in kleinen Bereichen und speziellen Gebieten einen Anfang gemacht. Ein *Zusammenschluß* alternativer Wirtschafts- und Kulturunternehmen ist die AUFBAU-INITIATIVE AKTION DRITTER WEG (Unternehmensverband, Stiftung, Mitgliedsorganisation). Einzelne Gruppen oder Betriebe, die ihren alternativen Ideen auch Taten folgen lassen wollen, sind aufgefordert, dieses Projekt zu stärken.[10]

Union für die neue Demokratie

Ein letzter, aktueller Aspekt. Vielleicht der wichtigste und entscheidendste für

Fortsetzung nächste Seite



Beuys auf der Etat-Vorkonferenz der Aktion Dritter Weg in seinem Atelier in der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf.
Foto: Jochen Abeling

Generationswechsel

Generationskonflikt in selbstverwalteten Betrieben

Red. Frankfurt **Einleitende Gedanken zum geplanten Schwerpunktthema „Generationswechsel - Generationskonflikt in selbstverwalteten Betrieben".**

Nachdenkliches

Es ist angebracht, ganz kurz die Gefahren anzudeuten, die der Bewegung drohen. Von innen heraus: Die Gefahren der späteren Generation, die nicht die gleiche Begeisterung, nicht die gleichen Persönlichkeiten besitzt, und darum leicht in Stillstand endigt, so dass ein rühriger Privatunternehmer daneben emporkommt.

Ein Wechsel der Generationen, der freilich auch in Privatunternehmungen hervortritt. Enkel sind auch hier sehr oft die Erben eines Geschäftes, nicht seines Geistes. Im Laufe der Generationen kommen dann auch im Konsumverein neue Kräfte, neuer Anstoss zur Entwicklung. Kurz, letzten Endes liegt das für beide Teile gleich.

Von innen heraus droht noch eine zweite Gefahr, der gleichfalls von aussen die Konkurrenz der anders organisierten Privatgeschäfte ihre volle Bedeutung gibt, aber doch auch nimmt, wie wir sehen werden. Ich meine die Gefahr der Demokratie und der Bureaukratie, das Emporsteigen der demagogisch geschicktesten Elemente, die nur im Darwinschen Sinne der Anpassung an die Umwelt die überlegenen sind, also hier: in der geschickten Behandlung der Menschen, nicht aber ebenso in genossenschaftlicher Arbeit und geschäftlicher Tüchtigkeit. Dies umso gefährlicher, als die Praxis auch hier, wie in jeder Demokratie, die leitenden Personen als die Eingeweihten zur herrschenden Stellung einer allmächtigen Bureaukratie gelangen lässt; besonders dann, wenn die unentbehrliche Zentralisation, zwecks Zusammenschlusses nach aussen, sowie zwecks Großeinkaufs und Massenproduktion, den Abstand zwischen Mitglied und Leitung immer mehr erweitert. Da treten dann die höheren Formen der Demokratie auf: Mitgliederausschüsse, ein Genossenschaftsparlament. Aber der Vergleich mit den Ministerien im Staat drängt sich auf: dieselben Schwierigkeiten, dieselben Gefahren. Der näherliegende Sondervorteil des Einzelnen ist es, der da, wie im Staat, das Gemeinwohl gefährdet. Ehrgeiz und Strebertum, sie sind auch in der wachsenden Konsumentenorganisation, ihrem Wachsen parallel, bedrohlich bemerkbar.

Der Privatkapitalismus hat demgegenüber den Vorteil, dass erstens die Konkurrenz und zweitens das Selbstinteresse in ihm entscheidet. Die Konkurrenz stößt aus, was ungesund ist, das Selbstinteresse stachelt an, statt abzulenken, denn es treibt den Unternehmer vorwärts zu seinem eigenen Vorteil. Das ist's, was heute das Bestehen der großen Masse von Privatunternehmungen neben den emporstrebenden Anfängen der Konsumgenossenschaftsbetriebe für diese zu einer beständigen Kontrolle gestaltet: die geringste Nachlässigkeit kann die Kundschaft wieder in die Hand der Privatunternehmungen treiben.

*Prof. Dr. R. Wilbrandt**

aus: „Anatologie des Genossenschaftswesens" zusammengestellt von V. Totomianz, Berlin 1922.

***Tübinger Gelehrter, der sich als einer der wenigen Wissenschaftler damals mit den Konsumgenossenschaften auseinandersetzte.**

Die „neuen" Kollektivbetriebe haben sich heute ökonomisch konsolidiert und sind gesellschaftlich nicht mehr von der Bildfläche wegzudenken, wenn ihre politische Relevanz auch nicht unumstritten ist.

Die Pionierzeiten sind vorbei, viele „betagte" Kollektive erleben heute ihren ersten Generationskonflikt oder haben ihren ersten Generationswechsel bereits hinter sich. Manche „Pioniere" haben ihre Kollektive verlassen, um in anderen Kollektiven das wiederzufinden, was ihnen abhandengekommen zu sein scheint: Spannung, Motivation, Utopie, Aufbruchstimmung, der Wille zu permanenter Veränderung, das bewußte Betreten von Neuland, die Suche nach Lösungsansätzen für die Probleme unserer Gesellschaft.

Manche Pioniere haben es ganz aufgegeben, gesellschaftsverändernd wirken zu können und sind heute in der „freien" Wirtschaft wiederzufinden, sei es als „neue Unternehmer" oder als Lohnabhängige, wo sie wenigstens „geregelte" Arbeitszeiten und einen „angemessenen" Lohn haben.

Die Schere zwischen der „Gründergeneration" und der „Folgegeneration" ist in vielen Betrieben nicht mehr zu übersehen – je größer der Betrieb, desto sichtbarer die Schere. Reibungsverluste entstehen auf dem Hintergrund unterschiedlicher Motivation, Engagements, Kompetenz, Stehvermögens, Erfahrung, Risikobereitschaft, Sicherheitsbedürfnisse, beruflicher und sozialer Qualifikation, um nur einige Punkte zu nennen. Begriffe wie „Arbeitnehmerhaltung" – „Chefgebahren" – „Inkompetenz" –„Schmarotzertum" – „Undurchschaubarkeit" – „Informationsmangel" – „Entscheidungsstrukturen" – „innerbetriebliche Demokratie" – „Abstimmung" – „Loyalität" – „Fraktionierung" – „Hierarchie" etc. sind in aller Munde und erhalten aufgrund der veränderten Binnenverhältnisse neue Inhalte.

Suchten in früheren Jahren viele Kollektive in erster Linie neue Mitstreiter, Genossen und Unzufriedene, so werden heute in der Regel qualifizierte Fachkräfte – „möglichst mit Kollektiverfahrung, aber nicht Bedingung" – angeworben.

Das Kollektiv als politische Keimzelle für eine bessere Gesellschaft mutiert – ungewollt oder doch – zum ökonomisch-politischen Selbstzweck. Jedenfalls ist das nicht völlig von der Hand zu weisen. Und – machen wir uns nichts vor – die Kollektiv-Ökonomie ist abhängig von qualifizierten Kollektivisten, da gibt es kaum einen Unterschied zu privatkapitalistischen Betrieben.

Die gegenseitige Abhängigkeit der Generationen auf der einen, der Graben, die Schere zwischen ihnen auf der anderen Seite wirft eine ganze Reihe neuer Fragen und Probleme bezüglich der Zukunft der Selbstverwaltungswirtschaft auf, mit denen wir uns in den nächsten Ausgaben der CONTRASTE schwerpunktmäßig auseinandersetzen wollen.

Welche sind die Motivationen für die „neuen Aussteiger", welche die der „neuen Einsteiger", in welcher Form und mit welchen Folgen zeigen sich Genrationskonflikt und -wechsel in den verschiedenen Kollektivbetrieben, welches sind mögliche Lösungsansätze, kann oder muß mit dieser Schere gelebt werden – welche Erfahrungen diesbezüglich gibt es?

Die Redaktion würde sich freuen, möglichst viele Beiträge zu dem angerissenen Problemfeld zu erhalten, um mit der Arbeit an dem Schwerpunkt beginnen zu können.

Chris, Redaktion Frankfurt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 4

den Weg der gewaltfreien Transformation. Wie kann die *neue soziale Bewegung* eine *politische Dimension* erreichen?

Damit ist jedenfalls für den Bereich der westlichen Demokratien, die Frage nach der Möglichkeit einer parlamentarischen Aktion gestellt. Gehen wir diesen Weg, dann gehen wir ihn nur richtig, wenn wir einen *neuen Stil* der politischen Arbeit und des politischen Organisierens entwickeln. Nur wenn wir uns in diesem neuen Stil üben, werden wir die Hindernisse überwinden, die für alternative Entwicklung durch Sperrklauseln und ähnliches errichtet sind. Es wäre schon nötig, daß auch von den Parlamenten her, für die ganze Öffentlichkeit wahrnehmbar, alternative Lösungsmodelle aufträten. Dazu aber müssen die Leute, die solche Modelle erarbeitet haben, in die Parlamente hineinkommen. Wie kommen sie hinein?

Indem sie ihre ganze Kraft auf eine *gemeinsame Wahlinitiative* konzentrieren.

Entscheidend für einen solchen Versuch ist, welches Verständnis man von der Gesamtalternativenbewegung hat. Sie besteht ja aus eine Fülle von Strömungen, Initiativen, Organisationen, Institutionen usw. Sie alle haben nur in der Gemeinsamkeit eine Chance.

Gemeinsame Wahlinitiative heißt aber nicht: Parteiorganisation, Parteiprogramm, Parteidebatte im alten Stil. Die Einheit, deren es bedarf, kann nur die *Einheit in der Vielfalt* sein.

Die Bewegung der Bürgerinitiativen, die ökologische, die Friedens- und die Frauenbewegung, die Bewegung der Praxismodelle, die Bewegung für einen demokratischen Sozialismus, einen humanistischen Liberalismus, einen Dritten Weg, die anthroposophische Bewegung und die christlich-konfessionell orientierten Strömungen, die Bürgerrechtsbewegung und die 3. Welt-Bewegung müssen erkennen, daß sie unverzichtbare Bestandteile der Gesamtalternativenbewegung sind; Teile, die sich nicht ausschließen und widersprechen, sondern ergänzen.

Realität ist, daß es marxistische, katholische, evangelische, liberale, anthroposophische, ökologische usw. Alternativkonzepte und -initiativen gibt. In vielen wesentlichen Punkten besteht unter ihnen bereits ein hohes Maß an *Übereinstimmung*. Dieses ist die Basis der *Gemeinsamkeit* in der Einheit. In anderen Punkten besteht *Nichtübereinstimmung*. Dieses ist die Basis der *Freiheit* in der Einheit.

Eine gemeinsame Wahlinitiative der Gesamtalternativenbewegung ist nur lebenswirklich als ein *Bündnis* vieler autonomer Gruppen, die ihr Verhältnis untereinander und gegnüber der Öffentlichkeit im Geiste *aktiver Toleranz* gestalten. Unsere Parlamente brauchen den befreienden Geist und das Leben einer solchen Union, der UNION FÜR DIE NEUE DEMOKRATIE.

Die Fahrzeuge, die den neuen Kurs nehmen, stehen also bereit. Sie bieten Platz und Arbeit für alle.

1 R. Bahro, Die Alternative, Köln 1977
2 H. Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Frankfurt 1975/78, 221.
3 W. Schmundt, Revolution und Evolution, Achberg 1973, 33.
4 E. Löbl, Wirtschaft am Wendepunkt, Achberg 1975, 172ff.
5 s. Anm. 2
6 Eine Umformung im Sinne des Zieles versuchte als erster Rudolf Steiner zwischen 1917 und 1922 öffentlich bewußt zu machen. „Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Rechtsleben und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben" lautete damals die Parole, mit der man die Spaltung Europas in ein kapitalistisches und ein kommunistisches Lager aufzuhalten versuchte. Welche Folgen hatte das Scheitern dieses Versuchs einer Neugestaltung des sozialen Organismus von den Fundamenten her (III. Reich, Zweiter Weltkrieg, usw.)!
Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, Dornach 1919. Außerdem zahlreiche Vorträge Rudolf Steiners zwischen 1918 und 1922, veröffentlicht in der Rudolf Steiner Gesamtausgabe, Dornach.
Hans Kühn, Dreigliederungszeit, Stuttgart 1978
7 E. Löbl, a.a.O., 35ff.
8 W. Schmundt, Die Freiheitsgestalt des sozialen Organismus, Dornach 1968.
9 H. Gruhl, a.a.O., 274.
10 Aktion dritter Weg, Achberg 1977/80

SPD und Genossenschaften

Red. Bremen Am 14. Februar erreichte die SPD-Diskussion um eine stärkere Berücksichtigung der Genossenschaftsidee auch Hamburg.

Als Hauptredner trat Hans-Jochen Vogel auf. Er erklärte, daß sein Interesse an dem Thema aus seinen Berliner Erfahrungen mit der Alternativbewegung stamme. Seine Ausführungen waren hingegen ein geschichtlicher Abriß über die positiven Äußerungen aus sozialdemokratischen Kreisen zu den traditionellen Genossenschaften, und eine Stellungnahme zu den Problemen der Neuen Heimat. So stammten dann auch die meisten Vorschläge von ihm aus dem Bereich Wohnungsbau. Als Möglichkeiten zur Wiedererweckung der Genossenschaftsidee sah er die Überlassung von städtischen Grundstücken und Gebäuden an Verwaltergenossenschaften sowie den Abbau von Benachteiligungen von Genossenschaftsanteilen gegenüber dem direkten Hausbesitz. Nebenbei erwähnte er, daß selbst die momentane Bundesregierung 30 Mill. ERP-Mittel speziell für selbstverwaltete Betriebe zur Verfügung stellen will. Im März will Klose einen Verein zur Förderung des Genossenschaftswesens gründen, was wir weiter verfolgen sollten.

Die nachfolgende Diskussion bestand überwiegend aus Erinnerungen an die alten Zeiten der traditionellen Genossenschaften. Dazu paßte auch der nächste Vortrag von Oswald Paulig vom Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften. Er stellte aus seiner Sicht die Geschichte der Konsumgenossenschaften dar. Danach sprach als Vorzeigealternativer Peter Jorzick vom Werkhof Ottensen. Nach einer Vorstellung des Projekts Werkhof Ottensen übte er Kritik an der Kooperationsbereitschaft der traditionellen Genossenschaften. Für die Neugründung von Genossenschaften ist der Gründungsweg zu lang und die Kapitalbeschaffung zu schwierig. Die Kapitalbeschaffungsprobleme können eventuell durch die Haftungsassoziation verringert werden. Trotzdem forderte er einen Investitionsfonds für selbstverwaltete Betriebe.

In der nachfolgenden Diskussion verteidigten die anwesenden Genossenschaftsvertreter die Handlungsweise von Genossenschaften und Prüfungsverbänden gegenüber den Neugründungen.

Insgesamt hatte ich das Gefühl, daß die anwesende SPD-Basis bei Genossenschaften in erster Linie an die traditionellen Formen denkt, und selbstverwaltete Betriebe für sie nur etwas Exotisches darstellen.

Erich Jungnickel

Gründet Genossenschaften!

Wir vom „grünen garten" waren im Februar beim Genossenschaftsverband Niedersachsen e.V.. Der Herr vom Prüfungsverband war so auf neue Genossenschaften eingestellt, möglichst schon vor der Gründungsversammlung den Betrieben, die seiner Meinung nach keine Genossenschaften wollen, sondern eine „umgekehrte Genossenschaft", diesen die Gründung auszureden.

Eine Genossenschaft ist dem Recht nach so angelegt, daß viele Unternehmer sich zusammenschließen, um gemeinsam zu wirtschaften. Umkehren tun wir diese ursprüngliche Intention, wenn wir in der Genossenschaft produktiv werden wollen und damit Arbeitnehmer sind. Den Versuch, einen demokratischen Entscheidungsprozeß im Betrieb durchzuführen, hält er für von Grund auf falsch und zum Scheitern verurteilt, was für den Herrn durch seine 35-jährige Mitarbeit im Verband belegt wird.

Am besten benutzten wir weiter das Buch über Produktivgenossenschaften* von Burghard Flieger, um die weiteren Hürden schon vorher anzupeilen. Hier sind ja auch ähnliche Erfahrungen von anderen Betrieben zu finden. Wir wollen versuchen, die Hürden zu nehmen, obwohl uns eine eigene Prüfungsverbandsgründung lieber wäre, stellten wir nach unserem Gespräch fest.

Also weiter, gründet Genossenschaften!

Uwe Mädger

* Burghard Flieger: Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. 340 Seiten, 24,– DM. AG SPAK M 61, AG SPAK Publikationen, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg – ein Stachel im Fleische des Sozialdezernenten

Oldenburger Kabarettstück

In Oldenburg gibt es seit einigen Wochen in der Öffentlichkeit einen aufschlußreichen Streit um die Arbeit der Arbeitslosenselbsthilfe (ALSO) und die merkwürdigen Gepflogenheiten des Sozialdezernenten Wehrmeyer. Bereits vor einem Jahr sah sich Herr Wehrmeyer bemüssigt, ein 70ig seitiges Geheimdossier über die Arbeit der ALSO anzufertigen. Flugblätter und Berichte wurden gesammelt und mit einem unglaublich dreisten Kommentar versehen. Dieses Geheim-Ungeheuer wurde erst jetzt in wichtigen Passagen bekannt, es wurde im vergangenen Jahr jedoch schon fleißig benutzt, als es z.B. der Oberstadtdirektor für hilfreich empfand, im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes mit diesem Bericht gegen einen ABM-Antrag der ALSO vorzugehen. Der ABM-Antrag kam trotzdem durch – bei einem bißchen mehr Filz hätte dies auch anders ausgehen können.

Die ALSO gibt es in Oldenburg schon einige Jahre. Sie hat ein Beratungszentrum eingerichtet und im letzten Jahr auch einer Arbeitslosenwerkstatt mit auf die Beine geholfen. Jährlich finden mehrere tausend Beratungsgespräche mit Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern statt. Es gibt regelmäßige Arbeitskreise, lockere Treffs für Jedermann/frau. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß die fachliche Beratung außerordentlich qualifiziert und sachlich ist. Ich kann hier nur allen raten, die Fragen zu Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe, ABM, Ansprüche, Regelungen und praktischen Gepflogenheiten der Ämter haben, sich besser an die ALSO als sonstwohin zu wenden.

Bliebe diese Arbeit nun fein im Stillen, dort wo sich Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger heute treffen sollen, hinter verschlossenen Türen und unbekannt, dann wäre sicher auch der Sozialdezernent ruhig. Denn so heißt es im Geheim-Dossier:

„Es ist nicht zu verkennen, daß längerfristige Arbeitslosigkeit ein bedrückender Zustand und für viele der Ausgangspunkt für eine Reihe von persönlichen Problemen ist. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn Arbeitslose sich im Selbsthilfestreben eine Kontakt- und Beratungsstelle einrichten, um diesen Auswirkungen entgegenzuwirken und sich dabei auch um Gruppen mit ähnlich gelagerten Problemen bemühen. Legitim ist es sicher auch, wenn sie sich dabei für politische Entwicklungen einsetzen, die ihre Lage stärker berücksichtigen. Eine solche Arbeit ist durchaus förderungswürdig.

Nicht förderungswürdig ist es jedoch, wenn eine um einen Kern von alternativen Hochschulabsolventen gebildete Gruppe für sich in Anspruch nimmt, für alle Arbeitslosen zu sprechen und dabei in der Maskierung einer sozialen Beratungsstelle eine allen guten Sitten sowie sachgerechter Argumentation widersprechende Agitation betreibt, die von der überwiegenden Mehrheit der Betroffenen abgelehnt wird."

Der Stachel im Fleische des Herrn Wehrmeyer, der Sand im Getriebe dieser und sicherlich auch anderer Stadt- und Sozialverwaltungen, ist die Öffentlichkeitsarbeit der ALSO. Die monatlichen Informationsblätter vor dem Sozialamt mit Tips für Sozialhilfeempfänger, öffentliche Veranstaltungen und Informationen zur Situation von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern in Oldenburg, alljährlich detaillierte Analysen und fundierte Kritik zum Sozialhaushalt der Stadt. Eben eine engagierte und informierende Öffentlichkeitsarbeit, die der öffentlichen Strategie die Probleme der Erwerbslosigkeit zu verkleinern, die Zunahme sozialer Not und Armut zu verschleiern, entgegenarbeitet. Die ALSO lüftet permanent den Teppich unter den alles gekehrt werden soll. Sie bietet die Chance zur Gegenwehr für Einzelne und Gruppen gegen den bürokratischen Dschungel der Sozialverwaltung. In Oldenburg geht alles nach Gesetz und Ordnung, deswegen mußte beispielsweise eine Frau klagen – wie es jetzt der Presse zu entnehmen war – als sie 100 DM Zuschuß für eine Klassenfahrt ihres Kindes haben wollte. Ich bin gespannt, ob die Stadtverwaltung gegen dieses Urteil vorgeht. Dies alles ist nicht erwünscht, das ist klar. Und prompt wird eine – zunächst geheime – Kampagne gegen die ALSO gestartet. Man/frau lese und staune was da alles im Geheimdossier des Herrn Wehrmeyer zu lesen steht:

„Aus einer Selbsthilfegruppe wurde eine Agitationsgruppe, die mit rigorosen Parolen eine alternative Gesellschaftspolitik vertritt." und:

„vor allem mit den Unterstellungen, Diffamierungen und der Stimmungsmache auf den Flugblättern wird bei labilen und geistig einfach strukturierten Hilfesuchenden (nicht nur Arbeitslosen) unter dem Deckmantel einer sozialen Beratungsstelle eine Bewußtseinsbildung herbeigeführt, die die Arbeit des Sozialamtes im sozialen Leistungssystem außerordentlich erschwert und die letztlich gegen die Interessen der Hilfesuchenden selbst gerichtet ist."

Oder es steht zu lesen:

„ Wenn von einem erwerbsfähigen Hilfeempfänger nach dem Gesetz erwartet wird, daß er als Gegenleistung für die Hilfe zum Lebensunterhalt gemeinnützige und zusätzliche Arbeit leistet, die für ihn zumutbar ist, wird dies als 'Zwangsarbeit' diskrimminiert. Dabei wird mit Vorsatz verleugnet, daß es dem Menschen bereits naturgesetzlich vorgegeben ist, seine Kräfte für den Lebensunterhalt einzusetzen."

Der Sozialdezernent weiß offenbar was wirklich los ist. Die von ihm als „labil und geistig einfach strukturierten Hilfesuchenden" gekennzeichneten Personen, so meint er, fühlten sich durch die laufenden Aktionen vor dem Eingang des Dienstgebäudes behindert und belästigt.

Das Tollste ist, daß dieses in den zentralen Passagen bekannte Geheim-Ungeheuer nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der ALSO im Sozialausschuß diskutiert werden durfte. Und dabei kam es wie nicht anders zu erwarten: Bei dieser nicht-öffentlichen Sitzung sahen sich weder der Stadtdirektor noch der Sozialdezernent veranlaßt, einzelne Äußerungen zurückzunehmen, sich zu distanzieren. Im Gegenteil, im Selbstverständnis der Rechtschaffenheit wurde kundgetan, daß die Anfertigung derartiger Dossiers ein normaler Vorgang, ohne Besonderheiten sei. Daß ein derartiger Vorgang auch in gleichgelagerten Fällen üblich sei.

Für alle Oldenburger Selbsthilfe-Projekte wäre es deshalb wichtig zu wissen, was denn da noch an Papieren durch die Stadtverwaltung kreist. Eben der Stadtdirektor, für den dieses alles ein 'ganz normaler Vorgang' ist, will nun zwischen ALSO und Sozialdezernenten vermitteln, natürlich in einem nicht-öffentlichen Gespräch.

Auf alle Fälle wird an diesem Oldenburger Kabarettstück zum 1000-sten Mal deutlich, was von der sogenannten Hilfe zur Selbsthilfe zu erwarten ist.

Thea Dückert

ASOP – Versuch eines Zusammenschlusses

Red. Bremen **In Oldenburg hat das Netzwerk mehrere Versuche unternommen, um einem Arbeitskreis alternativer Oldenburger Betriebe und Projekte auf die Beine zu helfen. Die Vorstellung, ein Arbeitskreis wie die Bremer BIS könne auch in Oldenburg von den Betrieben und Projekten als notwendiges Forum für die Diskussion von Ansprüchen, Wirklichkeit, täglichem Kleinkrieg und gemeinsamen Handeln gesehen werden, war die Mutter des Gedankens. Mindestens ein paar Unermüdliche teilen diese Idee. Hinderlich für die Gründung eines Arbeitskreises war sicherlich, daß anfänglich gleich eine Staatsknete-Diskussion geführt werden mußte, denn in Oldenburg bestanden minimale Chancen einen Fördertopf für alternative Betriebe und Projekte im Haushalt der Stadt für 1986 einzurichten. Diese Hoffnung hat sich mittlerweile zerschlagen, das Thema ist erstmal für Oldenburg beendet. Hinderlich war diese Diskussion deshalb, weil die Frage, ob über Staatsknete hinaus andere Themen im Arbeitskreis angegangen werden sollen, vertagt war. So haben wir dann einen neuen Anlauf unternommen, um ein Treffen der Betriebe zu organisieren.**

Ende Januar trafen sich 24 Personen aus 16 Betrieben und Projekten aus Oldenburg und Umgebung. Das klingt ganz gut, aber dennoch habe ich das Gefühl, daß der erste Sargnagel für ASOP schon geschnitzt wurde.

Vorausgegangen war diesem 4. Treffen von ASOP eine Brief- und Fragebogenaktion, eine Aktion, die sich die Teilnehmer des letzten schlecht besuchten Treffens vor Weihnachten ausgedacht hatten. Gefragt wurden die Betriebe, welche Themen sie diskutieren wollen. Die Themenvorschläge gingen von ganz allgemeinen bis zu konkreten Einzelproblemen des Projektalltags. Nach den Rückantworten wollten – bis auf eine Ausnahme – alle Projekte nach dem gemeinsamen Interessen dieses heterogenen Arbeitskreises suchen.

Wir haben uns bei 'Gegendruck' getroffen, wo unter Aufbietung des letzten Stuhls und des letzten Eckchens der Raum vollgestopft wurde – sicherlich eine schlechte Ausgangsbedingung für die anschließende Diskussion, aber sicher nicht die Ursache für die merkwürdig gespannte Stimmung, die sich später herstellte.

Gekommen waren 24 Leute, zum größten Teil andere als bei den vorangegangenen Treffen, ein paar Unermüdliche waren jedoch wieder dabei. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen: Handwerk, Handel, Landwirtschaft, Kultur. Volle Mischung. Mit der Vorstellungsrunde begannen die Spannungen. Zwar wurde begrüßt, daß nun endlich mal die Gelegenheit sei, sich untereinander kennenzulernen, dies in Oldenburg längstens notwendig sei usw. Es wurden auch eine Reihe Vorschläge gemacht, was Thema des Arbeitskreises sein könnte. Von: Werbung, Erfahrungen mit der Handwerkskammer, Genossenschaftsgesetz, Zusammenarbeitsmöglichkeiten holzverarbeitender Betriebe, alternative Ansprüche, Hierarchie ... die ganze Palette. Aber es kam nichts zusammen. Es gab Stimmen, wie: „Ich bin der soundso, ich weiß gar nicht was ich hier soll. Habe 10 Stunden im Betrieb gestanden. Hab keine Lust über den alternativen Anspruch oder sonstwas zu diskutieren. Aber wenns Netzwerk ruft, muß man ja kommen. Sonst machen die nachher nichts mehr." Oder: „Ich will hier nur über das diskutieren, was ich angekreuzt habe, über nichts anderes." ('Angekreuzt' war Frauenprojekte, ein einziges Frauenprojekt war mit eben dieser Teilnehmerin vertreten. Sie machte dann bald den Abgang). Oder: als einer eine Definition von Alternativbetrieben losließ und auch noch von Träumen sprach, kam: „So alternativ wie ihr sind wir nicht, wir haben Lohnabhängige beschäftigt. Da kann ich ja dann gleich gehen". Sie blieb dann, muffig. Einige wollten Stammtische gründen, andere wollten erstmal zusammenbleiben, um zu sehen wer da eigentlich ist, unter welchen Bedingungen sie arbeiten und leben. Nach langem Hin-und-Her wurde dann die Variante der ausführlichen Vorstellung mit Nachfragen gewählt. Dann gings plötzlich besser, es wurde gerade auch von der 'Eisfront' sehr zu Fragen wie Entlohnung, Arbeitsbelastung, Urlaub, Hierarchie, Arbeitsteilung ... nachgefragt. Dann war's spät geworden, ein neuer Termin wurde vereinbart. Das ausführliche Kennenlernen soll weiter gehen. Ob's geht??

Was nun eigentlich los war, ist mir schleierhaft. Die Aggressivitäten liefen nicht dort, wo zwischen einzelnen Betrieben bekannte Spannungen bestehen. Irgendwie waren es neue Fronten, von einzelnen vermutete, gemeinsame Ansprüche der anderen. Neue Projekte gegen einen undefinierten, von älteren Projekten gepachteten Alternativanspruch??

Thea Dückert

Neues aus Oldenburg

ABM - Forum

Red. Bremen Die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSA) in Oldenburg hatte im Rahmen ihres regelmäßigen Treffen Ende Januar zum Thema ‚Stellenwert von ABM in Beratungs- und Sozialeinrichtungen' eingeladen. In einer großen Runde von mindestens 30 Teilnehmer/innen aus unterschiedlichsten Beratungsstellen wurde andiskutiert, in welchem Maße die sozialen Projekte/Beratungen von ABM abhängen. Die Mehrzahl der Projekte arbeitet heute mit ABM. Was das für die Arbeit bedeutet – auch langfristig – wie die ABM-Praxis des Arbeitsamtes überhaupt aussieht, ob es dort Einflußmöglichkeiten geben kann und sollte, diese Fragen werden sicherlich auf den nächsten Treffen aufgegriffen werden müssen. Zur ersten Annäherung an den Komplex ABM wird im März im Arbeitsamt Oldenburg ein weiteres Treffen stattfinden, bei dem dann ein Mitarbeiter des AAs informieren soll. Es ist noch offen, ob die Oldenburger Projekte und ihre ABM'ler/innen in späteren Diskussionen zu eigenen Konzeptionen über die Ausstattung und die Bedingungen unter den ABM in Oldenburg verteilt bzw. zugänglich gemacht werden sollten, kommen werden.

Senatsknete in Hamburg:

Millionen für Alternativprojekte?

Gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen, schickt sich der Senator an zu zahlen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Heidelberg **Noch im Juli letzten Jahres lehnte der Senat den Antrag des AK-Senatsknete über jährlich 10 Millionen für Alternativprojekte ab. Offizielle Begründung: Sparen. Am 4. Februar dieses Jahres trat Arbeits- und Sozialsenator Ehlers jedoch zu unserer völligen Überraschung mit einem Senatsbeschluß vor die Presse und kündigte 2,5 Mio. DM für alternative Beschäftigungsinitiativen an. Das hört sich zuerst auch relativ großzügig an. Bei näherem Hinsehen jedoch bleiben 1986 an Darlehen gerade 250.000 DM und an Zuschüssen 265.000 DM, zusammen also etwas über 500.000 DM. Verglichen mit dem vom AK-Senatsknete immer kritisierten Bremer Billig-Modell (600.000 DM im Jahr Gesamtvolumen) und erst recht verglichen mit einigen Kommunen (z.B. Nürnberg) ist dies lächerlich wenig. Und gemessen am Bedarf reicht dies gerade für ein bis zwei größere Anschaffungen. So wenig hat noch kein sozialdemokratischer Senator geboten.**

Die Geschichte dieses Programms
(1) Seit zweieinhalb Jahren bemühte sich der AK-Senatsknete um die Einrichtung eines behördenübergreifenden, selbstverwalteten Fonds in Höhe von 10 Mio. DM jährlich. Nach Umfragen und Projektetreffen schickten wir im September 1983 unseren ersten Antrag an Behörden, Bürgerschaftsfraktionen und -parteien. Nach einigen Gesprächen mit dem uns gegenüber aufgeschlossenen SPD-Vorstandsmitglied (und ehemaligen Wirtschaftssenator) Steinert erreichten wir, daß Steinert sich in getrennten Schreiben an die drei Senatoren (Arbeit- und Soziales; Wirtschaft; Kultur) und den Ersten Bürgermeister K. v. Dohnanyi für unseren Antrag einsetzte. Dann tat sich allerdings erst einmal nicht viel. Doch innerbehördlich fing es an zu arbeiten. Und in der 2. Hälfte des Jahres 1984 schließlich kam es dann zu mehreren ausführlichen Gesprächen mit einem überbehördlichen Arbeitskreis aus Vertretern der drei Behörden, währenddessen sich die zuständigen Senatoren die Federführung gegenseitig zuzuschieben versuchten. Die „Verhandlungen" führten schließlich dazu, daß die BAJS (Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales) die Federführung übernahm. In den nun wechselnden Senatsdrucksachen wie auch in der (in Kürze stattfindenden) Bürgerschaftsdebatte wurden Vergabekriterien und Vergabeverfahren für den Darlehenstopf weitgehend aus unserem Antrag übernommen, nicht jedoch das Fördervolumen, so daß wir nun vor der paradoxen Situation stehen, daß wir zwar einen weitgehend selbstbestimmten Fördertopf zur Verfügung gestellt bekamen, in dem jedoch fast nichts drin ist.

(2) Parallel zu unseren Bemühungen bzw. nach unserer Ablehnung im Juli 1985 (vgl. CONTRASTE Mai 1985, S. 4) wurde ein Antrag der autonomen Jugendwerkstätten (AJW), ein staatlich finanziertes Ausbildungsprojekt mit inzwischen 10 Ausbildungswerkstätten, beim EG-Sozialfonds genehmigt. Da die EG jedoch nur 50% der beantragten Mittel zuschießt, die restlichen 50% vom Land Hamburg bereitgestellt werden müssen, die AJW jedoch bisher schon gefördert wurde, so wurden effektiv Mittel frei. Davon also finanziert Senator Ehlers (ohne Mehrkosten) die Hamburger Staatsknetefonds.

In einschlägigen Kreisen verbreitete sich schon sehr früh die Kunde, daß im Haushalt der BAJS Gelder frei würden. Und so stapelten sich in der Behörde die Anträge für sinnvolle Projekte im Ausbildungsbereich, lange bevor Ehlers mit der Nachricht an die Presse trat. Am frühesten wußte es ein GAL-Bürgerschaftsabgeordneter, der seinerzeit AJW-Geschäftsführer war und einen Teil dieser freiwerdenden Gelder im Geiste und im Kontakt mit der Behörde schon für die Gründung einer Produktivgenossenschaft verplante. AJW dagegen informierte andere Ausbildungsinitiativen, die sich bald zu einem Arbeitskreis zusammenschlossen. Der Arbeitskreis und der GAL-Abgeordnete diskutierten nun in einer GAL-Fachgruppe Förder- und Beratungskonzeptionen, die in einem GAL-Antrag zu den Haushaltsberatungen münden sollten. Dieser Antrag jedoch fand sich in entscheidenden Punkten abgeändert in der Bürgerschaft wieder (aber wurde dort natürlich abgelehnt). Die an der Diskussion beteiligten Projekte (mit Ausnahme des Aktivenkreises der geplanten Produktivgenossenschaft und „ihres" Bürgerschaftsabgeordneten) waren empört über diese Änderungen. Wie konnte das geschehen?

Nun war „die Kacke am Dampfen". GAL-Fraktion und Initiativen trafen sich im Rathaus und dort gings rund. Doch während des Kampfgetümmels um die Abänderung des Antrags (wofür sich die Fraktion inzwischen entschuldigt hat) waren BAJS und Senat lautlos am Schaffen. In wenigen Wochen, ja Tagen überschlugen sich die Ereignisse und am 4. Februar schließlich war es endlich offiziell.

Reaktionen und Resümee
Die sozialdemokratischen Staatsknete-Bonbons schmecken uns insgesamt nicht besonders. Zum Teil stinkt das Programm nach Genossen-Filz. Die Ökonomisierung sozialer Projekte durch den Zwang zur mittelfristigen Eigentragsfähigkeit, wie sie das Programm vorsieht, hat der AK-Senatsknete nie gefordert. Die Darlehenskonditionen sind in Ordnung, auch das Vergabe-Modell entspricht weitgehend unseren Forderungen, wenn man mal von der geplanten bankmäßigen Verwaltung absieht. Aber was nützt das: Es gibt kaum was zu vergeben! Angesichts unserer Erfahrung, wie der Senat mit den Wohngruppen und Stattbau umgesprungen ist, sind wir nicht gewillt, uns darauf einzulassen. Denn es muß befürchtet werden, daß der gute Wille des Senats allerhöchstens bis zum Wahltag im November dieses Jahres reicht (vorausgesetzt, daß die SPD dann noch die absolute Mehrheit besitzt).

Das Interesse des sich konstituierenden Arbeitskreises „Betriebe in Selbstverwaltung" war demzufolge nicht sonderlich groß. Die Ausbildungsinitiativen werden einen eigenen Verband gründen und ein Beratungsbüro aufbauen. So wird es Hamburg-Consult nicht leicht haben, sich in Hamburg breitzumachen. Im schlechtesten Falle bleibt es Consult nur noch, die Behörden zu beraten. Die vorgesehenen Gelder für Stiftung und Consult, zusammen bald so viel wie das gesamte Fördervolumen (1986: 436.300 DM im Vergleich zu 515.000 DM), sind so großteils in den Sand gesetzt. Aber das scheint nicht das Problem des Senats zu sein. Gespart wird woanders!

Im Bundesvergleich ist das Hamburger Förderprogramm nicht sonderlich fortschrittlich. Neben dem durchaus vorzeigbaren hessischen Modell (aufgrund der dortigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse) und dem Bremer Billig-Modell weist zwar das Hamburger Beispiel einige der Bremer Nachteile nicht auf. Von der Gesamtausstattung liegt es jedoch noch **weit** unter dem Bremer Programm, obwohl die Hamburger Alternativszene, wie auch die Stadt selbst, um einiges größer ist. So bleibt als Ergebnis, daß die Sozialdemokratie dort, wo sie nichts zu sagen haben (auf Bundesebene) schöne Worte von sich geben, in den von ihnen regierten Ländern jedoch nur zu immer geringeren Gaben bereit sind. Der Alternativ-Sektor eignet sich jedoch nicht als Dumping-Anbieter von Arbeitsplätzen. Es ist ja nicht so, daß die gewerkschaftliche Kritik der alternativen Selbstausbeutung als **völlig** unberechtigt empfunden wird. Nur die Selbstausbeutung hat ihr Gegenstück in der Benachteiligung der Projekte bei Banken – und wie man sieht – auch beim Staat. So bleibt als Resümee, daß die SPD nichts von alleine zustandekriegt, sondern nur, wenn sie dazu gezwungen wird.

Michael Wörle
AK-Senatsknete Hamburg

Das Förderprogramm im einzelnen:

Finanzielle Ausstattung:

	1986	Gesamtsumme (1986-88)
Investitionsfonds auf Darlehensbasis	250.000	1 Mio.
Zuschußfonds für sozialökonomische Projekte	265.000	1,5 Mio.
LAWAETZ-Stiftung	504.000	1,4 Mio.
davon:		
– Stifung	225.000	
– Hamburg-Consult	211.300	
– Stattbau GmbH	67.700	
	1.019.000	3,9 Mio.

Der Darlehensfonds:
Der Darlehensfonds soll Mittel zur Gründung oder Festigung selbstverwalteter Betriebe mit mindestens 3 Mitarbeiter/innen (inkl. Übernahme- oder Belegschaftsfirmen) bereitstellen.

Finanzierungsmodalitäten:
Beratungszuschüsse (in der Vorbereitungsphase kostenlos, betriebsbegleitend zu 90%), Darlehen, Beteiligungsdarlehen (bis zu 12% des Gesamtkapitalbedarfs), besicherte Darlehen (bis zu 30%).
Konditionen:
Darlehenshöchstsumme 300.000 DM, die ersten 3 Jahre zinslos, danach 4%, 10 tilgungsfreie Jahre.
Kreditvergabe:
Gründung eines Vereins Hamburger selbstverwalteter Betriebe, dessen Mitgliederversammlung einen Beirat wählt, „dessen Aufgabe darin liegt, bei der Vergabe der staatlichen Mittel mitzuwirken". Je ein weiteres Beiratsmitglied aus DGB, BAJS und Wirtschaftsbehörde. Die Behördenvertreter haben ein Vetorecht. Die bankmäßige Verwaltung der Mittel soll einem professionellen Unternehmen mit Kreditkonzession übertragen werden.

Der Zuschußfonds:
Für Träger der Jugend- und Sozialhilfe, die die Gründung eigener mittelfristig ökonomisch selbständig arbeitender Betriebe anstreben. Die Zuschüsse sind für die Anfangsphase, die Zielgruppe: benachteiligte Jugendliche und junge Frauen. Förderungshöchstgrenze ebenfalls 300.000 DM. Einzelprojekte mit höheren Bedarfen gesonderter Verfahrensweg.

Bei den betroffenen Ausbildungsinitiativen stieß insbesondere die Forderung nach mittelfristiger Eigentragsfähigkeit auf Protest. Sie fordern stattdessen dauerhafte Zuschüsse.

Die LAWAETZ-Stiftung, der „staatsnahe Träger":
Zwei Personalstellen für Chef und Sekretärin. Aufgabe: Koordination verschiedener arbeitsmarktpolitischer, Ausbildungs- und Wohnungssanierungs-Maßnahmen. Lösung des „Akzeptanzproblems" zwischen Senat und Initiativen. Zugleich aber als „staatsnaher Träger" vermutlich geplant als direkte Konkurrenz zur **Stattbau GmbH**, der als alternativer Sanierungsträger zu große Parteinahme gegenüber den Wohngruppen (von Behördenseite) vorgeworfen wird. Mit Stattbau und den Wohngruppen fahren der Bau-, Innen- und Finanzsenator seit Jahren in einer Weise Schlitten, die jeder Beschreibung spottet! Gesellschafter von Stattbau sind u.a. die AJW und Netzwerk (vgl. CONTRASTE Mai 1985, S. 4). Aber dennoch soll Stattbau nicht völlig ausgehungert, sondern nur befriedet werden. Dafür bekommt es noch eine Stelle dazu, seine vier ABM-Stellen laufen dafür in wenigen Wochen aus ...

Hamburg-Consult:
Geplante Beratungsstelle zur Unterstützung lokaler Beschäftigungsinitiativen, insbesondere für Jugendliche. Die Notwendigkeit von Beratung ist unbestritten. Auch der AK-Senatsknete hat dies immer betont. Und Netzwerk berät seit Jahren ehrenamtlich und professionell Projekte. Seit Januar gibt es zusätzlich noch ein neugegründetes Hamburger Beraterkollektiv. Warum an die vorhandenen Beratungsstrukturen nicht angeknüpft werden soll, sondern eine neue Institution draufgesetz wird, läßt sich nur vermuten. Allerdings heißt die Beratungsgesellschaft wohl nicht zufällig „Hamburg-Consult". Ihr Konzept wurde in Kooperation mit der Berliner Beratungsgesellschaft BBJ-CONSULT (vgl. CONTRASTE Juli/August 1985, S. 5) entwickelt, die ohnehin ihre Fühler im ganzen Bundesgebiet ausstreckt (Saar-Consult, Förderwerk e.V. in Bremen etc.) und neben Projekten insbesondere Ministerien und Kommunen beraten. Also auch hier: ein „staatsnaher Träger".

3. Folge

Kollektiv & Recht

Vermögensbildungsgesetz 1984

Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand
Es hat nun 13 Jahre gebraucht, den seit 1971 dauernden Stillstand in der Vermögenspolitik zu beenden. Auf der Grundlage des „vierten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" können Arbeitnehmer vom 1. Januar 1984 an jährlich bis zu DM 963 in Beteiligungswerten anlegen und erhalten dafür vom Staat eine Prämie von 23%, bei mehr als 2 Kindern sogar 33%. Voraussetzung für die Zahlung der AN-Sparzulage ist, daß die Einkommensgrenze von DM 24.000 für Alleinstehende und DM 48.000 für Verheiratete, zuzüglich DM 1.800 für jedes Kind pro Jahr, nicht überschritten wird. Zugrundegelegt wird nicht das Bruttoeinkommen, sondern das zu versteuernde Einkommen.

Nach dieser Änderung im Einkommenssteuerrecht ist es mit der steuerlichen Privilegierung der Belegschaftsaktie endgültig vorbei. Bisher konnten nur Aktiengesellschaften ihren Mitarbeitern Belegschaftsaktien anbieten, wobei der Kursvorteil bis zu DM 300 steuerfrei war. Jetzt kann im Grunde jeder Arbeitgeber, unabhängig von der Rechtsform, seinen Mitarbeitern eine Beteiligung am Unternehmen einräumen, wobei ebenfalls bis zu DM 300 im Jahr steuerfrei sind. Neben der Aktie wird auch die Ausgabe von Genußscheinen und Genußrechten und von Genossenschaftsanteilen auf diese Weise gefördert. Für Firmen in der Rechtsform der GmbH oder KG ist besonders interessant, daß der Paragraph 19a des Einkommenssteuergesetzes ferner ausdrücklich die stille Beteiligung und die Darlehensforderung gegen den Arbeitgeber („Arbeitnehmerdarlehen") zu den steuerlich begünstigten Beteiligungswerten zählt.

Für den selbstverwalteten Betrieb bietet sich also die Möglichkeit, unter gleichzeitiger Inanspruchnahme von steuerlichen Begünstigungen, das Eigenkapital zu stärken, wobei neben den „Arbeitnehmern" auch der „Arbeitgeber" steuerliche Vorteile in Anspruch nehmen kann.

Dies sei an einem Beispiel erläutert. Angenommen ein selbstverwalteter Betrieb mit 10 Leuten erwirtschaftet einen Gewinn von DM 10.000 (soll schon mal vorgekommen sein). Im Rahmen der Versteuerung (als GmbH) müßten DM 5.600 Körperschaftssteuer gezahlt werden (in Berlin ca. 43%), sofern der Betrag nicht ausgeschüttet wird. Wird nun dieser Überschuß den Kollektivos in ihrer Eigenschaft als Angestellte als Beteiligungskapital angeboten (unter der Bedingung, daß das Geld 6 Jahre stehen bleibt), hat das zur Folge, daß von den DM 1.000 pro Kopf – nach Abzug des Freibetrages – DM 700 zu versteuern und zu versichern sind (bei den gängigen Kollektivlöhnen 50–60%), macht also DM 400 Abzug. Die Begünstigten wiederum erhalten für ihre DM 1.000 Vermögensbildung eine Sparzulage von DM 215 (DM 308 für Verheiratete), also 23% (33%) von DM 936.

Insgesamt sind dann „nur" (gerechnet auf alle 10 Leute) DM 1.850 – statt DM 5.600 – abzuführen. Das ist der Differenzbetrag zwischen DM 4.000 Steuern und Versicherung (Kosten des Betriebes) und der Sparzulagen in Höhe von DM 2.150 (Einnahmen der „Angestellten").

Aber auch wenn es keine Gewinne gibt, ist es lukrativ.

Redaktion Berlin

Treugeldstand per 24.2.86	**3.467.586,49 DM**
Treugeldgeber	**ca. 8.000**
Vereinsmitglieder	**ca. 2.000**
Treugeldstand nach Regionen	
Berlin	198.240,00 DM
Hamburg	142.936,50 DM
Schleswig-Holstein	112.420,00 DM
Bremen	23.701,50 DM
Niedersachsen	304.275,50 DM
Nordrhein-Westfalen	667.492,66 DM
Rheinland-Pfalz	129.600,00 DM
Hessen	628.060,00 DM
Saarland	26.000,00 DM
Baden-Württemberg	777.003,33 DM
Bayern	445.560,00 DM
Ausland	12.297,00 DM

DARLEHENSANFRAGE

Die Freunde und Förderer der Ökobank brauchen viel Geld für

- die Treugeldwerbung, um das notwendige Eigenkapital aufzubringen
- die Entwicklung der Bankkonzeption (betriebswirtschaftlich und politisch)
- die Betreibung der Zulassung der Bank durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
- die Gründungsprüfung durch einen genossenschaftlichen Prüfungsverband
- die Vorbereitung zur Aufnahme in einen Sicherungsfonds
- die Abwicklung und Anregung vereinsöffentlicher Diskussionsprozesse.

Ein Drittel dieses Finanzbedarfs (312.000,– DM von der Gründung am 18.3.84 bis zum 30.6.85) konnte bisher aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Broschürenverkauf gedeckt werden.

Die restlichen zwei Drittel wollen wir aus den Zinsen für das festgelegte Treugeld bezahlen. Diese Zinsen erhalten wir aber zum größten Teil erst Anfang 1987.

Wir brauchen also weiterhin Kredite. Dafür zahlen wir 4% Zinsen p.a., aber natürlich gerne auch weniger.

Der Kreditvertrag sieht folgendermaßen aus:

Darlehensvertrag

zwischen . . . . . .
nachfolgend Kreditgeber genannt
und dem Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Frankfurt/Main
nachstehend Kreditnehmer genannt
wird folgender Darlehensvertrag geschlossen:

§1 Der Kreditgeber zahlt an den Kreditnehmer einen Betrag von DM ..... als Mitgliederdarlehen. Dieses Mitgliederdarlehen ist zweckbestimmt und dient ausschließlich der Finanzierung der Vorlaufkosten des Ökobank-Vereins. Das Darlehen wird mit 4% verzinst.

§2 Der Darlehensvertrag ist frühestens am 30. Juni 89 zur Rückzahlung fällig. Das Darlehen kann in voller Höhe zur sofortigen Rückzahlung gekündigt werden,
wenn über das Vermögen des Kreditnehmers das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet werden sollte,
wenn Umstände eintreten, durch welche die Rückzahlung des Kredits gefährdet wird,
wenn sich die vom Kreditnehmer gemachten Angaben über seine Vermögensverhältnisse als unrichtig oder unvollständig erweisen sollten.

§3 Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, jedes für den Vertragszweck bedeutsame Ereignis dem Kreditgeber unverzüglich mitzuteilen.

§4 Gerichtsstand für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten ist Frankfurt/Main.

Um das bürokratische Verfahren so gering als möglich zu halten, kann jetzt sofort jede/r einen Betrag von mindestens 500,– DM mit Angabe der Zinsvorstellungen (zinslos, 1%, 2%, 3% oder 4%) auf unser Konto Nr. 9531-600, Postgiroamt Frankfurt/Main und dem Hinweis „Darlehen lt. Vertrag CONTRASTE Nr. ..." überweisen (Scheck geht auch). Leserliche Anschrift nicht vergessen. Wem dieses Verfahren nicht sicher genug ist, kann den untenstehenden Coupon ausgefüllt an uns schicken. Wir melden uns dann.

Coupon:

Ich bin daran interessiert, die Finanzierung der Gründungskosten der Ökobank durch ein Darlehen an den Ökobankverein in Höhe von ..... DM zu unterstützen. Meine Zinsvorstellungen liegen bei ..... %, zinslos.
Das Darlehen soll nicht vor dem 30. Juni 89 zurückgezahlt werden.
Bitte schickt mir einen Darlehensvertrag.
Ich erwarte noch folgende Informationen:
. . . . . .
. . . . . .
Name, Vorname: . . . . . .
Straße: . . . . . .
PLZ, Wohnort: . . . . . .
Tel.: .....

Bitte einsenden an:
Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Postfach 5125
6370 Oberursel 5

Was tut der Verein nach Gründung der Bank?

Anfang '87 wird die Ökobank ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen. Werden ihr dann die „Milliarden Spargelder" nur so zufließen wie es der bayerische Landesverband in einem Gespräch mit dem Starnberger Merkur prognostiziert? Und wird sie diese Milliarden dann auch so umweltfreundlich, so friedenspolitisch sinnvoll, so ökologisch fördernd anlegen können, wie sie in ihrer Werbung immer verspricht? Oder wird sie nicht vielmehr gezwungen sein – aus dem Fehlen einer lebendigen alternativen Wirtschaft heraus – die Gelder wieder in den herrschenden Geldkreislauf zurückzuführen, dem sie doch gerade entzogen werden sollten?

Abgesehen davon, daß die bayerische Prognose wohl etwas hoch gegriffen ist, ist sie fürs erste auch alles andere als wünschenswert. Würde sie die Bank doch schon bei ihren ersten Gehversuchen vor schier unüberwindliche organisatorische und innerbetriebliche Probleme stellen – die sie wohl kaum zu lösen in der Lage wäre, da ihre ganze Kraft und Phantasie von eben jenem Tatbestand gebunden sein wird, daß sie eben nicht diesen paradiesischen Zustand vorfinden wird, wie ihn der bayerische Landesverband heraufziehen sieht. Es wartet eben keine vergessene Marktnische auf diese Bank. Vielmehr wird sie ein ziemliches Gedränge auf ihrem doch so ureigenen Gebiet vorfinden. Gibt es doch schon jetzt ökologisch äußerst sinnvolle Darlehensangebote aus der bürgerlichen Bankerwelt. Z.B. fließen schon jetzt über die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" und die „Lastenausgleichsbank" jährlich ganze zwei Milliarden Mark an die Wirtschaft. Und zwar über einen ERP-Abfallbeseitigungsfonds (er vergibt Darlehen für bauliche oder maschinelle Anlagen zur Abfallbeseitigung und -verwertung), einen ERP-Standortfonds (aus ihm kommen Gelder für Investitionen kleinerer Betriebe zur Beseitigung von Lärm und Geruch), über dem KfW-Umweltfonds (finanziert bis zu zwei Drittel der Investitionen, die der Lärmminderung, der Abfallbeseitigung und der Luftverbesserung dienen), dem ERP-Luftreinhaltungsfonds (finanziert bis zu 66% solcher Anlagen, die der Luftreinhaltung dienen) und dem ERP - Abwasserreinigungsanlagen). Und das alles natürlich zinsgünstig (etwa 5,5%) und mit langen Laufzeiten (10 bis 15 Jahren). Und bis die Ökobank ihre Arbeit aufnimmt, da kann man sicher sein, wird sich noch einiges mehr auf diesem Gebiet entwickelt haben.

Auf die zukünftige Ökobank wartet also keine sonnige Spielwiese, sondern ein knallharter Wettbewerb, eine äußerst wache Konkurrenz. Warum schreib ich das? Weil ich bei der Arbeit im Verein oft genug den Eindruck habe, daß dies bei manchen immer noch nicht angekommen ist, daß sie lieber immer wieder die Diskussionen von vorgestern führen, als über die Arbeit von morgen zu reden. Ich denke, wenn die Bank die Ansprüche und Erwartungen erfüllen soll, die die Treugeldgeber, die zukünftigen Genossen in sie setzen – und ich bin verdammt dafür, daß sie sie erfüllt – dann braucht sie ein solches Maß von Kreativität und Phantasie wie sie von den zwei, drei Leutchen, die zu Beginn die Bank aufbauen sollen, nie und nimmer erbracht werden kann, da sie mit den ganzen banktechnischen Problemen, die in einer solchen Aufbauphase gelöst werden müssen, mehr als ausreichend beschäftigt sein werden. Hier sehe ich die zentralen zukünftigen Aufgaben des Vereins. Er wird seine ganze Anstrengung darauf richten müssen, hochqualifizierte Leute anzuziehen und sie in einen ständigen Ideen- und Meinungsaustausch mit anderen Finanzierungsinstrumenten wie Stattwerke, Ökofonds, Netzwerke usf. einzubinden, in einen ständigen Diskussions- und Meinungsbildungsprozeß mit Projekten der selbstverwalteten Wirtschaft, der Dritten Welt, der Frauen – und Friedensbewegung. Der Verein wird sich zu einem hochintelligenten phantasievollen Gremium entwickeln müssen, das in Permanenz und mit Lust, den Bedarf und die Möglichkeiten neuer Bankprodukte reflektiert, entwickelt und mit den Praktikern überprüft.

Mein Alptraum ist, daß es in diesem Verein Menschen gibt, die ihre Aufgabe nach der Bankgründung darin sehen, in vermufften Büros (ein Zeichen von Sparsamkeit), und mit puristischem Ernst (ein Zeichen von Glaubwürdigkeit) bar jeder lustvollen Denkspekulation (im Zusammenhang mit Geld höchst unseriös) die Kreditanträge aus den Regionen daraufhin überprüfen, ob sie denn auch tatsächlich in den Rahmen der reinen Lehre passen, um sie dann mit einer gewichtigen „Empfehlung" oder „Ablehung" zu versehen. Ich fürchte, daß es dann sehr bald nichts mehr zu verwalten gibt.

Am 21. und 22. Februar fand in Straßburg, veranstaltet von der CECOP, eine Konferenz der europäischen Produktions- und Finanzierungsgenossenschaften statt. Es war das erste Mal, daß sich ein solch weites Spektrum europäischer Genossenschaften zu einer Konferenz zusammenfand, um über Formen einer gemeinsamen Präsenz auf europäischer Wirtschaftsebene zu beraten. Ergebnis war die erklärte Absicht, neben dem kapitalistischen Unternehmertum und den Gewerkschaften eine dritte politische Kraft in Europa aufzubauen: die Genossenschaftsbewegung.

Von den großen wohlhabenden Genossenschaften aus der Bundesrepublik war niemand erschienen. Repräsentiert wurde die bundesrepublikanische Genossenschaftsbewegung also durch solche Exoten wie Ökobankinitiative und Stattwerke. Ich denke, wir können den etablierten Genossenschaften in diesem unseren Lande für ihr borniertes Politikverständnis dankbar sein. Geben sie doch so uns und dem gesamten Spektrum der selbstverwalteten Wirtschaft die (historisch vielleicht einmalige) Chance, aus unserem Ghetto und Zirkeldasein herauszutreten und über transnationale Kontakte und in Zusammenarbeit mit erfahrenen Genossenschaften der verschiedensten Länder eine politische Perspektive zu erarbeiten.

Es kam ja nicht von ungefähr, daß in diesem Straßburger Kreis viel von Wachstum, Entwicklung und Zuwachsraten die Rede war, Begriffe wie Ökologie oder Frieden aber völlig fehlten. Einzige Ausnahme: die Exoten aus der BRD. Dies zeigt doch deutlich den originären Beitrag, den wir in die Arbeit einer solchen europäischen Genossenschaftsbewegung einbringen können und müssen.

Vorausgesetzt, wir proklamieren nicht nur hehre politische Ansprüche, sondern beweisen, daß wir – siehe oben – über die Phantasie, die Kreativität und das menschliche Potential verfügen, diese Ansprüche auch in praktizierbare Modelle umzusetzen.

Dieter Reincke

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Termine

Göttingen
jeden 1. und 3. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Friedensbüro, Herzberger Landstr. 40
Oldenburg
jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr im Netzwerk-Büro, Lindenalle 4

An alle Aktiven

An alle Aktiven:
Zum Umgang mit dem Begriff „Bank"
Zum wiederholten Male ist es dem Verein vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen nahegelegt worden, den Begriff „Bank", „Ökobank" nur in einem eindeutigen Zusammenhang zu verwenden.

Nach §39 des Kreditwesengesetzes darf der Begriff „Bank" nur von konzessionierten Kreditinstituten geführt werden.

- D.h. „Ökobank" darf nur so benutzt werden, daß eindeutig hervorgeht, daß sich diese in Gründung befindet und noch keine Geldgeschäfte tätigt, die der Aufsicht des BAK unterliegen.

„Ökobank gründen" ist zulässig, wenn beide Wörter gleich groß geschrieben sind, und auch optisch nicht der Eindruck entstehen kann, als gäbe es die Ökobank schon.

Wir bitten also alle Aktiven, keine Plakate, Briefköpfe, Flugblätter oder Aufkleber zu benutzen, die beanstandet werden könnten.

Der nächste Bescheid vom BAK wird sonst ein Bußgeldbescheid sein.

Die Liste der Kontaktadressen wurde aus Platzgründen hier nicht aufgeführt. Die Adressen sind bei der Bundesgeschäftsstelle, Postfach 5125, 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30, zu erfahren.

Ökobank gründen!

Bank gründen – und wie weiter?

erste Reaktionen auf einen Beitrag von Karl Bergmann in CONTRASTE 17/86.....

Oh Karl!

Du weißt, daß ich Deinen hemmungslosen Optimismus bewundere und es mir eigentlich schwer fällt, Optimismus zu dämpfen. Aber was Du in Deinem Artikel „Bank gründen – wie weiter?" verzapft hast, das nimmt für mich schon ziemlich realitätsfremde Formen an.

In bezug auf die Eigenkapitalentwicklung des Ökobank-Vereins wird das am deutlichsten. Deine Prognose vom Sommer 1984 (Projektmesse), die notwendigen 6 Mio DM bis Ende 86 zusammenzuhaben, will ich Dir gar nicht vorhalten. Optimistische Prognosen gehören zum Geschäft. Aber nun, wo gut die Hälfte davon zusammengekommen ist, so zu tun, als sei das ein unerwarteter Erfolg, ist wohl ein bißchen unseriös. Wenn Du nun in Verkennung der bisherigen Entwicklung der Treugelder auch noch so tust, als würde sich ganz zwangsläufig davon ableiten lassen, daß bis März 87 die 6 Mio DM zusammenkämen, halte ich schon fast für eine hohle Durchhalteparole. Schreibt man nämlich den Trend der letzten 6 Monate fort, dann dauerts eher noch bis Ende 87 und das wäre bereits eine beachtliche Leistung. Erfahrungsgemäß ist bei solchen Kapitalsammelaktionen mit einer weiteren Trendverschlechterung zu rechnen, wie Ihr bei Euch selbst feststellen könnt (die Zuwachsraten haben sich vom IV. Quartal 84 zum IV. Quartal 85 halbiert).

Kurz und gut: die Angelegenheit „Ökobank gründen" ist keineswegs erledigt. Und wenn sich im Verein eine gewisse Nutzlosigkeit breitmacht, hat das wohl weniger was mit der „gelaufenen Bankgründung" zu tun, als vielmehr mit Eurer Vorgenossenschaft, dessen einzigster Zweck wohl nur darin zu sehen ist, die Bankgründung kadermäßig durchzuziehen, ohne den Streß, sich mit 2000 Vereinsmitgliedern auseinandersetzen zu müssen.

Klar, ich weiß sehr wohl, daß Du mit dem Verein von Anfang an was anderes im Kopf hattest, als nur eine Bank zu gründen. Darin stimmen wir auch völlig überein. Aber wie Du die Sache jetzt aufziehen willst, ist sie von vorne bis hinten unehrlich.

Aufrichtig wäre es gewesen, darauf hinzuweisen, daß die Bankgründung (voraussichtlich) nicht in der selbst gesetzten Frist vonstatten geht. Dies will ich auch als unerschütterlicher Kritiker gar nicht hämisch belächeln, sondern macht mir dieser längere Gründungsprozeß die ganze Sache viel sympathischer.

Wenn ich also eingestehe, daß diese Bank nun vielleicht etwas später kommt, liegt doch der Schluß nahe, weitere Vereinszwecke mit aufzunehmen, um die Fixierung auf die Bank zu entkrampfen. Schließlich gibt es mindestens genauso wichtige, andere Dinge, die auch kurzfristiger angegangen werden können. Oder was ist, wenn die Bankgründung scheitert – hier setze ich Deinem ungebrochenen Optimismus mal eine resignativ pessimistische Variante entgegen. Angenommen die 6 Mio DM kommen bis Ende 87 zusammen und die Kreditaufsicht lehnt den Zulassungsantrag ab, mit der Begründung, daß 10 Mio DM nachgewiesen werden müssen. Politischer Druck wird da wenig helfen, schließlich wird die Kreditaufsichts-Spitze nicht gewählt. Dann wird doch die Geldsammelei zum Ritt durch die Wüste und die Ökobank zur Fata Morgana. Aber das ist natürlich genauso spekulativ, wie die Annahme, die zweiten 3 Mio DM würden im HB-Stil („es geht alles wie von selbst") zusammenkommen.

Es ist sicherlich an der Zeit, über Strukturen nachzudenken, die das Prinzip „Selbstverwaltung" auf eine breitere Basis stellen. Und es wird Zeit, den Öko-Bank-Verein aus seinem Bank-Gründungs-Korsett zu befreien (Geld sammeln allein kann nicht glücklich machen). Warum soll beides nicht zusammengehen, aber wenn die Prämissen dazu bereits völlig konstruiert sind, dem Ganzen ein Hauch von Verschleierung anhaftet, dann habt Ihr schon heute die Chance verpaßt, die die Netzwerke angeblich nicht genutzt haben.

Oh, Karl, verlier bei aller Lobby-Arbeit und Öko-Bank-Kungelei nicht den Bezug zur (Projekt) Realität. Sie wird Dir sonst eines Tages ganz böse aufstoßen.

Michael

Oh Michael

– was war nun das?

Hemmungslos optimistisch „verzapfe" ich einen Artikel, der Dir vor allem deswegen „ein bißchen unseriös" erscheint, weil „die Prämissen dabei völlig konstruiert sind, dem Ganzen ein Hauch von Verschleierung anhaftet".

Der Artikel – ich geb's zu – ist ein weiterer Versuch, Politik **zu machen**, Weichen zu stellen, und ich würde heute keine Wette eingehen, daß es zu der anvisierten **Wirtschaft von unten** tatsächlich kommt.

Aber ich bin eben nicht der Einzige, der in diese Richtung denkt und glaubt, nach 10-jähriger Arbeit an Vernetzung, an einer „Bewegung" die Chancen und Risiken neuer Schritte ziemlich genau einschätzen zu können. Was ist denn, Michael, die von Dir zitierte „(Projekt)Realität"?

Die ist nach meiner Erfahrung bald so vielfältig, wie es überhaupt Projekte gibt. Und kreiert derzeit mal wieder einen neuen Typus: das „Kollektiv" aus Einzelunternehmern – jeder arbeitet auf eigene Rechnung und zahlt Anteile für Buchhaltung, Miete, Werbung, Maschinenamortisation...

Wenn man diese Art (Projekt)-Realität vor Augen hat, muß der Gedanke an eine **Wirtschaft von unten** nicht nur hemmungslos optimistisch erscheinen – dann ist er hanebüchener Blödsinn.

Aber es gibt zum Glück nicht nur diesen Roll-Back in der Projektentwicklung. Es gibt erstaunlich viele Kollektive, die das „das kann doch nicht alles gewesen sein"-Gefühl nach jahrelanger Wurschtelei genau andersherum, produktiv versuchen zu wenden. Professionalisierung ist – wie allgemein – auch hier angesagt, aber eben nicht eine Professionalisierung, die den Kollektivgedanken in den von Wirtschaftsgemeinschaften umdreht (übrigens durchaus üblich in der Entwicklung der Wohngemeinschaften vor 15 Jahren), sondern eine, die Schluß machen will mit Spielerei und Schlamperei, **um endlich, endlich einen größeren Teil ursprünglicher Ziele umsetzen zu können.** Die Thesen von Bolle und Michael G. in der letzten CONTRASTE entsprechen diesem veränderten Denken.

Wer unvorbelastet an die Ökobank und die Geschichte ihrer Entwicklung (vor allem der Geschichte des Modells der Basis-Einflußnahme und der Förderkriterien) herangeht, wundert sich nicht darüber, daß sich solche Kollektive verstärkt im Ökobank-Verein wiederfinden. Ich weiß nicht, ob es bundesweit 20, 30 oder sogar schon 50 selbstverwaltete Betriebe gibt, die begriffen haben, daß jenseits aller Profilneurosen die entscheidenden Schritte jetzt angegangen werden müssen – und die Zahl interessiert mich auch nicht so sehr. Ich weiß aber sehr genau, daß er zu keiner Zeit in den letzten 10 Jahren mehr Betriebe gegeben hat, die zu echter Zusammenarbeit, zu Kapitalneutralisierung, zur gemeinsamen Gewinnverwendung bereit waren.

Das produziert bei mir diesen keineswegs hemmungslosen, eher verhaltenen Optimismus, der schlicht notwendig ist, will man nicht im Strudel der Alltagsprobleme (und die drehen sich leider nach wie vor vor allem um die Kohle, F.J. Bartsch und Michael Wielage) resignieren und untergehen.

Der Gedanke einer **Wirtschaft von unten** und auch der Ansatz, diese Diskussion innerhalb des Ökobank-Vereins von der vagen Idee zu konkreten Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln ist – sagst Du – gar nicht Dein Problem.

Was Dich ärgert ist die Einschätzung, daß die Bankgründung tatsächlich wie geplant im März '87 stattfinden wird. Unseriös, unseriös, unseriös! Mein Gott, Michael – was ändert sich denn an der Argumentation des Artikels, wenn die Bank aus irgendwelchen jetzt nicht absehbaren Gründen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

tatsächlich erst ein halbes Jahr später auf die Beine kommt?

„Unseriös" nennt Ihr (!) das Bankprojekt seit der Zeit der ersten Aufrufe und seid – ich kann mir nicht helfen – offensichtlich nicht in der Lage wahrzunehmen, daß dieses Projekt von Woche zu Woche an Seriosität gewinnt – trotz der Vielzahl von Fehlern, die gemacht wurden und nicht hätten gemacht werden müssen, hättet Ihr - hättest Du – irgendwann mal auf die wiederholten Angebote reagiert, mitzumachen.

Wir haben viel zu viel Geld wenig effektiv in Anzeigen gebuttert, haben „Experten" einbezogen, die in erster Linie ihren eigenen Geldbeutel im Auge hatten, haben – in Verkennung der realen Lage – die GRÜNEN von vorneherein als Unterstützer einbezogen, was dem Bankgründungsprozeß sehr geschadet hat. Wir haben fast ein halbes Jahr verschwendet in der Auseinandersetzung mit der Berater- und Finanzmafia der Szene (u.a. Euch), den Netzwerken und haben trotz alledem heute

- eine verhältnismäßig gut entwickelte Infrastruktur im Verein
- ein gut funktionierendes Büro in der Krebsmühle, ein weiteres in München und ein drittes in NRW
- ein sehr dichtes Informations- und Kommunikationsnetz
- sehr klare Perspektiven der Bankarbeit
- 3,4 von 6 Mio Eigenkapital
- breite Unterstützung und wachsende öffentliche Anerkennung der Ökobank-Idee
- den ersten Bankleiter unter Vertrag – und zwar jemand, der das aus Überzeugung, der Sache wegen macht, und
- verhandeln intensiv mit Bankaufsichten und Genossenschaftsverband.

Was verlangst Du mehr an „Seriosität"?

Dem Verein geht es – infolge der oben erwähnten Fehler – finanziell nicht zum Besten, sprich: wir müssen sparen, können nicht mit vollen Händen in die Werbung buttern. **Trotzdem** – und das ist doch ein Hammer! bewegt sich der wöchentliche Treugeldeingang **ohne jede Anzeigenwerbung** bei durchschnittlich 50.000 DM pro Woche.

Ich kann daraus nur den Schluß ziehen, daß die Ökobank-Idee Fuß gefaßt hat, und ich freue mich darüber.

Trotzdem **könnte** es sein – wer wollte das bestreiten! –, daß die Gründung der Bank sich um ein halbes Jahr verzögert. Einfach deswegen, weil der Gründungsprozeß ein halbes Jahr dauert und beim Gründungs**antrag** schon die vollen 6 Mio Eigenkapital vorhanden sein müssen. Nicht im März '87 also, sondern – soll alles termingerecht ablaufen – bereits im Oktober '86.

Das ist der einzige Grund, warum wir nochmal massiv in die Werbung müssen, warum der „HB-Stil" alleine nicht ausreicht. Aber glaubst Du im Ernst, auch nur eine(r) der Treugeldgeber(innen) hält das für „unseriös" und zieht ihr/sein Geld ab?

Was ist so schwer daran, Michael, zuzugestehen, daß man sich auch mal getäuscht hat? – Und Ihr habt Euch getäuscht – in fast allen Euren Prognosen.

Du schickst mir den Artikelentwurf mit dem Zusatz „lieber Karl, ich glaube, das war mal fällig" und ich glaube Dir unbesehen, daß Du aufgestauten Ärger loswerden mußt. Schließlich bist Du nicht der Einzige mit Schwierigkeiten in Richtung meiner Person.

Aber dann benenne die konkret, damit ich damit umgehen und möglicherweise eigene Verhaltensweisen ändern kann. Aber mische das nicht mit Deinen Vorurteilen gegen die Ökobank: da sind noch eine Menge mehr ernstzunehmende Leute beteiligt.

Vor allem solltest du mich nicht zwingen, die Seriosität der Stattwerke-PR genauer unter die Lupe zu nehmen. Den Eindruck zu erwecken, als sei sie schon da, die Bank unserer Träume, und in Wirklichkeit handelt es sich nur **um den Antrag** zur Gründung einer **Kreditgarantiegemeinschaft**, d.h. einer Einrichtung, die – sollte sie wirklich zustandekommen – ohne die Ökobank im güngstigsten Fall den konventionellen Banken dazu verhilft, auch mit uns risikolose Geschäfte zu machen – findest Du das seriös?

Trotz allem liebe Grüße und Anerkennung

Karl

LIEBER SELBST FORSCHEN, BEVOR ES ANDERE MACHEN:

Arbeit er~finden

Forschungsprojekt im Netzwerk Bremen

Arbeit und Leistung in selbstverwalteten Betrieben und Projekten

Red. Bremen Das öffentliche Interesse an den Betrieben, Projekten und Ausbildungsinitiativen hat dazu geführt, daß Behörden, Politiker und Wissenschaftler die Szene als Objekt der Begierde entdeckt haben. Arbeitsmarktpolitiker wollen wissen, wieviel unkonventionelle Beschäftigungsmöglichkeiten möglich sind, Berufspädagogen sehen neue Berufsbilder für Jugendliche und wieder andere suchen im Selbsthilfebereich einen Beweis ihrer Subsidiaritätspolitik, Die Betriebe, Projekte und Initiativen werden mit Anfragen überhäuft. Ein „neues" Forschungs- und Beschäftigungsfeld hat sich seit einer Weile aufgetan.

In Absprache mit Betrieben und Projekten hat das Netzwerk Bremen sich daher überlegt, eine Studie über die Region Bremen selbst durchzuführen. Der Eigennutz ist klar. Die Forschung und Verfügungsgewalt über die Ergebnisse bleiben in unseren Händen, wichtige Informationen über die Entwicklung der Betriebs- und Projektewelt steht uns „unfrisiert" zur Verfügung. Außerdem wird nicht **über**, sondern **mit** den Projekten/Betrieben geforscht.

Vielleicht auch eine Anregung für andere Regionen der Republik! Wen es interessiert: Das Forschungsvorhaben ist auf 2 Jahre konzipiert, mit 3 ABM-Stellen finanziert und mit Mitteln des Senators für Arbeit und des Wissenschaftsressorts ausgestattet.

Wer Näheres wissen möchte, wende sich an:
Herbert Effinger/Jürgen Sosna
c/o Netzwerk Bremen
Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1
Tel.: 0421/70 45 81

Wie man sich bettet...

Red. Frankfurt Anfang 1986 fand im Hessenlande – mal wieder – ein landesweites Druckertreffen statt. Eingeladen dazu hatte der „Nexus-Verlag", eine Druckerei aus dem Frankfurter Nordend.

Auf dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungsrunden über Anträge selbstverwalteter Betriebe an das sogenannte „Hessenprogramm", Schlagwort „Staatsknete", sollte Stimmung gemacht werden gegen die Bewilligung von Anträgen diverser sogenannter „Großbetriebe", insbesondere gegen den CARO-Druck, der wohl größten selbstverwalteten Druckerei im Raum Hessen.

Eingeladen wurde CARO, wie auch weitere „Großdruckereien", wohlweislich nicht.

Wir dokumentieren hier das Einladungspapier, wie auch eine Erwiderung aus dem Hause CARO-Druck, da wir diese Auseinandersetzung weder für hessen- noch für druckereispezifisch halten.

Anhand beider Dokumente und auch angesichts der Auseinandersetzung über den „Pflasterstrand" werden sehr unterschiedliche Einschätzungen über die Situation der sog. „Alternativbewegung" deutlich, wie auch über die zukünftigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten ökonomischen Denkens in selbstverwalteten Betrieben.

Einladungsschreiben des Nexus-Verlages:

Alternativbetriebe – abhängig von der Bewegung?

Mit der Bereitstellung von 14 Mill. DM aus dem hessischen Landeshaushalt zur Förderung der Alternativbetriebe wurden eine Menge Diskussionen entfacht. Unter den Druckereien sollte, nach einem Vorschlag des Verbandes der Alternativbetriebe, die Frage diskutiert werden, ob solch eine staatliche Finanzspritze die Konkurrenzverhältnisse zugunsten der geförderten Betriebe verändern und so zur Existenzbedrohung für nichtgeförderte Betriebe würde.

Ohne sich darüber bewußt zu sein, berührte der Diskussionsvorschlag aus dem Verband der Alternativbetriebe den Nerv eines seit mehreren Jahren schwelenden Konfliktes, der, wie ich meine, nicht nur einer der alternativen Druckereien ist. Wenn in früheren Jahren das Thema Konkurrenz zwischen den alternativen Druckereien seine Bedeutungslosigkeit dadurch bewies, daß es mit der Gründung einer neuen Druckerei aufflackerte und nach kurzer Zeit wieder vergessen war, so hat sich das mit der Entstehung der sich zur alternativen Szene zählenden Großdruckereien schlagartig verändert.

Die Entstehung der Großbetriebe veränderte nicht nur den Charakter der Konkurrenz und zwang den kleinen Druckereien die Auseinandersetzung mit neuen ökonomischen Sicht- und Verhaltensweisen auf, sondern stellte, was das gravierendste ist, bei manchem Alternativen das bisherige politische Selbstverständnis in Frage. Hier in Frankfurt manifestierte sich diese Veränderung mit der Umwandlung der ehemaligen KBW Druckerei, dem Caro-Druck, in einen parteiunabhängigen Betrieb. Bisher ist es so gewesen, daß in den Druckereien 1-6 Leute arbeiteten. Die meisten Betriebe haben 1-2 Druckmaschinen bis zum Format A2. Nur der Druckladen kann ein etwas größeres Format drucken. Die Aufträge kommen fast zu 100% aus der alternativen Szene. Die Verteilung der Kunden auf die Druckereien wird etwa zur Hälfte durch die räumliche Nähe zu den jeweiligen Druckereien bestimmt und zur Hälfte durch individuelle Gründe wie Qualität, Termin, Sympathie und Freundschaft. Die Preisunterschiede sind minimal und spielen selten eine Rolle. Man kann also sagen, daß die kleinen Druckereien als Teil der Alternativbewegung durch diese getragen und erhalten werden. Dieses Eingebettetsein in der Alternativbewegung schaffte den Betrieben einen Freiraum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, in der die sonst üblichen Konkurrenz- und Anpassungsmechanismen weitgehend außer Kraft gesetzt sind. Die totale Abhängigkeit von der Alternativbewegung bedingt gleichzeitig die Sicherheit, die die Vorbedingung aller Versuche war, Alternativen zu den bestehenden Produktionsverhältnissen zu entwickeln.

Daß sich für Großdruckereien oder solche die es werden wollen, die Situation anders stellt, ist selbstredend. Natürlich kann so ein Riesenbetrieb nicht von den sich zur Alternativbewegung zählenden Kunden eines Stadtteils oder einer Stadt existieren. Mit den großen Auflagen, die viele der aus der Alternativbewegung kommenden Zeitungen, Zeitschriften und Magazine haben, ist hier ein Markt entstanden, der von den kleinen Druckereien gar nicht abgedeckt werden konnte. Beispielsweise ist die Produktion auf der Rollenoffsetmaschine vom Caro-Druck, bei kleinen Auflagen teurer, bei großen Auflagen jedoch billiger und schneller, als wir das jemals sein könnten.

Den gleichen Freiraum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie für die kleinen Druckereien in den Stadtteilen besteht, wird so auch für eine Großdruckerei im überregionalen Raum durch die Alternativbewegung ermöglicht. So gesehen könnte alles in Ordnung sein. Ist es aber nicht. Nehmen wir beispielsweise ein Großprojekt wie den Caro-Druck. Mit seiner Rollenoffsetmaschine ist dieser Betrieb, gemessen an seiner Kapazität, ein Großbetrieb. Um diese Maschine zu betreiben, sind jedoch nicht wesentlich mehr Leute notwendig, als in den kleineren Druckereien auch arbeiten. Wenn aber, wie es beim Caro-Druck und so manchem anderen Projekt der Fall ist, die Bedürfnisse der Bewegung mit Leistung für die Bewegung gleichgesetzt werden, dann ist ein Kollektiv mit sechs Leuten natürlich nichts gegen eines mit zweiundzwanzig Personen.

In der Broschüre „Projektmesse", herausgegeben von dem Verband der selbstverwalteten Betriebe, August 85, kann man in einem Beitrag von K. Bergmann und C. Schröter von der ASH lesen: *„Die small is beautiful-Mentalität der auf ihrer uneingeschränkten Autonomie beharrenden selbstverwalteten Kleinkollektive zeigt ihre Kehrseite: Wo sich tagtäglich die immer gleichen fünf Menschen begegnen, sind die eingebrachten Impulse begrenzt. Auch die Möglichkeit, sich nach außen zu verhalten, an übergreifenden Diskussionen teilzunehmen, blieb reduziert. Festgelegt auf einen Arbeitsbereich und im wesentlichen auf Arbeitsprobleme und eingebunden in allzuschnell wieder erstarrte Gruppenstrukturen hatten auch die einzelnen Gruppenmitglieder nicht viele Möglichkeiten, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, flexibel und experimentierfreudig zu bleiben."*

Die Konsequenz aus dieser Tendenz zu immer schöneren, besseren und vor allem größeren Kollektiven, die fast in allen Großprojekten zu finden ist, zeigt sich im ökonomischen Bereich dann als Zwang zur Expansion und damit als Zwang zur Schaffung von Sachzwängen. Der ursprüngliche Freiraum innerhalb der kaptialistischen Produktionsweise, der uns erst ökonomische Alternativen ermöglicht, wird durch die megalomanen Träume der Anhänger ökonomischer Großprojekte immer kleiner. Die Sogwirkung, mit der ein Großbetrieb die Aufträge an sich zieht, verändert die allgemeine Situation für die Alternativbetriebe. Wenn die Großprojekte die vorhandene Arbeit, die die Alternativbewegung zu vergeben hat, aussaugen bis die Aufträge für die einzelnen Druckereien knapp werden, dann ist es nicht verwunderlich, wenn man im obengenannten Beitrag der Projektmesse unter der Überschrift „Der Markt wird eng und immer enger" unter anderem liest: *„Um eine solche, mehr als schwachsinnige Entwicklung zu verhindern, werden wir alle uns nicht darum herumdrücken können, uns über unseren kleinen, verschmierten Tellerrand hinaus gemeinsame Gedanken für die Zukunft zu machen, in Richtung einer gemeinsamen Offensive aller selbstverwalteten Betriebe einer Branche, den Markt auszudehnen und auf den, bis dato dem größeren Kapital vorbehaltenen Markt wirkungsvoll einzubrechen, oder wir machen besser gleich dicht und verkaufen uns wieder einzeln, wenns nicht klappt."*

Die Caroleute hauen in die gleiche Kerbe, wenn, wie man im Pflasterstrand vom 16.6.82 nachlesen kann, von ihnen formuliert wird: *„Alternativ" zu arbeiten bedeutet halt auch nicht, daß es einen „alternativen Markt" losgelöst vom bürgerlichen Markt gäbe. Einerseits ist man eben auf die Kapitalisten angewiesen, andererseits ist es doch gerade deutlich geworden, daß die alternativen Druckereien in Konkurrenz stehen zu den bürgerlichen Druckereien."*

Die sich aus dieser Argumentation ableitende Logik sieht also wie folgt aus:

1. Kleinkollektive bringen erstarrte Gruppenstrukturen hervor und sind isoliert
2. Darum braucht man Großkollektive
3. Weil für Großkollektive der Markt nicht ausreicht, müssen bürgerliche Märkte erobert werden, die von bürgerlichen Firmen verteidigt werden.

Dieser Argumentation folgend, sind es dann auch nicht die Großkollektive, die die kleinen Kollektive bedrohen, sondern es sind die bürgerlichen Kapitalisten, die als Feind anzusehen sind.

Bei genauer Betrachtung läßt sich leicht feststellen, daß die Gültigkeit dieser Logik von der Größe des Kollektivs abhängt. Für die kleinen Druckereien gab es jedenfalls bis heute keine unvermeidbare bürgerliche Konkurrenz. Auch diese abstruse Vorstellung von den lädierten Gruppenstrukturen in den kleinen Kollektiven sind reine Hirngespinste, die in der Vorstellungswelt der Anhänger ökonomischer Großprojekte ihren Sinn haben.Für Großprojekte, deren Kollektive so groß sind, daß sie sich selbst genügen, die aufgrund von immensen Investitionen auch immense Umsätze machen müssen, um Profit zu machen, wird wirklich der Markt zu eng. Es ist unübersehbar, daß Großprojekte wie der Caro-Druck immer mehr Aufträge, vor allem aus dem nichtstädtischen Bereich, an sich ziehen und bestehende Alternativbetriebe zum Schließen zwingen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, den meisten Frankfurter Druckereien geht es momentan relativ gut, es geht hier also nicht um irgendwelche Wettbewerbsprobleme, sondern um das Verhältnis von Alternativbewegung und ökonomischen Alternativen. Das Umschwenken vom Versuch, alternative Produktionsmodelle zu schaffen, zu einer aggressiven, profitorientierten Marktstrategie, impliziert einige unausgesprochene und nicht hinterfragte Vorstellungen und Konsequenzen.

1. Die Entwicklung von ökonomischen Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise ist in den Grundzügen abgeschlossen.
2. Die ökonomische Alternative der Alternativbewegung besteht im Modell der Großprojekte.
3. Das Überwinden der Experimentierphase macht den durch die Alternativbewegung hergestellten ökonomischen Freiraum unnötig.
4. Um die Entwicklung der Großprojekte voranzutreiben, darf dieser Freiraum aufgelöst werden, und alle Alternativbetriebe sollen sich auf dem freien Markt behaupten.
5. Nur die Projekte, die stabil und konkurrenzfähig sind, sind es wert, erhalten zu werden. (Was dann auch logischerweise für die Ökobank günstig ist)
6. Die Abhängigkeit der Alternativbetriebe von der Alternativbewegung kann aufgelöst werden. Von Abhängigkeiten des kapitalistischen Marktes können Großprojekte nicht korrumpiert werden.
7. Der Zweck des Alternativbetriebes ist die selbstbestimmte Profitmaximierung.

Ich glaube nicht, daß wir uns auf diese Kuckuckseier alternativer Großmannssucht setzen müssen. Wer glaubt, daß Selbstbestimmung in Form von Abstimmungen den Stein der Weisen darstellt, ist recht kurzsichtig. Die formale Gleichstellung allein ist weder eine Alternative, noch eine Lösung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital. Diskussion und Abstimmung über firmeninterne Probleme kann unter Umständen disziplinierender und entrechtender für Einzelne oder Minderheiten sein als fremdbestimmtes Arbeiten in einem bürgerlichen Betrieb, wo zumindest die formal garantierten Rechte Rechtssicherheit bieten. Ziel muß es sein, der Selbstverwaltung in Form von Gleichberechtigung ein strukturell verankertes Gegengewicht mit der Tendenz der Autonomie in Kompetenz und Arbeitsorganisation gegenüberzustellen, damit sich auch ein Einzelner gegen sein Kollektiv behaupten kann. Je größer ein Kollektiv wird, desto weniger können individuelle Bedürfnisse eingebracht werden. Und wenn so die Individualität aus der Kollektivität ausgeschlossen wird und ein Schattendasein führt, dann besorgt der materielle Sachzwang, in Form von Verpflichtungen den Rest. Denn alle individuellen Probleme verblassen angesichts eines ordentlichen Schuldenbergs.

Bis heute gibt es noch kein Firmenmodell, das kollektive und individuelle Bedürfnisse sichert und gleichzeitig für kleine und große, komplexe Produktionszusammenhänge praktikabel wäre. Um ein solches Modell zu entwickeln, muß der durch die Alternativbewegung geschaffene ökonomische Freiraum erhalten werden. Darum sollte auf jeden Fall verhindert werden, daß die von Großbetrieben forcierten Konkurrenzverhältnisse die alternativbetriebliche Entwicklung bestimmen.

Der Kampf um bürgerliche Märkte kann von keinem besser geführt werden als von bürgerlichen Kapitalisten, deren Verhältnisse und Eigenschaften die Bedingungen des Marktes bestimmen. Deshalb müssen Alternativbetriebe, wenn sie ihre politischen und sozialen Ansprüche nicht über Bord schmeißen wollen, zwangsläufig den Kürzeren ziehen. Wir haben das auf dem Buchmarkt erlebt, wo die großen bürgerlichen Verlage die Linke als Markt entdeckten. Was der Konkurrenzkampf über die wirtschaftstheoretischen Schulweisheiten hinaus bedeutet,dürfte manchem dieser alternativen Macher nicht bewußt sein. Ich kann mir heute schon vorstellen, wie irgendwann diese alternativen Großkollektive zu Weihnachten dasitzen und dutzende von Schnapsflaschen in Geschenkpapier wickeln, die für das Heer der auftragvergebenden Sachbearbeiter bestimmt sind. Man muß die Leute ja bei der Stange halten. Auch wenn man vielleicht nicht so weit geht und die besonders guten Kunden mit Kühlschränken etc. oder einem kostenlosen Zug durch die Frankfurter Nachtbars und Bordelle besticht, so wird es doch nicht ausbleiben, daß man sich hier und da engagiert zeigt, um sich in Erinnerung zu bringen. Nun ja, der Konkurrenzkampf ist halt hart. Wenn dann, wie es heute schon ansatzweise geschieht, beim Aushandeln des Preises einer Broschüre oder Zeitung mit der Hunderttausenderauflage der Vertreter des alternativen Druckkollektivs dem Al-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 10

ternativkollektivkunden gegenübersitzt, wobei jeder in Worten und Gestik des anderen zu ergründen sucht, ob man den Stückpreis nicht um den Bruchteil eines Pfennigs zu seinen Gunsten verändern kann, weil dies unterm Strich einige hundert DM sind. Das Druckkollektiv könnte möglicherweise auf den Auftrag angewiesen sein und sich deshalb um einen viertel Pfennig drücken lassen, oder das Angebot der Konkurrenzfirma liegt vielleicht noch über dem errechneten eigenen Preis, daß der Alternativkumpel möglicherweise auch noch einen viertel Pfennig mehr akzeptiert. Hier zeigt sich dann die neue alternative Geschäftstüchtigkeit. Sicherlich ist es noch nicht so weit, aber es ist auch nicht mehr fern.

Es mag Leute geben, denen solche Verhältnisse nichts ausmachen. Mit unseren Vorstellungen sind sie jedenfalls nicht zu vereinbaren. Wir verstehen einen Alternativbetrieb als einen Teil der Bewegung, der seine Existenzberechtigung allein innerhalb und durch die Bewegung hat. Hier im Frankfurter Stadtteil Nordend gehören wir zu einem Netz alternativer Praxis wie Kneipen, Eßlokale, Lebensmittel-, Buch-, Tee-, Woll-, Fahrrad- und Buch-, Kinderläden, Werkstätten, Treffs- und Beratungsstellen, Verlage, Ärzte, Apotheken, Therapeuten, Architekten, Mediengruppen, Rechtsanwaltskollektive und mehrere BIs, die in ihrer Gesamtheit eine kulturelle Alternative und Identifikationsmöglichkeit darstellen. Diese Alternativkultur in den Stadtteilen und die hier mögliche Entwicklung von Modellen alternativer Produktions- und Lebenszusammenhänge dürfte eine der Voraussetzungen für weitergehende gesellschaftliche Veränderungen sein. Momentan verfügt die politische Reaktion über Produktion und Arbeit. Weil die Masse der Menschen von der Verfügung über Produktion und Arbeit ausgeschlossen ist, gibt es eine, aus der Ohnmacht heraus entstandene, Fehleinschätzung über die eigenen Möglichkeiten der praktischen Einflußnahme auf Produktion und Arbeit. Das gilt auch für die Linken. Wenn in den Stadtteilen die Alternativbewegung die Verantwortung für die Alternativbetriebe bewußt übernimmt, dann verfügt sie auch über sie. So können die Betriebe durch die gesellschaftlichen Prozesse beeinflußt werden, die sie sonst normalerweise bestimmen. Hieraus könnte im Verbund mit anderen Faktoren so etwas wie Basisdemokratie entstehen, die heute aufgrund von Parteibedürfnissen der Grünen, wie beispielsweise die Herausbildung von Parteifunktionsträgern, in Vergessenheit geraten ist. So gesehen kommt den Alternativbetrieben zwar nicht die wichtigste, wie es scheinbar manche Großkollektive sehen, aber eine, in einem eingegrenzten Bereich, bedeutsame Aufgabe zu.

Wenn Betriebe diesen eingegrenzten sozioökonomischen Bereich verlassen, dann schaden sie der Bewegung, weil sie sich mit ihrer Loslösung aus der Abhängigkeit der Alternativbewegung auch um jede Verantwortung für die Bewegung drücken können und zudem der Alternativkultur in den Stadtteilen marktwirtschaftlichen Selektionsmechanismen aufzwingen. Diese marktwirtschaftlichen Selektionsmechanismen dürfen nicht losgelöst von dem Versuch dieser Großkollektive gesehen werden, die alternative Ökonomie in lenkbare Strukturen einzubinden, mit deren Hilfe dann „objektiv" feststellbar wird, was alternativ ist oder was die Alternativbewegung braucht und was nicht. Marktwirtschaftliche Selektion und starre Regeln alternativer Verhaltensweisen sind Faktoren, die die Berechenbarkeit des alternativen Marktes ermöglichen. Ohne diese Berechenbarkeit alternativer Wirtschaftsfaktoren wären Investitionen in Millionenhöhe für einen Alternativbetrieb zu riskant. Der Preis, den die Alternativbewegung für die ökonomischen Bedürfnisse dieser Großbetriebe bezahlen müßte, wäre sie selbst.

Am bisherigen Verhalten des Carokollektivs läßt sich meiner Meinung nach diese Entwicklung konkret ablesen. Als der Caro-Druck mit der Auflösung des KBW sich zu den Alternativdruckereien gesellte, war er von der Bewegung zunächst genauso isoliert, wie es zuletzt der KBW war. Die Tatsache, daß Caro Kunden wie Taz, Pädextra und Pflasterstrand gewann, war praktisch die Eintrittskarte für den Alternativmarkt. Den Einstand für den Caro-Druck bezahlte praktisch der Druckladen, der den Pflasterstrand vorher gedruckt hatte und wegen dessen Weggang beinahe zugemacht hätte. Daß Kunden wegen irgendwelcher Konflikte die Druckerei wechselten, ist immer schon vorgekommen. Wenn es sich dabei um einen Kunden handelte, der für die betroffene Druckerei wichtig war, war es unter den Druckereien üblich, daß man versuchte, zwischen dem Kunden und seiner ursprünglichen Druckerei zu vermitteln, und nur wenn das nicht gelang, nahm man den Auftrag an. Diese Form der Solidarität war dem Carokollektiv von Anfang an fremd. An den bis dahin regelmäßig stattfindenen Treffen aller hessischen Alternativdruckereien hatte nach zweimaligem Erscheinen der Caro-Leute keiner mehr Interesse, Wir hatten befürchtet, daß der Caro-Druck mit den dutzenden von Druckmaschinen, die der KBW angehäuft hatte, ökonomisch das versucht, was dem KBW politisch nicht gelungen ist. Das Fazit der zwei letzten Druckertreffen war, daß die Caro-Leute erklärten, daß ihr alleiniges Interesse der Rollenoffsetdruck wäre. Da der Rollenoffset ein objektives Bedürfnis der Bewegung darstellte, gab es hierzu nicht viel zu sagen. Anders war es mit den Zielvorstellungen, an denen sich die Caro-Leute orientierten. Die Diskussion über Sinn und Unsinn von bestimmten Großprojekten war nicht zu führen. Caro fand Unterstützung bei einigen ASH Leuten, die damals auch auf dem Druckertreffen waren. Diese Pro-Großdruckereifraktion interpretierte jedes Problem und jede Fragestellung als rein ökonomische Faktoren, die dann auch rein nach ökonomischen Gesichtspunkten anzugehen wären. In den folgenden vier Jahren wurde das Carokollektiv immer größer. An ihr Versprechen, sich auf die Rollenoffsetmaschine zu beschränken, kann sich heute keiner von ihnen mehr erinnern! Deshalb ist auch ihr Bogenoffsetmaschinenpark gewachsen. Eine Zeit lang hörte man aus der Ecke der Anhänger ökonomischer Großprojekte, daß der Markt auf dem Drucksektor überfüllt sei, und daß deshalb im Großraum Frankfurt kein Platz für neue Druckereien wäre. Den Grund für diese Analyse kann man nur ahnen. Das Caro-Kollektiv hat sich für etwa 600.000 DM eine große Bogenoffsetmaschine bestellt, die in drei Schichten betrieben werden soll. Das entspricht bei vierfacher Druckfläche dieser Maschine und dreifacher zeitlicher Auslastung der Kapazität von zwölf kleinen Druckereien. Nach Aussage der Caroleute ist diese Maschine für das Einbrechen in den bürgerlichen Markt gedacht. Daß dies jedoch nicht so hinhauen kann, wie man sich das bei Caro vorstellt, ist offensichtlich. Auch wenn man wirklich den einen oder anderen bürgerlichen Kunden bekommt, heißt das noch lange nicht, daß man ihn auch behält, denn wenn die bürgerlichen Druckereien ihre Preise anpassen, dann gibt es auch so etwas wie bürgerliche Solidarität. Das bedeutet, daß die Maschine letztlich doch mit Aufträgen aus dem Alternativbereich gefüttert wird. Hier in Frankfurt werden es vielleicht zwei bis drei jetzt schon wackelnde Betriebe sein, die zumachen werden. Die eigentliche Wirkung wird jedoch in den Projekten außerhalb Frankfurts in kleinen Orten oder Städten zu finden sein. Dazu kommt noch, daß mit dieser, für die Alternativbewegung nicht notwendigen neuen Maschine, vorhandene Arbeitsplätze vernichtet und mögliche Arbeitsplätze verhindert werden. Bei Caro werden durch diese Maschine sechs bis zehn Leute Arbeit haben. Diese Kapazität auf kleine Druckereien verteilt, würde 36 bis 48 Leuten Arbeit geben. Die Differenz ergibt sich aus der personalsparenden Kapitalkonzentration. Deutlicher kann die destruktive Tendenz alternativer Wachstumsideologie nicht zum Vorschein kommen.

Nexus-Verlag

Sicherheit durch Einbettung?

– Eine Antwort an Nexus –

Was wollen die Nexus-Leute erreichen, wenn sie so ein Papier in Frankfurt kursieren lassen, andere selbstverwaltete Druckereien zu einem Treffen einladen, wo über uns gesprochen werden soll, aber uns und andere Nexus-unliebsame Druckereien nicht dazu einladen? Soll das einer Klärung von Problemen dienen? Klar, haben wir uns das Papier „besorgt", bevor es veröffentlicht (bzw. im Rundbrief des Verbandes der selbstverwalteten Betriebe verschickt) wurde. Aber warum sollen wir an einer Debatte darüber nicht teilnehmen? Von solchen Methoden halten wir nichts und sind auch nicht an einer Diskussion über den Caro-Komplex von Nexus interessiert, wenn es nicht auch um tatsächliche Probleme der selbstverwalteten Betriebe ginge. Dazu wollen wir im folgenden Stellung nehmen.

1. Vorweg: Caro ist nun wirklich noch kein „Großbetrieb": in der Druckerei arbeiten 16 Leute, in der Setzerei 8. Von Drei-Schicht-Betrieb war bisher nicht die Rede bei uns. Wir müssen allerdings schon jetzt – hauptsächlich wegen der TAZ – zeitversetzt arbeiten. Da das für manche an einigen Tagen übermäßig lange Arbeitszeiten bedeutet, wollen wir jetzt in einem Teilbereich zu zwei regulären 7-Stunden-Schichten übergehen. So ist die Wirklichkeit.

Sicher sind wir größer als einige andere selbstverwaltete Betriebe, aber warum haben wir damit „das bisherige politische Selbstverständnis" bei anderen alternativen Betrieben „in Frage gestellt" (vorausgesetzt es war so)? Was wir allerdings in Frage stellen, ist das folgende Selbstverständnis aus dem Nexus-Papier: „Man kann also sagen, daß die kleineren Druckereien als Teil der Alternativbewegung durch diese getragen und erhalten werden. Dieses Eingebettetsein in der Alternativbewegung schaffte den Betrieben einen Freiraum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, in der die sonst üblichen Konkurrenz- und Anpassungsmechanismen weitgehend außer Kraft gesetzt sind. Die totale Abhängigkeit von der Alternativbewegung bedingt gleichzeitig die Sicherheit, die die Vorbedingung aller Versuche war, Alternativen zu den bestehenden Produktionsverhältnissen zu entwickeln."

Mal abgesehen davon, daß wir nicht viel von „eingebetteter Sicherheit" halten, ist es schon lange nicht mehr wahr, ihr oder wir hätten einen „Freiraum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise". Wir haben ihn nicht, oder bekommt ihr Papier, Farben und sonstiges Material geschenkt oder mit besonderen Alternativrabatten? Das ist aber ein untergeordnetes Problem – das größere Problem ist doch die Tatsache, daß es keinen geteilten Markt mehr gibt, scheut sich doch heute keine bürgerliche Druckerei mehr, links-grün-alternative Publikationen zu drucken. Andererseits sind „unsere" Kunden, insbesondere die publizistischen Projekte, heute auch stärker ökonomisch dazu gezwungen, bei dem günstigsten Anbieter produzieren zu lassen. Oder meint ihr, wenn unsere alternativen Kunden mit unseren alternativen Preisen und unserer alternativen Qualität vielleicht nicht einverstanden sind, dann müssen sie trotzdem unsere Kunden bleiben? Oder sind sie etwa Schweine, wenn sie bei der Fuldaer Verlagsanstalt drukken lassen? Das sind ja schließlich nicht wenige.

Wenn wir der Nexus-Argumentation folgen wollten, dürfte „die Bewegung" keine Bedürfnisse über A2-Format und entsprechende Fertigstellungszeiten haben. Sie hat aber berechtigterweise andere, und zwar nicht, weil es Caro gibt, sondern weil es Betriebe (kapitalistische, logo) gibt, die schneller, besser und billiger sind. Könnten wir sie zwingen, dann weiterhin zu den selbstverwalteten Betrieben zu gehen? Oder sollten wir das überhaupt versuchen? Welche Rechte blieben den Kunden dann noch? Sie hätten bei uns nichts zu sagen oder zu entscheiden, außer unserem Preis, unsere Qualität und unsere Termine zu akzeptieren. Außer Absprachen im gegenseitigen Interesse zu treffen, haben wir noch keine Form gefunden, die Rechte und Ansprüche unserer alternativen Kunden zu gewährleisten. Darin sehen wir aber ein tatsächliches Problem. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen werden die Rechte und Ansprüche der Kunden in gewisser Weise über den Markt gesichert. Jetzt sind wir zwar keine Anhänger/innen der „freien Marktwirtschaft", insofern sind wir dafür, die „üblichen Konkurrenz- und Anpassungsmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise" zu ersetzen; wir meinen aber nicht, daß wir sie *ersatzlos* streichen können.

Tatsächlich gibt es *einen* Druckmarkt, an dem sich die alternativen Druckereien mit einem sehr geringen Anteil beteiligen. Keinesfalls und zu Recht frequentieren die alternativen Kunden ausschließlich die alternativen Druckereien (siehe oben). Selbst wenn wir nur diese Kunden haben wollen, müssen wir sie den kapitalistischen Druckereien wegnehmen, also mit den Kapitalisten konkurrieren. Wenn uns das gelingt, können wir auch mehr selbstverwaltete Arbeitsplätze schaffen. Dafür werden die Nexus-Leute sicherlich auch sein – dann bricht aber ihre Argumentation gegen die Anschaffung von neuen Druckmaschinen (und nicht nur unserer) zusammen. Sie sagen, mit unserer neuen Maschine könnten wir 6 bis 10 neue Arbeitsplätze schaffen, verteilt auf mehrere Kleinbetriebe wären das dann aber 36 bis 48. Die Relevanz dieser Zahlen dahingestellt: die Produkte wären teurer und die Kunden damit schon wieder bei der kapitalistischen Konkurrenz gelandet. Sollen sie dafür bezahlen, wenn wir unsere Produktivität nicht verbessern wollen, oder wollen wir sie gleich den Kapitalisten überlassen?

2. Caro = 22 Leute = Großbetrieb = Profitmaximierung. Seit wann haben Ausbeutung und Profit – und gar noch Profitmaximierung – etwas mit der Größe eines Betriebes zu tun: Vielleicht ist das altmodisch, aber wir haben bisher immer gedacht, daß Ausbeutung und Profitmaximierung etwas mit der Aneignung des Mehrwerts durch den Besitzer der Produktionsmittel (gemeinhin Kapitalist genannt) zu tun haben. Es stimmt halt nicht, daß bei 20 Leuten die Ausbeutung anfängt und bei 1 400 DM Nettolohn der Profit. (Wir zahlen uns ca. DM 1 500 netto). Das Problem steckt doch in der Art der Aneignung des hoffentlich erzeugten Mehrprodukts. Was uns in dieser Beziehung als selbstverwaltete Betriebe von den kapitalistischen unterscheidet, ist, daß keine private Aneignung stattfindet. Wenn ein Mehrprodukt erarbeitet wird, so entscheiden bei uns die Produzenten über dessen Verwendung – ob sie z.B. neue Maschinerie anschaffen, die Löhne erhöhen oder über die Preise auf einen Teil des Mehrprodukts zugunsten ihrer Kunden verzichten. Darin besteht ein Teil unseres „Selbstverständnisses", daß wir durch unsere Arbeit und durch unsere Preise links-grün-alternative Publikationen unterstützen.

Wir finden es bedauerlich, wenn von Nexus zwar geschrieben wird, es ginge ihnen um das Verhältnis von Alternativbewegung und ökonomischen Alternativen, sich über dieses Verhältnis und seine Probleme aber keine Windung im Hirn angestrengt wird. Das Papier erweckt so den Eindruck, daß immer nur von der Seite der Produzenten und der Verteidigung ihrer bedrohten Freiräume ausgegangen wird, und dabei die Seite der Kundenbedürfnisse verloren geht.

Wenn sie, wie sie schreiben, nicht der Meinung sind, daß zuviele selbstverwaltete Druckereien auf einem zu engen Markt tätig sind, dann kann es sich nur um Meinungsverschiedenheiten über die oben angesprochenen Fragen handeln. Darüber sollten wir diskutieren. Diese Diskussion zu organisieren halten wir auch für eine Aufgabe des Verbands der selbstverwalteten Betriebe. Es kann aber sicherlich nicht Aufgabe des Verbands sein, darüber zu entscheiden, wer Recht hat und wer nicht. Auch nicht auf dem Umweg über eine Entscheidung zu der Vergabe der Haushaltsmittel für selbstverwaltete Betriebe.

3. Weder halten wir klein für schlecht (haben wir auch nirgends vertreten) noch halten wir groß für schlecht. Wir wollen sogar noch größer werden. Nicht wegen der Größe, sondern weil bestimmte konkrete Produktionen nur bei bestimmten Größen sinnvoll durchführbar sind. Groß halten wir dann für schlecht, wenn dadurch Selbstverwaltung nicht mehr möglich ist und wenn eine größere Einheit teurere Verwaltung verursacht als dezentrale kleinere Einheiten. Das sind unsere Kriterien. Natürlich haben wir auch Probleme mit der Demokratie, der Kompetenz, der Qualifikation, dem Minderheitenschutz. Die sind aber nicht einfach größer als in kleineren Kollektiven – nur anders. Für die Demokratie brauchen wir kein Stimmvieh, sondern Kompetenz. Kompetenz gibt es nicht von selbst, sondern unter anderem durch Information. Um die zu verbessern, setzen wir z.B. auch unseren Computer ein. Was die Qualifikation angeht, sind zwar die Voraussetzungen individuell verschieden, aber die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung setzen auch entsprechende Maschinerie voraus. Und der Minderheitenschutz ist eine Frage der Praktizierung der Demokratie: also keine Frage der Betriebsgröße, sondern die Frage, ob Minderheitsmeinungen um die Mehrheit kämpfen können oder unterdrückt werden. Dabei streben wir Konsens bei wichtigen Entscheidungen an, weil sich damit erstens besser arbeiten und leben läßt und zweitens ja auch bei Mehrheitsmeinungen nicht gesagt ist, ob sie immer die richtigen sind. Auf unseren Belegschaftsversammlungen (35 Leute einschließlich Verlag, Kommune-Redaktion und Verwaltung) sind einstimmige Beschlüsse äußerst selten. Darüber sind wir eigentlich ganz froh, weil es zeigt, daß Auseinandersetzungen stattfinden.

Das alles ist zwar keine Revolution, aber ganz spannend – jedenfalls bestimmt (glücklicherweise) keine „eingebettete Sicherheit" (securitas nexus).

Maggi Meyer, Caro-Druck

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Betriebliche Altersversorgung in Kollektiven

Red. Bremen **In Anschluß an den Artikel von Gertrud Jantzer-Bertzbach über die unterschiedlichen Formen betrieblicher Altersversorgung nun ein paar Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung dieser Vorsorgekonzepte. Dabei geht es ausschließlich um Konzepte autonomer Finanzkreisläufe, was die Etablierung eigener Fonds mit einschließt.**

I

Die einfachste Möglichkeit betrieblicher Altersversorgung sind die sogenannten „Ruhegeldverpflichtungen", die der einzelne Betrieb gewährt. Solch eine Ruhegeldverpflichtung sieht vor, ab dem 60. Lebensjahr (oder später) einem Betriebsmitglied eine monatliche Rente zu zahlen. Diese Betriebsrenten sind meist Zusatzrenten zur gesetzlichen Rente. Um dieser Ruhegeldverpflichtung nachzukommen, kann der Betrieb während der Anwartschaft Rückstellungen machen, also steuerbegünstigt Vermögen sammeln. Damit die ganze Sache nicht nur auf dem Vertrauen des Kollektivisten in den Betrieb konstruiert wird, empfiehlt es sich, die „rückgestellten" Beträge (die Errechnung der Höhe darzustellen, wäre hier zu kompliziert; am besten den Steuerberater fragen) auch tatsächlich aus dem Betrieb zu ziehen, d.h. extern anzulegen. Auch hier gilt, daß es sinnvoller ist, mit mehreren Betrieben gemeinsam einen „Pool" zu bilden und z.B. ein Haus zu kaufen, als betriebsindividuell in Festgeldern anzulegen.

Konkret sieht das so aus, daß sich beispielsweise 10 Betriebe mit insgesamt 50 Leuten zu einem Pensionsverbund zusammenschließen und für die Mitglieder jährlich in Höhe der Rückstellungen Gelder in einen gemeinsamen Fonds geben (angenommen 2.000 DM pro Mitglied). So würden in dem konkreten Fall jährlich 100.000 DM zusammenkommen. Findet sich nach 2 Jahren ein geeignetes Objekt (angenommener Kaufpreis 1 Mio. DM), so wären 200.000 DM bereits vorhanden, 600.000 DM lassen sich über einen Hypothekenkredit in der Regel problemlos finanzieren und die restlichen 450.000 DM (einschließlich der anfallenden Nebenkosten) müßten über persönliche Bankkredite der einzelnen Betriebsmitglieder (im Vorgriff auf die Einzahlungen der nächsten 2-3 Jahre) finanziert werden.

Derartige Ruhegeldverpflichtungen müssen über den Pensionssicherungsverein gegen Insolvenz abgesichert werden. Was in jedem Fall auch wichtig ist, für den Fall, daß einzelne Betriebe (zu deren Vermögen die rückgestellten Gelder immer noch gehören) die Altersgrenze ihrer Kollektivisten nicht erreichen. Rückstellungen dürfen nur für Mitarbeiter (egal ob angestellt oder Unternehmer) vorgenommen werden, die das 30. Lebensjahr erreicht haben. Und zwar wenn ein entsprechender Vertrag geschlossen wurde oder die Altersvorsorge in einer Betriebsvereinbarung festgehalten ist.

Alles andere: wie hoch die Einzahlungen/Rückstellungen sind, wann ein Rentenanspruch erworben wird, was passiert, wenn Kollektivos aussteigen, ist Sache der Betriebe selbst und muß auch nicht innerhalb eines Pools einheitlich geregelt sein. Neben der Anlage in Immobilien gibt es natürlich auch andere Möglichkeiten, wie z.B. Investitionskredite, die, solange sie überschaubar organisiert sind, ähnlich sicher sind.

II

Eine andere Variante betrieblicher Altersversorgung ist die Unterstützungskasse, eine Vorsorgeeinrichtung, die rechtlich unabhängig von Betrieben installiert wird, allerdings nicht der Versicherungsaufsicht unterliegt. Eigentlich wäre die Unterstützungskasse das ideale Modell alternativer Altersversorgung. Einfache Konstruktion (als eingetragener Verein), unabhängig von einzelnen Betrieben und frei von der Versicherungsaufsicht. Allerdings hat sie einen entscheidenden Nachteil, sodaß sie nur ganz selten in Betracht kommt, bzw. erst dann wenn es gelungen ist, alternative Rückversicherer von selbstverwalteten Vorsorgeeinrichtungen zu schaffen. Der Nachteil besteht darin, daß die Möglichkeit, Vermögen anzusammeln, nur sehr begrenzt ist, so dürfen im Jahr nur 1% der Lohnsumme der späteren Rentenempfänger an Zuwendungen (steuerlich absetzbar) in die Unterstützungskasse fließen.

Die Unterstützungskasse ist dann ein interessantes Instrument, wenn die ersten Leute Rentenansprüche haben (dann erhöht sich nämlich der Zuwendungssatz an die Unterstützungskasse) und es nicht darum geht, Vermögen anzusammeln.

III

Die schwierigste und aufwendigste Form, Rentenleistungen zu organisieren, ist die Pensionskasse. Diese ist bereits ein Versicherungsunternehmen, das rechtlich unabhängig von den Betrieben errichtet wird und der Versicherungsaufsicht unterliegt. Natürlich geht es nicht darum, einen bundesweiten Versicherungskonzern aufzubauen, sondern ist eher daran gedacht, einen kleinen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit anzupeilen.

Wenn dieser lokal, sachlich (vom Versicherungsgeschäft her) und von der Zielgruppe her begrenzt arbeitet, ist er auch nur begrenzt aufsichtspflichtig. Neben der Beaufsichtigung der laufenden Geschäftsführung beinhaltet die Aufsichtspflicht vor allem die Zulassung. Diese ist im Versicherungswesen, ähnlich wie im Bankwesen, an die Eigenkapitalausstattung und die Qualifikation der Geschäftsleiter gebunden. Für kleine Versicherungsvereine gilt, daß sie mit einem ehrenamtlichen Vorstand agieren können und auch einen entsprechend kleineren Eigenkapitalstock für die Gründung benötigen. Im Unterschied zu den Ruhegeldverpflichtungen kann sich hier jeder individuell versichern, d.h. damit werden auch Freiberufler, kleine Selbständige und freischwebende mit in das Versicherungskonzept aufgenommen.

Außerdem erscheint es perspektivisch sinnvoll, die Ruhegeldrückstellungsverbünde durch einen alternativen Rückversicherungsverein abzusichern. Rückversicherungsvereine unterliegen in der Regel auch nicht der vollen Aufsichtspflicht.

Allerdings kann auf definitive Aussagen der Versicherungsaufsicht bisher nicht verwiesen werden.

IV

Natürlich sind das nur Konzepte, die sich in der praktischen Umsetzung noch bewähren müssen und es gibt noch offene Fragen (wie z.B. die nach der Handhabung der Versicherungsaufsicht), es fehlt die Diskussion um Altersversorgung im Kollektiv oder sie wird nur ansatzweise geführt, auch können nicht alle Zweifel ausgeräumt werden, daß solche alternativen Modelle über solch einen langen Zeitraum Bestand haben können.

Schließlich planen wir hier nicht in Jahresabständen (wie im Kollektiv im günstigsten Fall) oder in 5 Jahresplänen (wie im real existierenden Sozialismus), sondern über 30 und mehr Jahre. Außerdem denken wahrscheinlich die wenigsten von uns, die wir in der Blüte unseres Lebens stehen, über den Lebensabend nach.

Michael Makowski

Diskussion des AK RECHT über alternative Altersversorgung:

Rentensparverein

Red. Bremen ...**Rentenverein, Kollektiv-Altersheim, ausrangierten Airbus anschaffen und dann die Sause um die Welt, Gicht – Raucherbein – Verkalkung – Zipperlein, wir emanzipieren uns vom Generationenvertrag, Rente mit 45 oder 68, kriegt mein Freund auch „Witwerrente"?...**

Diskutiert haben wir in Bremen (immerhin waren 12 AK-Rechtler samt unseren special-guests anwesend) die Gründung eines „RENTENSPARVEREINS" als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung bzw. als Alternative zur Lebensversicherung. Nicht Renditegesichtspunkte sollen im Vordergrund stehen, sondern politische Gesichtspunkte, nämlich eine kollektive Vermögensbildung.

Ziel ist es ja nicht, die Gelder bei der Bank zu deponieren (dann könnte auch jeder individuell sparen), sondern eine „andere" Verwendungsmöglichkeit zu finden, die auch den Betrieben und den dort arbeitenden Menschen nutzen soll. Der Gedanke, Kredite zu vergeben, wurde verworfen, da hier das Risiko der Spargemeinschaft zu groß ist und Rückbürgschaften notwendig wären. Zudem würde dieser Zweck mit dem Kreditwesengesetz kollidieren. Ebenso soll die Gemeinschaft über die Verwendung der Gelder bestimmen, was bei der Vergabe von Krediten, die zudem eine wesentlich schärfere Prüfung der Betriebe voraussetzt, nicht gegeben wäre.

Ziel des RENTENSPARVEREINS soll, da hier über einen längeren Zeitraum Kapital angehäuft wird, also nicht die Vergabe von Darlehen sein, sondern Umwandlung des angesparten Kapitals in Produktivkapital. D.h., dieser „Vermögenstopf" kann in zweiter Linie als alternatives Finanzierungsinstrument eingesetzt werden, indem Produktionsmittel angeschafft werden. Diese Produktionsmittel sollen möglichst allgemein verwendbar sein, das bedeutet, von möglichst vielen Betrieben einsetzbar.

Diese Produktionsmittel soll für einen konkreten Bedarf angeschafft und an den betreffenden Betrieb vermietet werden. Die Miethöhe soll sich zusammensetzen aus Abzahlung, Verwaltungskosten und Inflationsausgleich, so daß der Restwert des Produktionsmittels zusammen mit den bereits gezahlten Mieten jeweils der bereits angesparten Summe entspricht, also ein Werterhalt stattfindet. Über diesem Vermietungsprinzip wird auch verhindert, daß bei Insolvenzen diese Produktionsmittel z.B. in die Konkursmasse eingehen. Sie bleiben bis zur Abzahlung im Besitz des Sparvereins. Das zu entwickelnde Modell soll

- entwickelbar sein
- möglichst vielen Menschen offenstehen, unabhängig vom formalen Status
- keiner staatlichen Aufsicht unterstehen
- regional organisiert und somit überschaubar sein
- der Flexibilität in den Betrieben (Personalfluktuation) entsprechen
- eine möglichst einfache Rechtsform haben

Fest steht, daß diese Vermögensbildung über einen längeren Zeitraum erfolgen soll. Der Begriff „Rente" oder „Altersversorgung" soll zunächst außen vor gelassen werden, da diese Begriffe belegt sind und das Thema „kollektive Vermögensbildung" unabhängig von diesen Begriffen politisch diskutiert werden muß.

Der AK-Recht will sich Gedanken machen, in welchem Rahmen ein solcher Sparverein durchführbar ist. Hinzugezogen werden sollen Versicherungsmathematiker, Bankfachleute, Ökonomen und Steuerberater. Die Fragen nach

- der Rechtsform
- steuerlichen Gesichtspunkten
- den Einzahlungsmodalitäten (Berücksichtigung der individuellen Lebens- bzw. Einkommenssituation)
- dem Auszahlungszeitpunkt und Form (Kapitalabfindung oder Rentenauszahlung)
- der versicherungsmathematischen Kalkulation (was springt dabei raus) werden in diesem Kreis zu beantworten sein.

Grundsätzliches Problem scheint die Einschätzung über den konkreten Gebrauchswert eines solchen Sparvereins für die Betriebe zu sein. Zwar muß der Finanzierungsmittelaspekt nachrangig betrachtet werden, dennoch wird man sich Gedanken über die Verwendung dieser Gelder machen müssen. Hierbei stellt sich die Frage, wie konkret der Bedarf an Produktionsmitteln ist und vor allem auch an welchen Produktionsmitteln. Werden mehr Spezialanlagen und -maschinen benötigt oder ist der Gedanke, allgemein verwendbare Produktionsmittel zu kaufen, realisierbar? Und überhaupt: Wer würde sich an dem „RENTENSPARVEREIN" beteiligen? Ist nicht das „Vertrauen" in die gesetzliche Rentenversicherung oder in Kapitalanlagemöglichkeiten, bei denen eine gewisse Rendite heraussspringt, größer? Wer will sich konkret auf eine KOLLEKTIVE VERMÖGENSBILDUNG einlassen?

Darauf müssen Menschen und Betriebe in und um der BiS Bremen Antworten geben!

Voraussichtlich im April wird der AK-Recht eine Informationsveranstaltung für Betriebe und Interessierte durchführen...und zwar mit Kultureinlage.

Harald Deerberg und Annegret Bötel

Ein konkretes Angebot zum Sofort-Einsteigen:

Der alternative Renten-Investment-Fonds

Was hat die Kreditvermittlung mit der Altersversorgung zu tun?
Eigentlich handelt es sich hier um ein Kreditvermittlungs-Projekt wie jedes andere. Es soll Geld für etwas Sinnvolles investiert werden (hier für eine Gaswärmepumpen-Heizungsanlage), Banken wollen nicht so recht ran, weil die Energieeinsparungen durch die erhöhten Investitionskosten wieder aufgefressen werden. Also kann man für den gleichen Endverbraucherpreis doch auch eine billigere Anlage hinstellen.

Unterscheiden tut sich das Projekt durch seinen enormen Kreditbedarf (550 000 DM), der über die „normale" Kreditvermittlung nicht zu bewältigen wäre. Hinzu kommt, daß die Gelder langfristig gebunden sein müssen (15-25 Jahre).

Wenn man sich nun fragt, wer sein Erspartes solange anlegen will, dann kommen nur diejenigen in Frage, die „auf Rente" sparen.

In der CONTRASTE wurde in den letzten Nummern wie auch in dieser ausführlich über Altersversorgung berichtet. Doch haften diesen Konzepten zwei Nachteile an: Erstens gelten sie vorwiegend für Kollektivisten und zweitens werden brauchbare und handhabbare Institutionen alternativer Rentenversorgung erst in ein, zwei Jahren etabliert sein.

Deshalb nun die Verknüpfung von langfristig angelegter Kreditvermittlung und individuell und sofort nutzbarer Altersversorgung, allerdings nur in Hinblick auf eine Zusatzrente.

Also: Freiberufler, Beamte und alle, die ihre gesetzliche Rente ein wenig aufstocken wollen, hier unbedingt weiterlesen.

Das Projekt
Wie schon angedeutet, geht es um die Finanzierung einer Heizungsanlage. Diese soll in einem Berliner Projektezentrum installiert werden. Gleichzeitig geht es um die Einführung einer energiesparenden Technologie.

Während eine Gas-Zentralheizung eine Investition von knapp 400 000 DM (inklusive Heiznetz) bedeuten würde und einen jährlichen Energieverbrauch von ca. 125 000 DM zur Folge haben würde, wird das Gaswärmepumpen-System insgesamt 830 000 DM kosten, die jährlichen Energiekosten allerdings auf 85 000 DM gesenkt werden könnten.

Förderung einer neuen Energietechnologie
Insgesamt sind beide Systeme gleichteuer. Die eingesparten Energiekosten werden durch die erhöhten Kapitalkosten und den zusätzlichen Wartungsbedarf kompensiert.

In Zahlen ausgedrückt sieht das so aus:

	Gas-Zentral	Gas-Wärme-Pumpe
Investitionssumme	400.000	830.000
Finanzierungsvolumen (abzügl. Mehrwertsteuer + Investitionszulagen)	260.000	550.000
Kapitalkosten	28.600	60.500
(4% Tilgung, 7% Zinsen)	(25.168	55.880 im 4. Jahr)
Energiekosten	125.000	85.000
	(137.500	93.500 im 4. Jahr)
Wartungskosten	–	10.000
Summe	153.600	155.500
	(162.668	160.380 im 4. Jahr)
pro qm/Monat	2,37	2,40

Für die Mieter des Hauses bedeutet dies, daß sie eine Mieterhöhung von 1,10 DM pro qm und Monat (als Umlage der Investitionskosten) und eine Energiekostenpauschale von 1,30 DM pro qm und Monat erwartet. Die Gaszentralheizung wäre im ersten Jahr zwar 0,03 DM billiger, allerdings im 4. Jahr (bei einer 3%igen Energiepreissteigerung) um 0,05 DM teuerer. Am Rande sei noch erwähnt, daß das Projektezentrum unbedingt ein neues Heizungssystem benötigt, da das alte diesen Winter (hoffentlich) noch gerade überstehen wird.

Die Tilgung der Darlehen erfolgt über die Mietererhöhung, als Sicherheit wird eine (nachrangige) Hypothek im Grundbuch eingetragen. Zusammen mit der erstrangigen Grundschuld, die zugunsten einer Bank (beim Erwerb) eingetragen wurde, würden dann 66% des neuen Verkehrswertes (ausgerechnet auf der Basis der kalkulierten Mieterhöhung) bedeutet. Die Sicherung kann somit als solide eingeschätzt werden.

Der Rentenfonds
Um dieses Projekt langfristig zu finanzieren, sollen vor allem Renten-Sparer angesprochen werden, d.h. Leute, die einen bestimmten Betrag sofort oder über 3 Jahre verteilt einzahlen, um dann in 20 Jahren eine monatliche Rente ausbezahlt zu bekommen

Berlinvorteil nutzen, Steuern sparen
Ausgangspunkt ist die Nutzung sogenannter Berlin-Darlehen nach §17 Berlinförderungsgesetz. Darin heißt es, daß Steuerpflichtige (Lohn- oder Einkommenssteuer), die ein Darlehen für bauliche Maßnahmen nach Berlin vergeben, die eine Laufzeit von 25 Jahren haben und in gleichen Teilen über die Laufzeit getilgt werden, steuerbegünstigt sind. Die Steuerbegünstigung sieht vor, 20 % der Darlehenssumme in dem Jahr der Darlehensgewährung von der Einkommenssteuerschuld abzuziehen (maximal jedoch 50% der gesamten Steuerschuld), d.h. dieses Geld wird real bei der Steuer eingespart.

Wer also 10 000 DM als Darlehen nach Berlin vergibt, spart in diesem Jahr 2 000 DM Steuern ein, vorausgesetzt er hätte mindestens 4 000 DM Steuern zahlen müssen. Für die Beteiligung an diesem Fonds gibt es nun 3 Varianten:

1. der Darlehensbetrag wird ausschließlich über Sparguthaben aufgebracht;
2. der Darlehensbetrag wird zu 2/3 über einen Personalkredit des Darlehensgebers finanziert;
3. der Darlehensbetrag wird völlig fremdfinanziert (am Anfang) über monatliche Einzahlungen über einen Personalkredit, jedoch über monatliche Einzahlungen über 3 Jahre abbezahlt.

Die 20% Steuerabzug werden auf die gesamte Darlehenssumme gewährt, egal wo das Geld herkommt.

Die konventionelle Nutzung des Berlin-Darlehens ist jedoch noch nicht „altersversorgungsgerecht", da die Tilgung sofort beginnt. Daher muß dieses System auch ein wenig modifiziert werden. Es wird eine BGB-Gesellschaft konstituiert (Darlehensgebergemeinschaft), in der die rücklaufenden Beträge gesammelt werden und neu angelegt werden, um den Wertverfall der Tilgungsbeträge zu verhindern.

Sofern Teile des Darlehens über einen Personalkredit finanziert werden, können die Tilgungsbeträge der ersten Jahre, wie auch die Steuerersparnis für die Tilgung des Personalkredites mit herangezogen werden.

Die Rechtsstrukturen
Es wird eine BGB-Gesellschaft oder eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts – also ein Personenzusammenschluß gegründet. In diese können jederzeit neue Mitglieder eintreten, wegen der langen Laufzeit des Berlin-Darlehen aber nicht ausscheiden.

Zweck der Gesellschaft ist die Überwachung der Darlehensabwicklung (die Darlehen werden individuell gewährt) und die Anlage der zurückfließenden Gelder. Als einzelner Kreditgeber mit 10 000 DM kann man mit 1 100 DM Tilgungsbetrag im ersten Jahr wenig anfangen, die BGB-Gesellschaft mit einer Darlehenssumme von 550 000 DM und einer Tilgungssumme von 60 500 DM im ersten Jahr einiges mehr. Selbst wenn 2/3 der Anlager die Tilgungsbeiträge zur Abbezahlung des eigenen Personalkredites benötigen bleibt immer noch ein erklägicher Betrag übrig.

Die Grundschuld – mit der das Ganze abgesichert wird – wird zugunsten der BGB-Gesellschaft eingetragen. Die Geschäftsführung wird STATTwerke übernehmen, die verantwortlich ist für die Information der Gesellschafter und die sorgfältige Anlage der Gelder. Diese werden nicht hemmungslos in die laufende Kreditvermittlung fließen, sondern nur als grundbuchlich oder institutionell gesicherte Darlehen vergeben bzw. auch mal auf dem Festgeldkonto landen (vielleicht bei der Ökobank).

20 Jahre nach Darlehensgewährung wird mit der Rückzahlung begonnen (ob die Darlehensgeber nun 60, 71 oder 48 sind, ist ja auch nur eine Zusatzrente, die bei 10 000 DM Einsatz zwischen 125 DM und 209 DM monatlich ausmacht, je nach Anteil eines möglichen Personalkredites) und über 15 bis 19 Jahre geleistet.

Solider Auszahlungskurs
Grundsätzlich beträgt die Auszahlungsquote 25% der Darlehenssumme im Jahr, wenn das Darlehen aus eigenen Mitteln finanziert wird und 15% der Darlehenssumme, wenn zu einem erheblichen Teil Fremdmittel miteinbezogen werden.

Das Zahlenwerk
Die folgende Tabelle zeigt nun die Entwicklung der Kapitalkonten der Darlehensgeber bei einer Tilgung von (konstant) 4% jährlich und einem Zinssatz von 7% auf die Restsumme. Dabei wurden gegenübergestellt Darlehensgeber, die die Darlehenssumme aus eigenen Mitteln aufgebracht haben, mit solchen die 2/3 der Summe über einen Personalkredit (9% Zins, 25% Tilgung p.a.) finanzieren und solchen, die die gesamten Summen zunächst fremdfinanzieren und über drei Jahre in monatlichen Beträgen (von 150 DM monatlich) tilgen (auch hier 9% Zins, 25% Tilgung).

Die Kapitalkonten werden mit 4% p.a. verzinst, d.h. das Kapital, was sich über die Tilgung bei der BGB-Gesellschaft ansammelt, muß so angelegt werden, daß im Durchschnitt eine 4%ige Verzinsung herauskommt.

Das Verhältnis von Einsatz und Ertrag liegt beim Darlehenstyp I bei 1:4,4, beim Darlehenstyp II bei 1:6,3 und beim Darlehenstyp III bei 1:4,8.

Berücksichtigt man bei den Relationszahlen eine 3%ige Preissteigerungsrate, dann bleibt für I 1:2, für II 1:2,9 und für III 1:2,2.

Was tun?
Wir setzen nicht voraus, daß jede(r) nach diesem Artikel voll durchblickt. Wir haben einen regelrechten Rentfonds-Prospekt erstellt, der bei STATTwerke angefordert werden kann.

Wer auch gleich eine individuelle Kapitalkontenentwicklung mitgeliefert haben will, sollte die Höhe seines Darlehens angeben (Mindestbetrag 10.000 DM, ansonsten sollte der Betrag durch 5.000 teilbar sein) und die Art der Finanzierung mitteilen (Eigenfinanzierung, Fremdfinanzierung und die Kreditkonditionen).

Fest liegt die Laufzeit, der Zins (7%) und die Rentenauszahlungszeit (15–19 Jahre). Der Rest ist verhandlungsfähig.

DT I: Darlehenstyp, der alles aus eigenen Mitteln aufbringt
DT II: Darlehenstyp, der 2/3 über einen Personalkredit bestreitet
DT III: Darlehenstyp, der über 3jährige Einzahlung finanziert
Zahlen beziehen sich auf eine Darlehenssumme von 10.000 DM

Jahr	Rückzahlung an die Gesellschaft	DT I	DT II	DT III
1*	1.100	3.100	890	1.500
2	1.072	4.296	–102	1.197
3	1.044	5.512	–975	1.091
4	1.016	6.748	–1.731	–618
5	988	8.006	–743	370
6	960	9.286	217	1.345
7	932	10.589	1.158	2.331
8	904	11.917	2.108	3.328
9	876	13.270	3.068	4.337
10	848	14.649	4.039	5.359
11	820	16.055	5.021	6.393
12	792	17.489	6.014	7.441
13	764	18.953	7.019	8.503
14	736	20.447	8.036	9.579
15	708	21.973	9.065	10.670
16	680	23.532	10.108	11.777
17	652	25.125	11.164	12.900
18	624	26.754	12.235	14.040
19	596	28.420	13.320	15.197
20	568	30.125	14.421	16.373
Rückzahlung p.a.		–2.500–	–1.500–	–1.500–
21	540	29.370	14.038	16.068
22	512	28.557	13.612	15.733
23	484	27.683	13.140	15.346
24	456	26.746	12.622	14.916
25	428	25.744	12.055	14.441
Darlehen getilgt				
26		24.274	11.037	13.518
27		22.745	9.978	12.559
28		21.155	8.877	11.561
29		19.501	7.732	10.524
30		17.781	6.541	9.445
31		15.992	5.303	8.323
32		14.132	4.015	7.155
33		12.197	2.676	5.942
34		10.185	1.283	4.679
35		8.092	(1.334 Rest)	3.366
36		5.916	–	2.001
37		3.653	–	581
38		1.298	–	(604 Rest)
39		(1.350 Rest	–	–

*im ersten Jahr wird die Steuerersparnis von 2.000 DM mit einberechnet

In den letzen beiden Ausgaben der CONTASTE haben wir einige Anschriften von Versicherungsbüros abgedruckt, die mit der Dienstleistung Versicherung anders umgehen. Wir sind gebeten worden, die Anschriften nochmals korrekt wiederzugeben. Hier also die vollständigen Anschriften:

Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden

Versicherungsvermittlung
Iske und Kollegen oHG
Wulwesstr. 25
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/72093

Friedels Versicherungsbüro
Bundesallee 81
1000 Berlin 41
Tel.: 030/852 90 31/32

FAIRSICHERUNGSLADEN
Jupp Wiechers
Warendorferstr. 94
4400 Münster
Tel.: 0251/37 45 49

FAIRSICHERUNGSLADEN
Heiner Stede und Partner
Postfach 91 19 34
3000 Hannover 91
Tel.: 0511/44 29 59

FAIRSICHERUNGSLADEN
Friedrich und Fehr oHG
Annenstr. 1
4600 Dortmund
Tel.: 0231/16 01 53

Kollektive Versicherungsagentur
Alfred und Klaus
Märksiche Str. 53
4000 Düsseldorf-Gerresheim
Tel.: 0211/281091

Kontakt und weitere Information:
STATTwerke e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44 a
1000 Berlin 36

Buchbesprechungen

Wohin

Herbert Gruhl

Glücklich werden die sein...

Herbert Gruhl, ein Politik-Ökologe, um den es seit seinem Austritt aus der Partei „DIE GRÜNEN" merklich still geworden ist, veröffentlichte jüngst ein in vieler Hinsicht bemerkenswertes Buch. Er trug auf 309 Seiten ausgewählte Texte von Dichtern, Schriftstellern, Philosophen, Theologen und Ökonomen zusammen. Sofern stellt Gruhls Buch einen hervorragenden Zitatenschatz dar, der einlädt, Ökologie im Denken längst vergangener und vergessener Zeiten nachzuspüren. Gruhl läßt die alten „Meister" um die Themen Natur, Naturzerstörung, Sinn des Daseins und Zukunft kreisen. In einer kurzen Einführung und einem längeren Nachwort wird dann Gruhls eigener Standpunkt sichtbar. Er beklagt den geistigen und materiellen Abfall der Menschen in West und Ost von dem ursprünglichen Ideal Gott. Der Mensch hat sich in dieser Abwendung zum Ausbeuter und Machthaber über die Natur entwickelt. Dafür muß er nun Strafe bezahlen. Wie jedoch der Weg, der für Gruhl von Utopien gesäubert sein muß, aussieht, das bleibt er zumindest noch in diesem Buch dem Leser schuldig. Wir können also gespannt sein auf sein nächstes Buch, in welchem er, so bleibt zu vermuten, konkrete Wegmarkierungen andeuten wird. Dann ist zu diskutieren, ob es Wegmarken zu einer herrschaftslosen und ausbeutungsfreien Gesellschaft sind oder nicht und für welche politischen Zielvorstellungen diese Zitate die geistige Grundlage liefern sollen.

Herbert Gruhl: Glücklich werden die sein... – Zeugnisse ökologischer Weltansicht aus vier Jahrtausenden, Erb, Düsseldorf, 1985, 309 Seiten, DM 28,–, ISBN 3-88458-070-1

Robert F. Mayer

Eindeutige Alternative

Soziale Verteidigung

Als Sonderheft der Zeitschrift „Graswurzelrevolution" erschien gerade der Band „Soziale Verteidigung". Sie stellt besonders die inhaltlichen Kontroversen, zwischen zwei verschiedenen Ansätzen zur Entwicklung der Sozialen Verteidigung, heraus.

Der eine betrachtet die Soziale Verteidigung als eine andere Form der Verteidigung und stellt sie der militärischen Verteidigung bei der Suche nach Alternativen entgegen. Diesen Ansatz vertreten z.B. Teile der wissenschaftlichen Forschung (u.a. Theodor Ebert, Johann Galtung).

Der andere Ansatz sieht die Soziale Verteidigung als eindeutige Alternative zur staatlichen Machtbehauptung in Form des Militärs. Dieser Ansatz macht Front gegen eine militarisierte Sicherheitsgesellschaft.

In drei Hauptteile gegliedert, umfaßt das Sonderheft einen Darstellungsteil, wo in mehreren Aufsätzen die Grundlagen der Sozialen Verteidigung verständlich – ohne zu reduzieren – und aus verschiedenen Blickwinkeln kurz ausgeführt werden.

Das Heft bietet Neulingen in der Thematik eine erste Einführung und viele Hinweise zum Weiterdenken, ohne für „Insider" langweilig zu sein. Dafür sorgen so spannende Beiträge wie der von G. Jochheim über die antiautoritären Revolutionäre zu Beginn des Jahrhunderts, die sich erste Gedanken über die Soziale Verteidigung der erkämpften Revolution machten.

Ein anderer wichtiger Beitrag kommt von Hanne Birkenbach, die die „Sicherheitsfrage" umformt zur Frage nach dem Nutzen des bestehenden „Verteidigungs"systems am Beispiel der Bundeswehr.

Dieses Sonderheft ist ein sehr erfreulicher Beitrag zur weiteren (kontroversen) Diskussion und gleichzeitig eine gut ausgewählte Bestandsaufnahme des aktuellen Diskussionsstands.

Graswurzelrevolution, Sonderheft Soziale Verteidigung, Verlag Graswurzelrevolution, Hamburg, 78 Seiten, 5,-DM,

Elisabeth Hugger

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Proudhon zur Ökologie

Reiner Bischoff

Umweltzerstörung durch Geld- und Bodenwucher

„Die Überwindung des Kapitalismus ist die wichtigste Aufgabe des Jahrhunderts." So Reiner Bischoff in seiner 1981 erstmalig herausgegebenen Schrift – die innerhalb kurzer Zeit vergriffen – nun neu aufgelegt wurde.

Reiner Bischoffs Verdienst ist es, die von P. J. Proudhon und Silvio Gesell entwickelte Wirtschaftskritik auf die heutige gesellschaftliche Lage hin weiterentwickelt zu haben. Reiner Bischoff versucht ein neues Wirtschaftsmodell, dem ein neues Geld- und Bodenrecht zugrunde liegt, auf „ökologische Füße" zu stellen. .

Dies kann ihm in seiner 80-seitigen Schrift jedoch nur ansatzweise gelingen. So beschreibt er schlaglichtartig die Punkte: Konzernentwicklung, Zins, Zinsessinz, Geldhortung, Inflation, Bodenrecht, Bodenkonzentration.

In einem abschließenden Kapitel setzt sich der Autor mit den sozialistischen Theorien von Ausbeutung auseinander: *„Marx hat durchaus recht mit seiner Behauptung, daß der Kapitalismus die Gesellschaft in zwei Klassen aufspalte. Falsch ist aber, wie er die Trennungslinie zieht. Sie verläuft nicht zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern zwischen Geldbesitzer und Arbeiter; genauer: zwischen den Leuten, die an Zinsen, Dividenden und Renten mehr beziehen als sie selber bezahlen oder bezahlt haben, und der großen Masse derjenigen, die in der umgekehrten Lage sind und damit die Sonderzahlungen aufbringen müssen, die die privilegierte Minderheit bezieht."* Diese Minderheit baue ihre Macht immer weiter aus.

Demgegenüber fordert Bischoff: *„Jede Art von wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher oder staatlicher Vermögens- und Machtzusammenballung abzubauen und die Ursachen wegzuräumen, die solche Konzentrationsvorgänge bewirken."* Dies ist für den Autor die Aufgabe des heutigen Sozialismus, der frontal gegen die Zinsausbeutung vorzugehen habe.

Reiner Bischoff hat mit diesem Buch ein verständliches Werk über die Bedeutung des Geldsystems an der Menschen- und Naturzerstörung geschrieben. Wer über Alternativmodelle nachdenkt, der sollte sich auf dem Gebiet von Geld- und Bodenrecht auskennen. Dieses Buch mag hierfür ein erster Einstieg sein.

Reiner Bischoff: Umweltzerstörung durch Geld- und Bodenwucher, Bruno Langer Verlag, Esslingen, 1986, 86 S., 7,50 DM.

Gunar Seitz

Absurdes Theater?

Norbert Rehrmann (Hrsg)

Rot-Grünes „Modell Kassel"? Eine Bilanz nach 4 Jahren

Kassel war 1981 die erste Großstadt der Bundesrepublik, in der eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Grünen zustande kam. Grund genug, Bilanz zu ziehen.

Der Werkstatt-Verlag brachte in Kooperation mit dem Kasseler Verlag ein lesenswertes Buch heraus, das ganz unterschiedliche Autoren zu Wort kommen läßt. So z.B. den Kasseler GRÜNEN Reinhold Weist oder den Bündniskritiker Rolf Schwendter. Daneben kommen Kasseler Basis-Initiativen zu Wort, die aus außerparlamentarischer Sicht die 4 Jahre Bündnisarbeit konstruktiv-kritisch beurteilen. Für alle, für die Rot-Grün ein Reizwort oder eine Notwendigkeit ist, kann dieses Buch Anregungen für die politische Diskussion um Bündnisse von Grünen und SPD auf kommunaler wie überregionaler Ebene sein.

Norbert Rehrmann (Hrsg), Rot-Grünes „Modell Kassel" – Eine Bilanz nach 4 Jahren, Kasseler Verlag & Werkstatt Verlag, 105 Seiten, DM 14,80, ISBN 3-923959-14-4 oder 3-88752-000-9.

Heike Witzmann

Direktkreditvermittlung

Informationen, Anfragen über:
STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

LOKUS
Sanitärtechnik und Heizungsbau
Berlin

Finanzierungssumme: 50.000 DM
bereits finanziert: – neu –

Angefangen hat LOKUS 1981 als Gesellsch. bürgerl. Rechts (GBR) mit drei Leuten, indem mit Hilfe eines ERP-Kredits (zinsgünstige, öffentliche Darl. zur Mittelstandsförderung), der grundbuchlich über das bauliche Selbsthilfeprojekt, in dem die LOKUS-Leute z.T. selbst wohnten, zu sichern war, ein bestehender Installationsbetrieb aufgekauft wurde. Mittlerweile konnte bei LOKUS über die Jahre der Umsatz auf ca. eine 3/4 Mio. DM gesteigert werden, es arbeiteten letztens immer etwa 10 Leute im Projekt. Da sich jetzt auch noch die Alt-Gesellschafter aus LOKUS zurückgezogen haben, ist LOKUS zu Anfang 86 in eine GmbH umgewandelt worden, zum einen um die Lücke durch das Ausscheiden der alten GBR-Gesellschafter zu schließen, zum anderen auch um das Selbstverwaltungsprinzip im Projekt klarer zu verankern und das Installationskollektiv vom Wohnprojekt stärker abzukoppeln.

Da ERP-Darlehen streng personenbezogen vergeben werden, muß LOKUS, durch die Gesellschaftsumwandlung, den ERP-Kredit ablösen. Dafür und für zusätzliche Investitionen in kleinere Installationswerkzeuge/-maschinen und ein neues Firmenfahrzeug benötigt LOKUS, neben der selbstaufgebrachten GmbH-Einlage einen Kredit über 50 000 DM.

Dieses Darlehen soll mit Privatkrediten über die Direktkreditvermittlung aufgebracht werden. Die Laufzeit des Darlehens soll 4 Jahre, der Zins bis zu 4,5% p.a. betragen.

Sicherheiten in Form von persönlichen Bürgschaften sind vorhanden.

AVANTI
Berlin

Finanzierungssumme: 25.000 DM
bereits finanziert: – neu –

Der Umzugsbetrieb AVANTI benötigt zur Auffrischung und Erweiterung ihres Fuhrparks einen neuen (gebrauchten) Möbelwagen. Bislang sind ein 11,2t Wagen und Hänger vorhanden, der überwiegend im bundesweiten Verkehr benutzt wird (in Kooperation mit ALAN Reutlingen und ASH Mannheim) sowie ein 6 Tonner für den Berliner Raum. Letzterer soll aufgrund der beschränkten Lademöglichkeiten und des hohen Alters ausrangiert werden. Die Darlehen sollten eine Laufzeit von 3-4 Jahren haben. Die Absicherung erfolgt über persönliche Bürgschaften und nicht per Sicherheitsübereignung des LKWs, da die dann notwendige Vollkasko-Versicherung zu teuer wäre. Die AVANTIs bestehen seit Herbst '83; momentan arbeiten hier 5 Leute, wobei ein wenige Tage alter Nachwuchs zu verzeichnen ist.

HERZSCHLAG-VERLAG
Berlin-Kreuzberg

Finanzierungsbedarf: 25.000 DM
bereits finanziert: – neu –

Der Herzschlag-Verlag ging 1979 aus dem ehemaligen Ki-Buchverlag hervor. Er hat sich vor allem mit Körper- und Esoterikbüchern im Buchhandel etabliert. 1984/85 wurde dieser Verlag von 3 Leuten übernommen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Ausbau des Vertriebssystems beschäftigten. Dieses gut abgedeckte Vertreternetz ermöglicht eine optimale Präsenz ihrer Bücher in allen wichtigen Buchhandlungen. Drei thematische Schwerpunkte haben sich in diesem Verlag herausgebildet:
– Körper und Bewußtsein
– Psychologie und Therapie
– Spiel und Kunst

Mit diesem Kredit sollen zwei Neuproduktionen finanziert werden: „Innere Welten", Einführung in die Werke C.G. Jungs, „Gesundheit für alte Menschen". Der Kredit ist über persönliche Bürgschaften abgesichert, die Laufzeit soll etwa 3 Jahre betragen, als Zinssatz kann 3% gezahlt werden.

DANTE CONNECTION
italienischer Buchladen
Berlin-Kreuzberg

Finanzierungsbedarf: 20.000 DM
bereits finanziert: – neu –

In Berlin gibt es lediglich einen Buchladen, der neben französischer und spanischer Literatur ein größeres Sortiment in italienischer Literatur zur Auswahl hat. Da es in Italien keine Buchmesse gibt, ist es ohne weitere Beziehungen zu Verlagen und Vertrieben in Italien schwierig, an Neuerscheinungen ranzukommen.

Giuliana ist Italienerin, lebt bereits lange in Berlin und hat gute Kontakte zur italienischen Buchverlagsbranche. Sie will unter Mithilfe von Freund/inn/en einen italienischen Buchladen eröffnen. Dort sollen vor allem aktuelle Bücher und Zeitschriften zu kaufen sein, die es sonst in Berlin kaum gibt. Auch Bestellungen aus Westdeutschland könnten relativ schnell beschafft werden.

Der Kredit wird durch persönliche Bürgschaften abgesichert, er soll eine Laufzeit von 2 – 3 Jahren haben, 3% Zinsen sollen gezahlt werden.

GRAPH DRUCKULA
Berlin

Finanzierungssumme: 20.000 DM
bereits finanziert: 8.000 DM

GRAPH DRUCKULA wurde vor 5 Jahren gegründet, und zählt zu den bekanntesten Graphik- und Druckkollektiven in Berlin. Zur Zeit arbeiten 5 Personen fest im Kollektiv.

GRAPH DRUCKULA hat ein differenziertes Angebot, das von der Plakatherstellung über Signet, Buttons, Geschäftsdrucksachen bis hin zur Herstellung von Büchern und künstlerisch hochwertigen Postkarten reicht. Neben graphischen Arbeiten drucken die Druckulas auch im Offset- und Siebdruck.

Da die räumliche Situation sehr beengt ist, und Kundenberatung, künstlerische Tätigkeit, sowie Druck bisher primär in einem Raum stattfanden, soll der Kredit einerseits für Umbauarbeiten, andererseits für Schallisolierungen verwendet werden. Da Druckula das Geld dringend brauchte, hat Netzwerk Berlin den Betrag vorfinanziert und die Absicherung des Kredites garantiert. Da Netzwerk z. Zt. aber knapp mit Geldern ist, soll dieses Geld über private Geldgeber abgelöst werden.

Suchen und finden

Stellenanzeigen

Die GRÜNEN unterstützen über den Ökofonds Projekte, die sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen und Ansätze zu einer Neugestaltung unserer Gesellschaft entwickeln und aufzeigen wollen.
Für den Ökofonds NRW ist die Stelle **der 2. Geschäftsführerin** (20 Std wö) **zum 1.5.86** neu zu besetzen.
Der **Arbeitsbereich** der Geschäftsführung umfaßt die organisatorische Abwicklung der eingehenden Anträge, Zuarbeit für den Vergabeausschuß, Abwicklung des gesamten Finanzbereiches, Klärung rechtlicher Fragen, Beratung von Projekten, Öffentlichkeitsarbeit, sowie inhaltliche Weiterentwicklung des Ökofonds gemeinsam mit dem Vergabeausschuß.
Folgende **Anforderungen** werden an die Bewerberin gestellt:
- Kaufmännische und organisatorische Kenntnisse
- Kooperationsfähigkeit und selbständiges Arbeiten
- Engagement und Erfahrung im Bereich „Struktur und Finanzierung von alternativen Projekten und Initiativen"
- Teilnahme an Vergabetreffen

Das Büro der Geschäftsführung ist in Bonn ggf. Düsseldorf
Bewerbungen mit den entsprechenden Unterlagen **bis zum 4.4.86 an:**
Ökofonds der GRÜNEN NRW
z. Hd.: Ursula Brockner
Netzwerk Büro
Aachener Str. 24
5 Köln 1
Tel.: 0221/57 40 321

Wir suchen dringend für unsere wirtschaftlich funktionierende, selbstverwaltete Vollkornbäckerei den/die 4. feste/n Mitarbeiter/in. Backerfahrung wäre gut, aber wichtiger sind uns Leute ohne Arbeitnehmermentalität.
die „Backstube" GbR
Grabenstr. 34
7182 Gerabronn
Tel.: 07952/6272

Elektroinstallateurmeister(in), Elektroinstallateurin (Energieanlagenistallatuerin) ab sofort oder später gesucht!
Wir sind ein selbstverwalteter Betrieb mit 2 Meistern, 5 Monteuren, 2 Monteurinnen, 7 Auszubildenden. Wir zahlen Einheitslohn, erwarten viel persönliches Engagement und Freude an kollektivem Arbeiten.
Bewerbungen an:
Werkschul Elektrobau GmbH
Alt-Moabit 62-63
1000 Berlin 21
Tel.: 030/3936688 und 3932635

SCHREINERMEISTER(IN) für überbetriebliche Ausbildungsstätte in einem laufenden Projekt mit 13 Azubis (incl. geplanter Erweiterung) gesucht.
Unsere Erwartungen:
- Interesse an sozialen Aufgaben
- Fähigkeit zur eigenständigen Arbeit
- Freude an Zusammenarbeit in einem selbstverwalteten 6-köpfigen Mitarbeiterteam.

Bewerbungen an:
Ausbildungswerkstatt Aachen e.V.
Brabantstr. 73
5100 Aachen
Tel.: 0241/54641
(Herr Jäger, Frau Baum)

Suche Ausbildungsplatz als Schreinerin ab 1.9.86 am linken Niederrhein. Bin weibl., 26 J., Völkerkundlerin und besuche z.Zt. die Berufsgrundschule für Holz.
Erika Rosenwald, Hohe Str. 5, 4155 Grefrath. Tel.: 02158/1581

Im Rahmen meiner schulischen Ausbildung zur Fremdsprachensekretärin suche ich (w., 20 J.) für die Zeit vom 11.06. – 09.07.86 Praktikumsplatz in selbstverwaltetem Betrieb. (Tätigkeit mit Fremdsprachen **nicht nötig**)
Monika Büttner, Sölzerhöfe 21, 6430 Bad Hersfeld-Sorga.

Einen Fahrradkurierdienst für Heidelberg!
Weil wir das Geld, das auf der Straße liegt, nicht den stinkenden Autos überlassen wollen und weil Radeln Spaß macht, haben wir angefangen, in Heidelberg einen Fahrradkurrierdienst aufzubauen.
Was wir noch brauchen sind die ganzen Tips und Tricks (von Betriebsform über ABM bis Tarife) und Menschen, die mitmachen wollen.
Alles an:
Karin Forkel
Emmertsgrundpassage 4
6900 Heidelberg

Rundbrief „Alternative Ökonomie"
Anfang Februar erscheint der Rundbrief „Alternative Ökonomie" Nr. 33 der AG SPAK. Aufgrund verteuerter Druckkosten beträgt der Einzelpreis 8 DM, das Abo für 4 Ausgaben 28 DM. Bestellungen werden nur noch nach Vorauszahlung, entweder bar, per Scheck oder Überweisung auf Postgiroamt Karlsruhe 1529 11 – 751 (Ingrid Wolschin) ausgeführt.
Folgende Themenbreiche erscheinen im Rundbrief Nr. 33:
Protokolle des Seminares in Bielefeld zur sozialen Absicherung und Altersversorgung
Vorbereitungsmaterialien zu dem Seminar 'Dortmunder Konsumgenossenschaften':
- Abstrakte Vorüberlegungen zur Entwicklung von Konsumgenossenschaften
- Zur historischen Entwicklung der Dortmunder Konsumgenossenschaft
- Die Situation nach dem 2. Weltkrieg
- Zur Werbe- und Marktstrategie der Konsumgenossenschaft
- eine aktuelle Kurzbeschreibung
- über die demokratische Struktur der Konsumgenossenschaft und deren kritische Reflexion
- Wege der meisten anderen Konsumgegenossenschaften in der BRD 'Altersversorgung über Gewinnanteile?'
- 'Die müde Mark von Vater Staat'. Zur Förderung von Selbsthilfeprojekten

Informationen und Bestellungen über:
Läufertsmühle, 6934 Neckargerach
Tel.: (06263) 16 43

Ein bayerisches Lehrstück

Über die Demonstration am 12.10. 1985 in München gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sowie das Straßenfest in der Pariserstraße, das später als „Haidhauser Krawalle" in die Medien einging, ist viel geschrieben, gesagt und gelogen worden.

Wir wollen im ersten Teil dieser Fotodokumentation ein möglichst umfassendes Bild der Vorfälle während der Demonstration und des abendlichen Straßenfestes in Haidhausen vermitteln.

Wohl noch nie war es möglich, so exakt im Detail einen derartigen Polizeieinsatz zu dokumentieren, einen Polizeieinsatz, der gemessen am Anlaß, bisher einzigartig war.

Von der Polizeiführung als „Haidhauser Krawalle" hochstilisiert, zeigt das Fotomaterial dieser Dokumentation:

- **eine Staatsgewalt, die für den Bürgerkrieg ausgerüstet ist,**
- **eine Staatsgewalt, die den Einsatz für diesen Fall auch üben will,**
- **eine Staatsgewalt, die den Anlaß für einen solchen Einsatz nötigenfalls auch selbst inszeniert.**

Daß das Spaltungskonzept des Staates nicht aufzugehen scheint, zeigt der 2. Teil der Dokumentation.

Die Behinderungsaktionen an den ersten Rodungstagen in Wackersdorf gipfelten in der Kundgebung am 14.12.85 auf dem Baugelände, an der wiederum dreißigtausend Menschen teilnahmen. Ohne größeren Widerstand seitens der Polizei wurde der Bauplatz – wie geplant – besetzt. Ein Hüttendorf wurde errichtet, neues Leben entstand, breitere Widerstandformen entwickelten sich innerhalb der Bevölkerung. Daran konnte weder die erste noch die zweite Räumung etwas ändern.

Der Aufbau der Dokumentation stützt sich in erster Linie auf die Aussagekraft der Fotos. Um Zusammenhänge und Hintergründe deutlich zu machen, haben wir Begleittexte unterlegt.

Die Dokumentation kostet 8,– DM. Bestelladresse: Postlagerkarte 040068 B, 8000 München 80. Konto: P. Kroiss, Sonderkonto Wackersdorf, Postscheckkonto-Nr. 173588-807, Postscheckamt München, BLZ 700 100 80.
Bis zu 5 Stück nur gegen Vorkasse. Entweder durch Überweisung auf obiges Konto oder in Briefmarken an obige Postlagerkarte. Ab 5 Stück gegen Rechnung zum Preis von DM 6,–.

Gewerbehof in Selbstverwaltung

Ein Jahr Arbeit hat's gebracht: in Karlsruhe (!) entsteht ein „Innerstädtischer Gewerbehof" in Selbstverwaltung.

Der gemeinnützige „Freiraum e.V.", in dem sich 20 Betriebe und Inis zusammengeschlossen haben, wird als Trägergesellschaft den Gewerbehof betreuen.

Wir sind konkret an der Möglichkeit interessiert, Arbeit, Soziales, Kultur und Politik miteinander zu verbinden. D. h., beteiligt sind Handwerksbetriebe, Geschäfte, Café/Kantine, Sport-, Kinder- und Theatergruppen. Wir wollen unsere Erfahrungen bezüglich Organisation, innerbetrieblicher Selbstverwaltung, Finanzierung, Betriebs- und Produktionstechnik untereinander und an new-comer weitergeben.

Deshalb wollen wir zusätzlich Platz lassen und günstige Mieten ermöglichen für Leute, die selbst Projekte gründen wollen. – Und später wollen wir auch Ausbildung machen.

Das Jahr Zusammenarbeit hat gezeigt, daß wir „miteinander können". Kostenschätzungen, Finanzierungsplan und ermutigende Zwischenergebnisse liegen vor.

Die Stadt kauft das auserwählte Objekt, wir werden Erbpächter und bauen es selbst um.

Mit dem Umbau soll im April begonnen werden.

Einen Haken gibt es noch:
Der Kaufvertrag wird erst unterschrieben, wenn wir eine Finanzierungsgarantie für den Umbau beigebracht haben.

Von den nötigen 1,3 Mill. DM Gesamtkosten sind schon vorhanden, bzw. abgesichert:
- 400.000 DM Kredit über eine Grundschuldeintragung für die Erbpacht
- 200.000 DM Kredit über unsere Bürgengemeinschaft
- 500.000 DM an zweckgebundenen Zuschüssen, z.B. für Gemeinschaftseinrichtungen

Uns fehlen also noch 200.000 DM. Wir suchen noch Leute, die Interesse haben, die Ideen des Gewerbehofs mitzutragen und durch finanzielle oder andere Hilfe zu unterstützen.

Es müßte doch endlich auch in Karlsruhe möglich sein, durch die Hilfe vieler mit dem Gewerbehof ein Projekt ins Leben zu rufen, das eine gute Alternative bietet.

Wir wollen mit unserer Initiative und unserem Projekt Signale setzen in unserer Stadt und zeigen, daß es auch anders gehen kann und muß. Und vor allem, daß es auch geht!

Ich möchte den Gewerbehof unterstützen:

O Ich möchte mich der Bürgengemeinschaft anschließen und für ..... DM bürgen.

O Ich werde das Projekt mit einer Spende in Höhe von ..... DM unterstützen (gegen Spendenbescheinigung).

O Die Sache gefällt mir. Über die Art meiner Unterstützung bin ich mir noch nicht im klaren.

O Ich möchte dem Projekt einen Kredit in Höhe von ..... DM geben.

Meine Anschrift:

.....
(Name)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Wohnort)

Zurück an: Freiraum e.V.
c/o Druckcooperative
Klauprechtstr. 27
7500 Karlsruhe

Wir schicken dann die entsprechenden Unterlagen (z.B. Bürgschafts-, Kreditvertrag, Spendenquittung, Infos ....).

Anzeige

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR ALFRED & KLAUS

Altersversorgung
für selbstverwaltete Betriebe:
Direktversicherung – steuersparend!
Bitte anrufen!

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 281091 (10 – 15 Uhr)

Schreiner-Treffen

Einladung zum 5. überregionalen Schreinertreffen nach München. Zeitpunkt: 11., 12. und 13. April 1986
Bitte baldmöglichst anmelden!
Ihr bekommt von uns dann das Programm sowie eine Wegbeschreibung zugeschickt.

BDP/BDJ Programm

Das Halbjahresprogramm '86 vom BDP/BDJ Bremen/Niedersachsen ist erschienen. Ausführliches Programmheft ist zu beziehen über:
BDP/BDJ
LV-Niedersachsen/Bremen
Heinrichstr. 1
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/3807

Umwelt-Messe

Ja zum Leben – Mut zum Handeln Einladung zur Beteiligung an der Umweltmesse '86 vom 3.-10. Juni in Würzburg
Aus dem Info der Veranstalter:
Die Umweltmesse '86 ist eine professionelle Verkaufs- und Informations-Ausstellung zu der mehr als 30.000 Besucher erwartet werden. Der paralell ebenfalls in Würzburg stattfindende Deutsche Umwelttag ist ein zusätzlicher Garant für den Erfolg der Umweltmesse '86...

Ziel der Umweltmesse '86 ist es, Hersteller umweltfreundlicher Produkte und Technologien zu unterstützen, Firmen zur Entdeckung des chancenreichen, breiten und zukunftsorientierten Umweltmarktes zu aktivieren und Verbraucher auf umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen aufmerksam zu machen und entsprechend aufzuklären...

Wer mehr über diese Messe wissen möchte (hier seien noch die Mindeststandmieten erwähnt: 1.200 DM) sollte an den Deutschen Umwelttag, Büro Würzburg, Bibrastr. 2, 8700 Würzburg schreiben.

Leserbrief

Betr.: CONTRASTE 15/85 Schwerpunktthema ABM

Sofern in letzter Zeit AB-Maßnahmen in Projekten, Initiativen und auch in der CONTRASTE problematisiert werden, wird immer wieder vorausgesetzt, daß Selbsthilfeprojekte und Netzwerke AB-Maßnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit ohne die geringsten Schwierigkeiten genehmigt bekommen. Das dem nicht so ist, und regional unterschiedlich gehandhabt wird, soll folgender Erfahrungsbericht des Netzwerkes in Landsberg (Oberbayern) aufzeigen.

Durch steigende Mitgliederzahlen und die Ausweitung der Aktivitäten wuchs die Belastung der im NW ehrenamtlich Tätigen derart, daß man sich entschloß, beim zuständigen Arbeitsamt einen Antrag auf Genehmigung von zwei ABM-Stellen einzureichen.

Dieser Antrag (nach einem Musterantrag des NW München ausgearbeitet) wurde im April 1985 negativ beschieden. Gegen den Bescheid wurde Widerspruch eingelegt und gleichzeitig durch das NW Landsberg auf eine ABM-Stelle reduziert, um dem Argument des zu großen Mittelaufwandes den Boden zu entziehen.

Nach diversen Veröffentlichungen in der örtlichen Presse wurden schließlich Vertreter des Netzwerkes zu einer Unterredung mit dem Sachbearbeiter des Arbeitsamtes eingeladen. Durch den Sachbearbeiter wurde zum einen das öffentliche Interesse in Frage gestellt und zum anderen das Tätigketisfeld der ABM-Stelle problematisiert. Unserer Argumentation, daß in den Zeiten der sich verschärfenden Arbeitsmarktlage und der in diesem Zuge steigenden Zahl von Existenzneugründungen ein steigender Bedarf an qualifizierter Beratung entsteht, wollte der Sachbearbeiter nicht folgen. Die Gründe blieben für uns im Dunkeln und haben sich wahrscheinlich wohl eher im politischen Vorurteilsbereich als in einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Gedanken der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe bewegt.

Zur Zeit wird unter Zuhilfemahme einer Rechtberatung und durch ein Gutachten des Zentrums für Europäische Rechtspolitik (ZERP) ein erneuter Antrag ausgearbeitet. Fazit: von einem allgemeinen bundesweiten sich Einlassen auf den dubiosen Segen der AB-Maßnahmen kann nicht die Rede sein, da zumindest der oberbayrische Raum für Selbsthilfeprojekte und Netzwerke ein ABM-Entwicklungsgebiet (noch) ist.

Netzwerk Landsberg

Betr.: Abo

Habe heute am 11.2. Karte mit folgendem Text erhalten:
Hallo!
Ich schreibe jetzt zum dritten Mal, daß ich als Abonnement die schon bezahlte Januarausgabe der CONTRASTE haben will. Vielleicht klappt es diesmal!
Karte war ohne Name und Anschrift. Bitte melde Dich noch ein 4. Mal, denn wie soll ich denn wissen, wer du bist und wohin ich sie schicken soll?
P.S.: Die Karte kam aus Berlin! (möglicherweise gab's die ersten beiden Male auch keine Adresse oder so).

Gruß Bärbel

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

.....

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. .....

.....

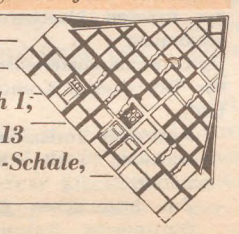
Name, Adresse

Datum, Unterschrift: .....

Kreditcoupon einsenden an:
STATTwerke e.V.,
Michael Makowski, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Tagungen

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

Es sind noch ein paar Plätze in folgenden Ökoseminaren frei:

Elektroinstallation
In dieser Woche sollen die Grundlagen der Elektrotechnik vermittelt werden, wobei der Schwerpunkt auf dem Bereich Hausinstallation liegt.
So., 9.3.86 bis Fr., 14.3.86
Kurs, Unterkunft, Verpflegung: 200 - 300 DM.

Ökologisch Bauen
Von Grundprinzipien bis zum Ökoklo
So., 13.4.86 bis Fr., 18.4.86

Massage – Klassisch, Intuitiv, Polarity
So., 16.3. bis Fr., 21.3.86
Kosten: 200 - 300 DM

Naturmagie
Schulung der magischen Sinne
Fr., 21.3. bis So., 23.3.86
Kosten: 100 - 200 DM

Fasten-Woche
So., 23.3. bis So., 30.3.86
Kosten: 280 - 420 DM

WEN - DO
Selbstverteidigung
So., 30.3. bis Fr., 4.4.96
Kosten: 200 - 300 DM

Wir machen uns einen Spiegel
Fr., 4.4. bis So., 6.4.86
Kosten: 100 - 200 DM

Die heilenden Kräfte der Farben
So., 6.4. bis Fr., 11.4.86
Kosten: 200 - 300 DM

SHIATSU
jap. Fingerdruckmassage
Fr., 11.4. bis So., 13.4.86
Kosten: 100 - 200 DM

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

WOCHENENDSEMINARE – BILDUNGSURLAUB

Baumbeschneiden
Termin: 8. bis 9.3.86

Sonnenkollektorenselbstbau
Termin: 14. bis 16.3.86

Stirbt jetzt auch der Boden
Termin: 17. bis 21.3.86

Ökologisches Bauen und Heizen
Termin: 24. bis 28.3.86

AG SPAK

Psychiatrie und Gesellschaft

Ist eine repressionsfreie Arbeit mit geistig Behinderten möglich?
Termin: 21. bis 23.3.86
Ort: Altes Amtsgericht, Fronhausen
Anmeldung und Information:
Ingo Prager
Marburger Str. 15
3555 Fronhausen/Lahn

Finanzierungsprobleme Therapeutischer Wohngemeinschaften
Termin: 11. bis 13.4.86
Ort: München
Anmeldung und Information:
Heinrich Berger
Berghamer Str. 14a
8000 München 83

Selbstverwaltete Jugendzentren

Selbstrealisierung
Ort: Rems-Murr-Kreis
Termin: 14. bis 16.3.86
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften

Frauen in Wohngemeinschaften
Termin: 3. bis 6.3.1986
Ort: Alte Molkerei, Frille
Anmeldung und Information:
KOST
Postfach 150548
2800 Bremen 15

Osterseminar für Jugendliche in Wohngemeinschaften
Termin: 27. bis 31.3.86
Ort: Läufertsmühle Neckargerach
Anmeldung und Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Übergreifende Tagungen:

Bayrisches Bildungswerk
Finanzierungsfragen
Termin: 14. bis 16.3.86
Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Heinz Schulze
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.- (089) 691 78 21

Erwachsenenbildung
Seminar im Rahmen des Bildungstages Frankfurt
Termin: 11. bis 13.4.86
Ort: FHS, Frankfurt
Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Heinz Schulze
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 691 78 21

Programm 1/86
Dialog Bildungswerk
Auch im 1. Halbjahr bieten wir eine Reihe von Kursen und Seminaren zum Schwerpunkt „Genossenschaftsentwicklung" an. Das Interesse an der Idee einer „Ökonomie der Solidarität" ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen – die Kenntnis der Praxis genossenschaftlichen Arbeitens und Lebens jedoch blieb gering. Wir wollen mit unserem Bildungsangebot einen Beitrag dazu leisten, verschüttete Erfahrungen wieder auszugraben. Darüber hinaus ist es unser Interesse, Praktiker, Theoretiker, Initiativen und allgemein Interessierte hierüber ins Gespräch miteinander zu bringen.
Ausführliches Programm und Termine bitte anfordern bei:
Dialog Bildungswerk
Kreuzberger Str. 14
4901 Hiddenhausen 6
Tel.: 05221/64325

Noch ein Hinweis zum Bildungsurlaub: Das Dialog Bildungswerk gibt mit dem Forum Eltern und Schule, Dortmund und dem Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen ein gemeinsames Programm heraus. Bei Interesse bitte anfordern.
Forum Eltern und Schule (FESCH)
Postfach 120406, Graffweg 17
4600 Dortmund 12
Tel.: 0231/206606

Bildungswerk Humanistische Union NW (HU)
Kronprinzenstr. 15
4300 Essen 1
Tel.: 0201/227982

Pestizidaktionsnetzwerk/Hamburg

AG 3. Welt-Läden/Darmstadt
Seminar:
Pestizide – Baumwolle – Textilien Arbeitsplätze vom Baumwollfeld bis zur Fabrik (z.B. Mexiko, Ägypten) in Hamburg-Altona „Werkstatt 3"
Fr., 4. 4. - So., 6.4.
Kosten: 40,–/20,– (Mitgl.)
Anmeldung:
3. Welt-Markt
Bundesstr. 28
2000 Hamburg 13

Bessunger Forst

Jugendhof Bessunger Forst und Paritätisches Bildungswerk Hessen

Vernetzung selbstverwalteter Betriebe in Südhessen
Wochenendkurs vom 21. bis 23. 3. 86
Teilnahmegebühr: 60 DM

Anwendung von Personal-Computern in selbstverwalteten Betrieben und Projekten
Tageskursreihe mit fünf Terminen. Termine nach Absprache, jeweils
Sa. 10 - 17 Uhr
Teilnahmegebühr: je 30,– DM
Anmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel.: (06151)14 51 71
Ausführliches Programm und Informationen über weitere Termine bitte bei o.a. Adresse bestellen!